Sprachblender am Werk S. 9

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 4 – 29. Januar 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Nach Pariser Muster
Mit Indonesien ist nun auch das größte islamische Land vom IS-Terror betroffen 2

Deutschland

Rückkehr der Schlagbäume
Merkels Einladungspolitik setzt das Europa ohne Binnengrenzen aufs Spiel 3

Hintergrund

Polnische Geschichtspolitik
Wie Polen den Zweiten Frieden von Thorn von vor 550 Jahren feiert 4

Preußen / Berlin

Bedrohliche linke Gewalt
In Berlin-Friedrichshain entsteht ein rechtsfreier Raum 5

Ausland

Europas Abwehrstellen im Terrorkampf überfordert
London rüstet nun auf 6

Kultur

Sprachkultur im Wandel
Plötzlich sind Flüchtlinge keine Flüchtlinge mehr 9

Geschichte

Kein Satz zu den deutschen Kriegsgefangenen
Gaucks Rede vom 6. Mai 10





Zieht sich mit doppeltem Spiel aus der Affäre: SPD-Chef Sigmar Gabriel

Bild: action press

Anzeichen von Verzweiflung

Im Regierungslager wächst die Furcht vor dem absehbaren Asyl-Desaster

Immer neue Worthülsen und Ausflüchte sollen die Ratlosigkeit der Union verbergen. Derweil treibt die SPD ein doppeltes Spiel.

Die Stimmung im Regierungslager schwankt mittlerweile zwischen Verwirrung über die verfahrene Lage und ersten Anzeichen purer Verzweiflung am Starrsinn der Kanzlerin und ihrer verbliebenen Anhänger. Der jüngste Vorschlag von CDU-Vize Julia Klöckner legt schon dank seiner pittoresken Bezeichnung „Plan A2“ Zeugnis ab vom allgemeinen Durcheinander.

Klöckner schlägt vor, die Asylbewerber zunächst in riesigen Aufnahmezentren zu konzentrieren, von wo sie nach ihrer Erfassung je nach örtlicher Aufnahmefähigkeit auf die Kommunen verteilt werden sollen. Das Problem: Für die Zentren wäre Personal nötig, das gar nicht mehr zur Verfügung steht (siehe Beitrag unten links). Überdies hat Klöckner mit Rücksicht auf die Kanzlerin das Wort „Obergrenze“ vermieden. Doch was soll geschehen, wenn die Kommunen die Erschöpfung ihrer Kapazitäten melden, während noch zigtausende Asylbewerber in Klöckners Aufnahmezentren auf ihre Weiterverteilung warten?

> Laschet will die Verantwortung aufs Volk abschieben

Der Chef des größten CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, bereitet offenbar schon den Rückzug vor. In einer Talkshow behauptete der Merkel-Getreue, die Kanzlerin habe mit der Öffnung der Grenzen nur dem Willen des willkommensbegeisterten Volkes entsprochen, und außerdem habe sie – entgegen dem verbreiteten Eindruck – niemanden „eingeladen“.

Beides ist falsch: Was Laschet als Volksmeinung verkauft, trifft lediglich auf die berauschten „Welcome“-Rufer an den Bahnhöfen und etliche Medien zu. Die Zustimmung der Bürger für Merkels Asylpolitik ist im September prompt eingebrochen. Auch weiß Merkel um die Wirkung von Worten und Bildern. Beide Mittel nutzte sie ausgiebig zu eindeutigen Gesten, die nicht anders denn als Einladung an Millionen von Menschen zu verstehen waren.

Laschets Ausflucht ist der durchschaubare Versuch, die Verantwortung für das absehbare Desaster aufs Volk abzuschieben, weg von den tatsächlich verantwortlichen Politikern. Klöckner will im März in Rheinland-Pfalz eine Wahl bestehen und täuscht den entgeisterten Wählern mit Worthülsen Handlungsfähigkeit vor.

In der CSU steigt von Tag zu Tag der Druck, auf die eigenen Drohungen Taten folgen zu lassen. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem eigene Tatenlosigkeit auch durch noch so starke Worte nicht mehr zu vertuschen ist.

Die SPD kann angesichts dessen ein doppeltes Spiel treiben: Einerseits mäkelt Parteichef Sigmar Gabriel über die „Belastungen“ durch die Asylkrise, um Volksnähe zu demonstrieren. Andererseits erstikken die Sozialdemokraten (wie Grüne und „Linke“) bereits jeden Keim einer Debatte über mögliche Lösungen. Derweil streicht die AfD, fast ohne eigenes Zutun, einen Umfragerekord nach dem anderen ein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Alles hohl

Während Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen einen Einsatz der Bundeswehr in Libyen geradezu herbeizureden versucht, fällt der Wehrbeauftragte Peter Bartels ein vernichtendes Urteil über die derzeitige Einsatzbereitschaft der Truppe: „Hohle Strukturen“. Fast von allem sei zu wenig da, kritisierte er bei der Vorstellung seines jüngsten Jahresberichts. Die Ausstattung sei „ein Riesenproblem“, es fehle an Material „vom Panzer bis zur Schutzweste“. Die Soldaten würden ganz offen über zum Teil existenzielle Ausrüstungslücken klagen. In der Truppe sehe sich „niemand mehr gezwungen, die objektiv bestehenden Defizite zu verheimlichen oder zu verniedlichen“, stellt Bartels fest. Kein Wunder, denn es geht um nichts Geringeres als ihr Leben, das die Politik leichtfertig aufs Spiel setzt. Hat der Wehrbeauftragte früher die Soldaten vor unkorrekter Behandlung sowie dienstlichen und finanziellen Nachteilen geschützt, muss er heute die Soldaten vor der Politik schützen.

Die Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt kann nicht behaupten, über die Verfassung der Streitkräfte im Unklaren zu sein. Sie weiß, dass nicht nur materiell, sondern auch personell alles auf Kante genäht ist – und manchmal schon darüber hinaus. Denn auch von ihrem Personalsoll von 185000 Köpfen ist die Bundeswehr weit entfernt. Trotzdem mutet von der Leyen ihr immer mehr Auslandseinsätze zu – derzeit sind es 16 – und lässt sie sogar als Personalreserve für fehlende zivile Kapazitäten bei Ländern und Kommunen missbrauchen. Es ist eben alles hohl. Bartels fordert eine „Vollausstattung“ der Bundeswehr. Sie ist die Voraussetzung für weitere Einsätze. Wird diese nicht erfüllt, wäre das unverantwortlich.

De Maizière blamiert

»Erfolgsmeldungen« des Ministers zerplatzen wie Seifenblasen

Die jüngsten „Erfolgsmeldungen“ von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zerplatzen eine nach der anderen wie Seifenblasen. Zunächst hatte der CDU-Politiker erklärt, die Bundespolizei könne die deutschen Grenzen durchaus über längere Zeit kontrollieren. Prompt wies ihn die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zurecht, dass dies nur noch sehr wenige Wochen möglich sei. Dann seien (auch vermutlich wegen abzubauender Überstunden und Urlaubsansprüche) die Kapazitäten erschöpft.

Dann versicherte der Minister, die Beamten könnten täglich bis zu 3500 Personen an der Grenze zu Österreich überprüfen. Abermals korrigierte die GdP, die Kräfte reichten höchstens für die Kontrolle von bis zu 1000 Personen pro Tag. Schließlich behauptete de Maizière, jeden Tag würden 100 bis 200 Personen zurückgewiesen. Dies sei ebenfalls nicht richtig, wie der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, in der „FAZ“ erläutert hat.

> »So am Ende war die Polizei noch nie«

Nur zwischen 80 und 150 Asylbewerber würden zurückgewiesen. Wendt verweist zudem darauf, dass ein Großteil der Abgewiesenen nur Stunden später einen zweiten Versuch starte.

Da seinen Angaben zufolge sogar nur etwa 800 von im Schnitt täglich eintreffenden 2000 Asylbewerbern kontrolliert würden, schafften die im ersten Anlauf Gescheiterten den Grenzübertritt dann eben im zweiten, notfalls dritten Anlauf, weil die meisten eh nur durchgewinkt würden.

Die Zustände an der Grenze seien weiterhin „äußerst chaotisch“. Es sei ein „riesengroßes Durcheinander“, sagte Wendt: „So am Ende war die Polizei noch nie.“ Für Innenminister de Maizière stellen die Richtigstellungen der Polizeigewerkschaften eine gewaltige Blamage dar. *H.H.*

Teiltransparenz bei TTIP

Bundestagsabgeordnete und Landesregierungen erhalten Einsicht

Nachdem im vergangenen Jahr Hunderttausende aller politischen Couleurs gemeinsam gegen das zwischen der EU und den USA verhandelte Freihandelsabkommen TTIP als solches und gegen die Geheimhaltung seiner Details auf die Straße gegangen waren, lenkt die Bundesregierung wenigstens teilweise ein. Bundestagsabgeordnete und Landesregierungen können die bisher geheim gehaltenen Dokumente im Bundeswirtschaftsministerium einsehen. Dies betrifft sogenannte konsolidierte Verhandlungsdokumente, die sowohl die Position der EU als auch die der USA kenntlich machen. Bürgern und Medien dagegen bleibt die Einsichtnahme weiterhin verwehrt.

Bisher war eine Einsichtnahme nur in ausgewählte Dokumente, nur Vertretern der Bundesregierung und auch nur in den Räumen der US-Botschaft in Berlin möglich. Allerdings haben lediglich 40 Vertreter von Bundesministerien davon Gebrauch gemacht, unter ihnen kein einziger Minister. Nach Angaben der Grünen hat die Bundesregierung den Bundestag auch nur zu vier der zwölf im Leseraum der US-Botschaft ausliegenden Texte unterrichtet. Berichte habe es lediglich zu unbedeutenderen Kapiteln wie Warenhandel, technischen Handelshemmnissen sowie zu kleineren und mittleren Unternehmen gegeben. Brisante Themen wie Landwirtschaft oder öffentliche Auftragsvergabe, Streitschlichtung zwischen Staaten, zu Wettbewerb oder grenzüberschreitendem Dienstleistungshandel seien dagegen nicht behandelt worden.

> Breiter Bürgerprotest hat gewirkt

Laut Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sind die neue Teiltransparenz und die Einbindung der nationalen Parlamente Voraussetzungen für eine höhere Akzeptanz und eine bessere Legitimität der seit Juli 2013 laufenden Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über eine transatlantische Freihandelszone. *J.H.*

MELDUNGEN

Schweiz beweist Courage

Bern – Nordkorea droht der Schweiz mit Konsequenzen, weil die Schweizer Regierung dem nordkoreanischen Außenminister Ri Su-yong unter Hinweis auf die Aufrüstung seines Landes die Einreise verweigert hat. Der ehemalige langjährige Botschafter Pjöngjangs in der Alpenrepublik wollte beim Weltwirtschaftsforum in Davos in einer Propagandarede den Wasserstoffbomben-Test seines Landes als „nationale Selbstverteidigung" darstellen und Veränderungen in der nordkoreanischen Wirtschaft ankündigen. Doch die freiheitsliebende Schweiz hat den Auftritt dieses führenden Vertreters der nordkoreanischen Diktatur verhindert. Ein derartiges Verhalten gegenüber dem Außenminister eines anderen Landes ist in der Diplomatie ein massiver Schritt. Der wütende Ri nennt ihn eine „böse Tat". *F.W.S*

Dem IS geht das Geld aus

Mossul – Nachdem die US-geführte Anti-Terror-Koalition ein Gebäude im nordirakischen Mossul zerstört hat, in dem der sogenannte Islamische Staat erhebliche Mengen Bargeld gelagert hatte, sind die islamistischen Terroristen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Bei einer Vernichtung erheblicher Geldmengen wäre der IS „im Kern getroffen", meint der Nahost-Experte Günter Meyer von der Universität Mainz. Dafür spricht, dass die Dschihadistenorganisation selbst eine der Nachrichtenagentur AFP vorliegenden Erklärung herausgegeben hat, der zufolge sie die monatlichen Zahlungen an ihre Anhänger „wegen besonderer Umstände" um die Hälfte kürzen müsse. Davon sei niemand ausgenommen. So soll beispielsweise der „Sold" für einheimische IS-Kämpfer auf rund 200 Dollar, der für ausländische Kämpfer auf 400 Dollar halbiert werden. Bisher hat der IS seine „Beschäftigten im Öffentlichen Dienst" relativ hoch bezahlt und ihre „Gehälter" garantiert. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit Kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Nach Pariser Muster

Mit Indonesien ist nun auch das größte islamische Land vom Terror des »Islamischen Staates« betroffen

Mit Indonesien wurde nun auch das bislang verschont gebliebene größte der muslimischen Länder Ziel eines IS-Angriffs nach der Manier der Pariser Anschläge vom 13. November. Der beherzte Einsatz der Polizei verhinderte jedoch eine ähnliche Katastrophe wie zuvor in Paris.

Bei mehreren Explosionen und anschließenden Schießereien sind in der indonesischen Hauptstadt Jakarta sechs Menschen ums Leben gekommen. Die Terrormiliz „Islamischer Staat" (IS) hat sich zu den Anschlägen bekannt. Angriffsziele waren wie in Paris ein Café, in dem vor allem Ausländer und Angestellte der internationaler Büros ihren Kaffee trinken, sowie ein beliebtes Einkaufszentrum. In dem Sarinah-Einkaufszentrum im Zentrum von Jakarta erschossen die Attentäter zwei Polizisten und zündeten Sprengsätze. Mehrere Menschen wurden verletzt, darunter nach Angaben des Auswärtigen Amtes auch ein Deutscher. Ein Polizeisprecher sagte, das Vorgehen der Täter ähnele der Terrorserie von Paris am 13. November. Auch diplomatische Vertretungen und der Präsidentenpalast waren nicht weit entfernt von dem Ort des ersten IS-Anschlages in Indonesien. In dem Inselstaat leben zirka 200 Millionen Muslime – mehr als in jedem anderen Land der Welt. Die meisten Indonesier leben traditionell eher einen liberalen Islam.

Der IS hat zuletzt immer stärker moderate islamische Länder ins Visier genommen. Dazu zählt auch Indonesien. Der südostasiatische Inselstaat, in dem US-Präsident Barack Obama einen Teil seiner Kindheit verbrachte, erhielt in der jüngsten Vergangenheit zunehmend Terror-Warnungen. Solche Terrorangriffe werden vom IS gezielt verübt, um Freiwillige für den weltweiten Dschihad zu werben. In Indonesien mit einem muslimischen Bevölkerungspotenzial, das fast so groß ist wie das der gesamten arabischen Welt, tut sich der IS bislang allerdings schwer. Sicherheitskräfte hatten in letzter Zeit Erfolge gegen den islamistischen Terror verzeichnet.

Im Dschungel der Insel Sulawesi wird seit einiger Zeit „Santoso", der mutmaßliche Kopf der indonesischen IS-Zelle gejagt. Auf der Hauptinsel Java kann er sich bereits nicht mehr blicken lassen. Es ist gut möglich, dass die jetzigen Anschläge die Rache dafür waren.

> Der indonesische Staat macht es den Dschihadisten schwer, denn anders als die meisten in Arabien ist er nicht gescheitert

In den letzten Jahren war es in Indonesien eher ruhig geworden um den islamischen Extremismus. Demokratische Präsidentschaftswahlen fanden ungestört statt. Im vergangenen Jahrzehnt war das Land jedoch Schauplatz blutiger Attentate mit Hunderten von Toten gewesen, wie 2002 in Bali als Attentäter über 200 westliche Touristen kaltblütig ermordeten. 2009 überzog die Jemaah Islamiyah, Indonesiens Arm der Terrororganisation al-Kaida, auch Jakarta mit einer Terrorwelle. Seitdem hatten die Sicherheitskräfte, ausgebildet von den USA, unzählige Militante in einer landesweiten Antiterror-kampagne verhaftet. Jemaah Islamiyah, so meinen Experten, stelle keine Bedrohung mehr dar. Die Gefahr kommt nun von aus dem Nahen Osten zurückgekehrten IS-Kämpfern, die auch das jetzige Attentat in Jakarta verübten. Hunderte indonesische Kämpfer hatten sich im Nahen Osten dem IS angeschlossen. Sie kehren nun nach Hause zurück als erfahrene, gut ausgebildete Terroristen. Im Dezember gingen der Polizei elf dieser heimgekehrten Islamisten ins Netz, die offenbar Anschläge rund um Weihnachten und Neujahr planten, um das bislang friedliche religiöse Miteinander, außer in der Provinz Aceh, die als Hochburg der Salafisten gilt, in Indonesien zu treffen.

Unter den Verhafteten war auch ein chinesischer Uigure. Bei ihm fanden die Behörden eine Sprengstoffweste, die offenbar am indonesischen Silvesterabend eingesetzt werden sollte. Uigurische Täter waren es auch, die bei einem Bombenanschlag im August am beliebten buddhistischen Erawan-Schrein in Thailands Hauptstadt Bangkok 20 Menschen getötet und mehr als 120 verletzt hatten.

Die Kommunismus-erfahrenen Uiguren, die in China ein Kalifat errichten wollen, spielen im südostasiatischen Dschihad eine ähnliche Rolle wie im Nahen Osten die Tschetschenen, die jahrzehntelange Erfahrung mit dem sowjetischen Kommunismus haben. Allerdings bieten funktionierende staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen und vor allem korruptionsfreie Sicherheitskräfte dem IS und anderen Ausläufern islamistischen Terrors keine Angriffsfläche, wie in den arabischen Ländern, die mehrheitlich gescheiterte Staaten (failed states) sind. *Bodo Bost*



Tote und Verletzte: Nach den Anschlägen in der indonesischen Hauptstadt Jakarta — Bild: action press

Annäherung zwischen Christen und as-Sisi

Ägyptens neu gewähltes Parlament zählt mit sieben Prozent so viele Kopten wie nie zuvor

Das Regime von Präsident Abd al-Fattah as-Sisi ist nicht weniger repressiv als das des gestürzten Husni Mubarak. Das hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) festgestellt. Eine Ausnahme gebe es jedoch. Die Situation der christlichen Kopten habe sich verbessert, da die Regierung auf deren Unterstützung hoffe. Diese Hoffnung scheint nicht vergebens, denn die Kopten ihrerseits erhoffen sich durch ihre Nähe zum Regime dringend notwendige gesellschaftliche Reformen.

Diese guten Beziehungen spiegeln sich auch in der Zusammensetzung der Abgeordneten wider. In dem neuen am 10. Januar konstituierten ägyptischen Parlament stellen die Kopten mit 37 Abgeordneten eine solch große Gruppe wie noch nie zuvor in der Parlamentsgeschichte Ägyptens. Damit stellen sie etwa sieben Prozent aller 596 Abgeordneten im neuen ägyptischen Parlament. Das entspricht zwar noch immer nicht dem Anteil der Kopten an der Gesamtbevölkerung Ägyptens, der bei zehn Prozent liegen soll, aber im Gegensatz zu früheren Zeiten, als der Anteil der Kopten an den Parlamentsabgeordneten zwischen null und höchstens drei Prozent geschwankt hat, scheint dies ein historischer Durchbruch.

13 der jetzt gewählten Abgeordneten schafften ihren Einzug sogar als unabhängige Kandidaten in ihren jeweiligen Wahlkreisen, wo sie auch mehrheitlich von Muslimen gewählt wurden. Die übrigen Kopten, die es ins Parlament schafften, kandidierten auf den Listen des Bündnisses „Aus Liebe zu Ägypten", in dem sich Anhänger des Präsidenten zusammengeschlossen haben. Die Parteien unterstützen großteils

> Von der Annäherung erhoffen sich die Kopten dringend notwendige gesellschaftliche Reformen – und das Regime Unterstützung

das autokratische Regime des seit 2013 regierenden Staatsoberhauptes. Viele oppositionelle Gruppen aus der Zeit der Revolution in Ägypten im Jahr 2011 und des Arabischen Frühlings hatten jedoch zu einem Wahlboykott aufgerufen

Koptische Christen hatten das politische Leben Ägyptens schon vor dem Sturz der Monarchie und der Revolution Gamal Abdel Nassers 1952 entscheidend mitgeprägt. Sie fanden sich vor allem in der staatstragenden Wafd-Partei, deren Präsidentschaft lange Jahre ein Kopte innehatte. Damals, in Zeiten des fruchtbaren religiösen Miteinanders in Ägypten, wurden Kopten regelmäßig in mehrheitlich muslimischen Wahlkreisen gewählt, immerhin fühlen sich die Kopten, deren Kirchensprache noch die Sprache der Pharaonen ist, als die Ureinwohner des Landes. Durch die sehr zerstreute Siedlungsweise der Kopten, die in keiner Region und in keinem Wahlkreise Ägyptens eine Mehrheit der Bevölkerung bilden, wären sonst koptische Abgeordnete nicht möglich gewesen. Dennoch lag der Anteil der Kopten an den Parlamentariern auch in Zeiten der ägyptischen Monarchie nie über fünf Prozent.

> Mit Ausnahme der Koptenbehandlung ist laut der IGFM das aktuelle Regime as-Sisis nicht weniger repressiv als das Mubaraks

Nach dem Putsch der Offiziere 1952 unter Nasser und der Abdankung von König Farouk sank der Anteil der koptischen Abgeordneten teilweise auf null (1957) und stieg sehr langsam seit Mitte der 1960er Jahre wieder an, nachdem der jeweilige Präsident eine Sondervollmacht erhalten hatte, zehn Parlamentsmitglieder selbst zu ernennen. So kam es unter Präsident Anwar as-Sadat, der ein sehr offener Präsident nicht nur Israel gegenüber war, mit dem er Frieden schloss, zu einem Anstieg christlicher Abgeordneter.

Sadat ernannte viele koptische Abgeordnete kraft seines Amtes. Mit nach Israel genommen hatte Präsident Sadat 1981 auch Boutros Boutros-Ghali, einen ägyptischen Diplomaten und Politiker koptischer Herkunft, der von Januar 1992 bis Dezember 1996 sechster Generalsekretär der Vereinten Nationen war. Boutros-Ghali ist mit heute 93 Jahren immer noch der wohl einflussreichste und bekannteste koptische Politiker Ägyptens. Unter Präsident Husni Mubarak sank der Einfluss koptischer Parlamentarier jedoch wieder auf zumeist unter eine Marke von zwei Prozent.

In dem ersten und letzten frei gewählten Parlament Ägyptens, das sich am 23. Januar 2012 konstituierte, stellten unter 498 Abgeordneten die Christen zehn Vertreter (zwei Prozent). Von Präsident Mohammed Mursi, dessen Verhältnis zu den Kopten gespannt war und der einmal sogar an einem hohen koptischen Feiertag wählen ließ, wurde nie ein Christ nachnominiert. In diesem ersten frei gewählten und von islamistischen Parteien dominierten Parlament waren jedoch auch nur zehn weibliche Abgeordnete. Davon gehörten einige noch zur christlichen Fraktion, was sich jetzt allerdings gebessert hat. *B.B./PAZ*

Die Rückkehr der Schlagbäume

Mit dem Festhalten an ihrer Einladungspolitik setzt Merkel das Europa ohne Binnengrenzen aufs Spiel

Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel sind offene Binnengrenzen im Schengen-Raum lebenswichtig für Deutschland und Europa. Durch ihr stures Festhalten an der bisher verfolgten „Flüchtlingspolitik“ könnte es nun ausgerechnet Merkel sein, die für den Zerfall einer EU ohne Binnengrenzen sorgt.

Zumindest in Brüssel herrscht inzwischen regelrechte Alarmstimmung. „Wir haben für eine europäische Lösung bis März Zeit, vielleicht auch noch den Sommer. Dann geht ‚Schengen‘ den Bach runter“, so etwa die Einschätzung eines namentlich nicht genannten EU-Offiziellen gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Zumindest was die Zeitreserve betrifft, ist Donald Tusk noch pessimistischer. Die EU habe zur Rettung des passfreien Schengen-Raums nur noch zwei Monate Zeit, so der polnische EU-Ratspräsident.

Dass nun ausgerechnet aus Brüssel solche Warnungen zu hören sind, kann durchaus als scheinheilig bezeichnet werden. Die EU-Kommission hatte es nämlich in der Hand, schon vor langer Zeit Vertragsverletzungsverfahren gegen Staaten wie Griechenland oder Italien einzuleiten, die es zugelassen haben, dass entgegen geltendem EU-Recht illegale Immigranten in hunderttausenden Fällen über sichere Drittstaaten nach der Bundesrepublik, Österreich oder Schweden einreisen.

Bislang setzt die deutsche Kanzlerin immer noch ihre Hoffnungen darauf, dass an einem Verzicht auf dauerhaft gesicherte Grenzen festgehalten werden kann. Hingegen deutet alles darauf hin, dass mit der Massenzuwanderung nach Europa auch die Zeiten einer EU ohne Binnengrenzen vorbei sind. So streben einem Bericht der „Welt am Sonntag“ inzwischen mehrere EU-Staaten eine Verlängerung ihrer Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums an. Entsprechende Pläne verfolgten unter anderem die Bundesrepublik, Österreich, Belgien, Schweden und Dänemark, so die Zeitung unter Berufung auf ranghohe EU-Diplomaten. Die Kontrollen könnten demnach maximal bis Ende 2017 dauern. Angesichts des Problemdrucks ist es durchaus möglich, dass die offiziell befristete Einführung von Grenzkontrollen das Schicksal vieler provisorischer Lösungen teilt und zu einer Dauereinrichtung wird. Immer offensichtlicher wird, dass an einer Politik der regelrechten Abschottung kein Weg vorbei führt, wenn die Staaten Europas überhaupt noch handlungsfähig bleiben wollen.

> Laut Tusk bleiben noch zwei Monate zur Rettung von Schengen

Inzwischen wachsen nämlich auch die Zweifel an der von Merkel propagierten „europäischen Lösung“ der Flüchtlingsfrage. Sehr fraglich ist etwa, ob die Türkei einen effektiven Beitrag zur Eindämmung der Massenzuwanderung nach Europa leisten wird.

Offenkundig ist inzwischen, dass eine von Merkel angestrebte „faire“ Verteilung von Asylbewerbern innerhalb Europas nicht durchsetzbar ist. Bereits im September vergangenen Jahres hatte man sich auf einem EU-Gipfel darauf geeinigt, insgesamt 160000 „Flüchtlinge“, die sich in Italien und Griechenland aufhalten, auf andere EU-Länder zu verteilen. Mitte Januar dieses Jahres musste die EU-Kommission nun einräumen, dass bislang erst 272 Personen in anderen EU-Ländern aufgenommen worden waren. Entsprechend skeptisch sind die nun verfolgten Pläne für sogenannte Hotspots zu sehen. Auch bei diesen Flüchtlingslagern, die derzeit von der EU in Griechenland aufgebaut werden, ist es proklamiertes Ziel, Asylbewerber „solidarisch“ auf andere EU-Mitgliedstaaten zu verteilen.

Der Druck auf Merkel wächst allerdings noch aus einem anderen Grund. Bislang war ihr wichtigster Verbündeter in Sachen „offene Grenzen“ Österreichs sozialdemokratischer Bundeskanzler Werner Faymann. Inzwischen scheinen allerdings auch in Wien die Zweifel an Merkels Sichtweise massiv gewachsen zu sein. Beschlossen ist mittlerweile, dass Österreich in diesem Jahr nicht mehr als 37500 Asylbewerber aufnehmen soll. Angekündigt hat Österreich ebenso die Einführung „massiver Grenzkontrollen“ (s. Dreispalter unten).

Mit derartigen Plänen steht die Alpenrepublik längst nicht mehr allein. Gleich mehrere europäische Länder testen mittlerweile aus, wie sie innerhalb des Schengen-Systems wieder Grenzen einführen können. In Gang gekommen ist damit eine Kettenreaktion, bei der das Netz von wiedererrichteten Grenzanlagen und Kontrollen immer dichter wird. So will Ungarn nun auch seine Grenze zu Rumänien mit einem Zaun schützen, sollte dies wegen neuer Immigrations-Routen nötig werden. Schon vor Monaten hat Ungarn seine Grenzen zu Serbien und Kroatien wieder gesichert.

Inzwischen wachsen die Zweifel an der von Merkel verfolgten Politik auch in den Reihen der CDU. „Wir dürfen die Reduzierung der Flüchtlingszahlen nicht allein vom guten Willen anderer Regierungen in Europa abhängig machen“, sagte CDU-Vize Julia Klöckner den Zeitungen der Funke-Mediengruppe und der „Rhein-Zeitung“. Unter anderem schlägt sie tagesaktuelle deutsche Flüchtlings-Kontingente und Grenzzentren vor, von wo aus Asylbewerber weiterverteilt oder auch zurückgewiesen werden sollen. *Norman Hanert*



Ein Ende des Schmusekurses ist nicht in Sicht: Angela Merkel mit Asylsucher Bild: pa

MELDUNGEN

Staat schnüffelt immer mehr

Berlin – Die Überwachung und Analyse der Telekommunikation und des digitalen Verkehrs durch den Staat nimmt weiter zu. Ein Beispiel ist die Verwendung sogenannter stiller SMS, die den Behörden zur Ortung von Telefonen und zur Erstellung von Bewegungsprofilen dienen. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervorgeht, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres 45376 stille SMS versandt, während auf das Bundeskriminalamt 116948 und auf die Bundespolizei 41671 entfielen. Eine stille SMS wird beim Empfänger nicht auf dem Mobiltelefon angezeigt und löst kein akustisches Signal aus. Es fallen jedoch beim Mobilfunkanbieter Verbindungsdaten an, die ausgewertet werden können. *J.H.*

Hohenzollern gehen leer aus

Potsdam – Die Hohenzollern enthalten keine Entschädigung für ihre zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone enteigneten Immobilien. Das dem brandenburgischen Finanzministerium unterstehende Landesamt für offene Vermögensfragen hat den Anspruch nach jahrelanger Prüfung zurückgewiesen, da der frühere Kronprinz Wilhelm von Preußen der NS-Diktatur „Vorschub geleistet“ habe. Dazu hatte Finanzminister Christian Görke (Linkspartei) bei zwei Historikern Gutachten eingeholt (siehe *PAZ* 13/2014). Der heutige Chef des Hauses, Prinz Georg Friedrich von Preußen, hat gegen den Ablehnungsbescheid Klage beim Potsdamer Verwaltungsgericht eingereicht. Nach Informationen der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ will er mit einer weiteren Klage erreichen, dass die beteiligten Behörden und Personen über die Sache Stillschweigen zu wahren haben. *J.H.*

Ruinierte Sporthallen

Zweckentfremdung für Asylbewerber kostet Millionen

Sporthallen, die zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden, drohen für den Steuerzahler zu einer teuren Angelegenheit zu werden. Anfangs nur als kurzfristige Notlösung gedacht, werden bundesweit nach Schätzungen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) derzeit rund 1000 Turnhallen als Unterkunft genutzt. Nach den inzwischen vorliegenden Erfahrungen zeichnet sich ab, dass durch die Zweckentfremdung teilweise massive Schäden und ein hoher Sanierungsbedarf bei den Sportstätten entstehen. „Es gibt lediglich Einzelfälle, in denen nach einer vorübergehenden Nutzung als Flüchtlingsunterkunft die Hallen wieder für den Sport nutzbar sind“, so die Einschätzung des zuständigen Ressortleiters Breitensport und Sporträume beim DOSB, Andreas Klages, gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. Sorgen bereitet ebenso, dass sich die Zweckentfremdung von Sportstätten zu einem Dauerphänomen entwickelt. „Wir befürchten, dass weiterhin neue Hallen als Flüchtlingsunterkünfte ausgewiesen und die, die es schon sind, zur Dauerlösung werden.“, so die Befürchtung des Sportbundes.

Welche baulichen Schäden nach dem Auszug von Asylbewerbern festzustellen sind, wird am Beispiel einer Dreifachturnhalle im bayerischen Gräfelfing deutlich, über das die lokale Presse berichtet hat. Zwischen dem 19. August und dem 23. Oktober vergangenen Jahres hatte das Landratsamt München in der Turnhalle des Kurt-Huber-Gymnasiums bis zu 180 Personen untergebracht.

Als die Gemeinde ihre requirierte Halle im Herbst wieder übernahm, konnte von einer sofortigen Nutzung durch Schul- und Vereinssport keine Rede sein, so ein Bericht des „Merkur“. Nachdem das Bauamt im Gräfelfinger Rathaus in den letzten Monaten die Dreifachturnhalle begutachten und einen Großteil der Schäden beheben ließ, haben sich die erfassten Schäden auf gut eine halbe Million Euro summiert. Sollte auch der gesamte Bodenbelag ausgetauscht werden müssen, was vom Bauamt für notwendig gehalten wird, dürfte sich die Schlussrechnung auf über eine halbe Million Euro belaufen. Zu einem Sanierungsfall entwickelt hat sich der Sanitärbereich. Nicht für die Nutzung derartig vieler Personen ausgelegt und obendrein fensterlos im Keller gelegen, versagte die automatische Belüftung. In der Folge waren die Wände ständig nass und verbreitet bildete sich Schimmel. Die Toiletten und sämtliche Bodenabflüsse, die zum Teil ebenfalls direkt als Aborte genutzt wurden, seien derart verstopft gewesen, dass die Handwerker zwei Tage benötigt hätten, sie frei zu machen, so ein Pressebericht.

> Ein Ende der »Sondernutzung« ist nicht in Sicht

Ungleich schwerer als die Schäden durch die Zweckentfremdung ist der Schaden zu beziffern, der dadurch entsteht, dass die Hallen nicht oder bestenfalls beschränkt für ihren ursprünglichen Zweck zur Verfügung stehen. Wie ein Vertreter des DOSB erklärte, könne ein Trainings- und Wettkampfbetrieb teilweise gar nicht oder nur noch unter Schwierigkeiten aufrechterhalten werden. Die Bundesländer stehen vor dem Problem, dass sie die Erfüllung ihrer eigenen Lehrpläne für den Schulsport nicht mehr gewährleisten können. Eine Besserung der Situation ist vorerst nicht in Sicht. Nach Einschätzung des DOSB ist vielmehr damit zu rechnen, dass der Bedarf weiter besteht und sich die Zustände verfestigen. *N.H.*

Drecksarbeit für Merkel

Wiens Entscheidung für Flüchtlings-Obergrenze nützt Deutschland

Österreichs Entscheidung, die Zahl der aufgenommenen Immigranten in diesem Jahr auf 37500 zu begrenzen, ist ein weiteres Zeichen von Bundeskanzlerin Angela Merkels wachsender Isolierung in Europa. Aber die mutige österreichische Entscheidung könnte dennoch die beste Nachricht für Merkel seit Beginn der Flüchtlingskrise im September letzten Jahres gewesen sein. Falls es Österreich gelingt, mit dieser Maßnahme die Zahl der Flüchtlinge an seiner Grenze zu Slowenien wesentlich zu verringern, könnte das gerade dazu führen, dass auch die Bundeskanzlerin ihr Versprechen, die Zahl der Flüchtlinge in diesem Jahr wesentlich zu verringern, einlösen könnte.

Ihr Problem ist, dass bisher nichts, was sie in der Flüchtlingsreduzierung aus eigener Kraft versucht hat, auch funktioniert. Sie scheint alles auf die Karte Erdogan zu setzen, auch auf die Gefahr hin, sich diesem auszuliefern. Die deutsche Regierung hat wiederholt betont, wie wichtig eine Ende November mit der Türkei erreichte Einigung der EU zur Verminderung der illegalen Ausreise aus der Türkei sei. Aber der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, sagte letzte Woche: „Der Aktionsplan mit der Türkei, wenn auch vielversprechend, muss immer noch erst seine Früchte tragen.“ Doch die einzige Frucht, die der Aktionsplan bisher getragen hat, ist nicht eine Verringerung der illegalen Ausreisen aus der Türkei, sondern eine Forderung nach Erhöhung der EU-Hilfen.

Eine weitere Säule von Merkels Plan, die Außengrenzen der EU mit einem verstärkten neuen Grenzschutz zu sichern, könnte indes noch Monate dauern, wenn nicht Jahre, um ihn durchzusetzen. Die Europäische Kommission hat es noch nicht einmal geschafft, ein lang angekündigtes und versprochenes Netzwerk von „Hotspots“ in Griechenland und Italien einzurichten, um die Ankunft der Asylsucher vor Ort besser zu bewerkstelligen.

> Europa löst das Problem bisher auf Kosten Deutschlands

Der Widerstand in anderen EU-Ländern, Asylsuchende nach einer Quote aufzunehmen, hat mittlerweile bei der deutschen Regierung dazu geführt, die Hoffnung auf eine „gerechte Verteilung“ von Asylsuchenden über die EU aufzugeben. Auch hier könnte die österreichische Entscheidung der deutschen Politik helfen. Merkels größter taktischer Fehler war es, zu glauben, dass andere EU-Länder der Deutschland folgen würden, nachdem sie zugestimmt hatte, tausende von Asylsuchenden, die in Budapest gestrandet waren, aufzunehmen. Während Merkel sagte, dass sie eine humanitäre Verpflichtung den Flüchtlingen gegenüber spüre, war dies das Signal an das übrige Europa, das Asylproblem auf Kosten Berlins zu lösen.

Österreichs Entscheidung über eine Obergrenze könnte das entscheidende, eigentlich auch von Berlin erwartete, Signal an die noch abwartenden Immigrationskandidaten sein, dass die offene Balkanroute demnächst versperrt sein wird. Das wiederum könnte einen Dominoeffekt auslösen und zu Grenzschließungen von Slowenien über Kroatien und Serbien bis nach Mazedonien führen. Wenn diese Grenzen geschlossen blieben, würde Griechenland als Erstankunftsort der meisten Asylsuchenden wieder die Hauptlast der Krise zu tragen haben. Damit übernimmt Wiens große Koalition gewissermaßen auch die Drecksarbeit für Merkel. *B.B.*

Zeitzeugen



Piotr Grzymowicz – Der 2009 als Stadtpräsident von Allenstein wiedergewählte Politiker, technische Wissenschaftler und ehemalige Dozent der Universität von Ermland und Masuren, sieht in der Feier des 550. Jahrestags des Zweiten Friedens von Thorn eine Möglichkeit, den Bürgern die Geschichte Polens näherzubringen.

Jan Chłosta – Der Geisteswissenschaftler, Journalist, Literaturkritiker und Vize-Präsident von „Wojciech Ketrzynski" hat im Auftrag der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit das Buch „Biografien Deutscher aus Ostpreußen" verfasst, in dem er 150 herausragende Menschen verschiedener Berufe präsentiert hat. Wie mit Ostpreußens Hauptstadt Königsberg sind auch mit Allenstein viele prominente Personen verbunden.



Friedrich der Große – Der preußische König nahm mit Maria Theresia und Katharina der Großen die sogenannte Erste Teilung Polens vor. Die Gebietsgewinne waren derart bedeutend, dass manche erst daran und nicht schon am Ausgang des Siebenjährigen Krieges den Aufstieg Preußens zur Großmacht festmachen. Dem bei der Teilung gewonnenen Westpreußen gehörte die besondere Aufmerksamkeit des Alten Fritz. In den beiden weiteren Teilungen Polens erwarben seine Nachfolger noch Neuostpreußen und Südpreußen mit Warschau.

Ludwig von Erlichshausen – In die Amtszeit des 31. Hochmeisters des Deutschen Ordens fällt der auch Dreizehnjährige Krieg genannte Preußische Städtekrieg. Gemäß dem ihn beendenden Zweiten Frieden von Thorn, den weder Papst noch Kaiser anerkannten, mussten fortan die Hochmeister der polnischen Krone persönliche Treueide leisten.



Helmut Kohl – In der Amtszeit des sechsten Kanzlers der Bundesrepublik verzichtete die Bundesrepublik Deutschland auf Ostdeutschland einschließlich des Ermlandes. 1990 schlossen die Bundesrepublik, die DDR, Frankreich, die Sowjetunion, Großbritannien und die USA den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Im selben Jahr folgte zur Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze ein deutsch-polnischer Grenzvertrag.

Wissenschaft und Pathos

Polen feiert in diesem Jahr den »Anschluss des Ermlands an das Königreich«

Der Stadtpräsident von Allenstein, Piotr Grzymowicz, hat dem Stadtrat die Ausrichtung einer Feier anlässlich des „Anschlusses des Ermlandes an Polen" vor 550 Jahren vorgeschlagen. Das Gremium hat den Vorschlag angenommen.

Mit mehreren Veranstaltungen zur „Eingliederung des Ermlandes" möchte Allensteins Präsident Grzymowicz die Einwohner der Stadt für die Geschichte des Ermlands und der Region sensibilisieren. Er will an ihr kulturelles Erbe und ihren Beitrag zur Entwicklung des polnischen Königreichs erinnern.

In seiner Sitzung vom 25. November des vergangenen Jahres nahm Allensteins Stadtrat den Vorschlag des Präsidenten an. Das Gremium beschloss, 2016 als „Jahr des Anschlusses des Ermlandes an Polen" mit entsprechenden Veranstaltungen feierlich zu begehen. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Das Programm muss noch erarbeitet werden.

Mit der Ausarbeitung der Feierlichkeiten einschließlich einer wissenschaftlichen Konferenz wurde das Zentrum für Wissenschaftliche Forschungen „Wojciech Ketrzynski" beauftragt. Die Konferenz soll den Titel tragen: „Der zweite Krieg – Frieden gewonnen. Die Jahre 1454 bis 1466 in Preußen".

Die Organisatoren schlugen vor, sich eingehender mit der Zeit des Dreizehnjährigen Kriegs und des ihn beendenden Zweiten Friedens von Thorn zu befassen. Konkret soll auf folgende Aspekte eingegangen werden: „das Eingliederungsprivileg, die Rolle der Städte und des Bürgertums in Preußen, die ständische Gesellschaft von Preußen, die Rolle der Burgen während des Dreizehnjährigen Krieges, die Veränderungen in der Armee und Methoden der Kriegsführung, internationale Politik, das Verhältnis des Papsttums zum teutonisch-polnischen Konflikt, der Vertrag von Thorn als internationaler Akt, die Folgen des Thorner Vertrags, die Verwaltungsgliederungen, die großen Ordensmeister als Vasallen der polnischen Könige, Preußen und der Kreuzritterorden nach 1466, preußische Huldigungen und die Versuche der Anfechtung des Vertrags von Thorn sowie die teutonisch-polnischen Kriege in der Ikonografie".

Historiker begrüßen den Beschluss der Stadt Allenstein

Der Historiker Jan Chłosta, Vize-Präsident von „Wojciech Ketrzynski", unterstützt diese Initiative, da er im Zweiten Frieden von Thorn einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte Polens und des Ermlandes sieht. Er hat die Hoffnung geäußert, dass sich an der Ausrichtung des Jahres der „Eingliederung von Ermland" auch Wissenschaftler aus Thorn beteiligen werden.

Die Konferenz soll im Oktober dieses Jahres in Allenstein oder Osterode stattfinden. Sie wird – abhängig von der Anzahl der Teilnehmer – ein oder zwei Tage dauern. Das Ergebnis der Konferenz soll in einer wissenschaftlichen Publikation dokumentiert werden.

Urszula Witkowska, Leiterin der Stadtbibliothek von Allenstein, gab bekannt, dass sich auch ihre Institution an den Veranstaltungen aus Anlass des Jahrestages der „Eingliederung des Ermlandes" beteiligen wolle. Weitere Einzelheiten sollen rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Das Originaldokument des Zweiten Friedens von Thorn, der, so die polnische Lesart, „für über 300 Jahre die nordwestliche polnische Grenze festlegte" wird in der Burg von Heilsberg aufbewahrt.

2017 soll dann der 1050. Jahrestag der Gründung des polnischen Staates gefeiert werden. Viele Historiker sehen darin eine zusätzliche Chance, an die Geschichte des Ermlandes und Allensteins zu erinnern. *Leszek Chaburski*



Noch wird hinter verschlossenen Türen getagt: „Wojcech Ketrzynski" wirkt mit am Festprogramm Bild: Umix

Ab 1772 war das Ermland preußisch

Die dem Zweiten Frieden von Thorn folgende Zeit war geprägt durch polnische Versuche, die Autonomie des Fürstbistums Ermland zu beschneiden. Begünstigt wurden diese Bemühungen dadurch, dass das Ermland wie Polen katholisch blieb, während aus dem benachbarten Deutschordensstaat ein protestantisches Herzogtum, später Königreich wurde.

Nachdem das Ermland bereits Mitte des 17. Jahrhunderts im Zweiten Polnisch-Schwedischen Krieg dank dem Schwedenkönig Karl X. Gustav kurzzeitig von Polen unabhängig geworden war, wurde es dann 1772 als Ergebnis der sogenannten Ersten Teilung Polens preußisch. Außer dem Ermland erhielt Friedrich der Große Westpreußen, den Netzedistrikt und das Kulmerland. Erst diese Erweiterung machte aus dem König *in* Preußen einen König *von* Preußen.

Nach dem Sieg im Vierten Koalitionskrieg formte Napoleon 1807 aus preußischen Gebieten das Herzogtum Warschau, eine Art polnischer Nationalstaat, der

Erst 1990 wurde das Ermland polnisch

nur nicht so heißen durfte, aus Rücksicht auf den damaligen Verbündeten Bonapartes Zar Alexander I. Obwohl dem Kaiser der Franzosen zweifellos die Polen näher standen als die Preußen, beließ er das Ermland bei Preußen. Auch auf dem Wiener Kongress wurde Preußen als einem der Siegermächte das Ermland nicht streitig gemacht.

So wie das heutige Ostpreußen einschließlich des Ermlands nicht zum 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reich gehört hatte, gehörte es auch dessen 1815 gegründeter Nachfolgeorganisation Deutscher Bund nicht an. Nach dem Ende des Deutschen Bundes wurde das Gebiet mit dem gesamten Hohenzollernstaat erst 1866 Teil des Norddeutschen Bundes und dann 1871 des Deutschen Reiches. An der Zugehörigkeit Ostpreußens einschließlich des Ermlands zu Deutschland änderten noch nicht einmal die Sieger des Ersten Weltkrieges etwas. Erst 1990 gelangte das Ermland mit dem größten Teil Ostdeutschlands vertraglich unter polnische Souveränität. *M.R.*

Was die Polen feiern

Vor 550 Jahren wurde der Zweite Frieden von Thorn geschlossen

Wenn die Deutschen die siegreiche Schlacht ihrer 8. Armee gegen die russische 2. vom August 1914 als Tannenbergschlacht bezeichnen, dann hat das weniger geografische Gründe, denn die Ortschaft Tannenberg lag nicht unmittelbar im Kampfgebiet. Die Namensgebung ist vielmehr der Versuch, die Bedeutung der gewonnenen Schlacht zu überhöhen und der Volksseele endlich eine Genugtuung nach der Niederlage in der Tannenbergschlacht von 1410 zu gönnen.

Diese Niederlage von 1410 entschied nicht nur den zugehörigen Krieg des Deutschen Ordens mit Polen und Litauen, sondern läutete auch das Ende des Deutschordensstaates ein. Durch die Kriegsverwüstungen im eigenen Land, die Reparationsforderungen der Sieger und die Verteidigungsanstrengungen gegen das weiterhin feindlich gesonnene Polen sah sich der Orden gezwungen, die Abgaben zu erhöhen. Dagegen formierte sich bei den Ständen und den Städten Widerstand, der sich im Preußischen Bund organisierte. Der Streit zwischen dem

Das Ermland wurde autonomes Fürstbistum

Orden und der auch „Bund vor Gewalt" genannten Oppositionsgruppe eskalierte, letztere kündigte ersterem den Gehorsam auf, erklärte diesem den Krieg und unterstellte sich schließlich 1454 hilfesuchend dem polnischen König, der sich gerne auf der Seite der Gegner des Ordens in den Preußischen Städtekrieg einmischte. Polen gewann auch diesen Krieg gegen den Deutschen Orden und dem Ersten Frieden von Thron folgte 1466 ein zweiter.

Der Machtverlust des Deutschen Ordens wurde mit diesem am 19. Oktober 1466 ausgehandelten Zweiten Friedensschluss von Thorn besiegelt. Das Ermland, Pomerellen, das Kulmerland, Michelau an der Drewenz sowie das Land um Marienburg, Stuhm und Christburg unterstellten sich unter der Bedingung der Autonomie als „Preußen königlichen Anteils" der Krone Polens, das heißt dem König persönlich. Gleiches taten die bereits 1454 abgefallenen Hansestädte des Preußischen Bundes Danzig, Elbing und Thorn, die seit 1457 autonome Stadtrepubliken waren. Das Bistum Ermland wurde autonomes Fürstbistum. *Manuel Ruoff*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Linke Gewalt immer bedrohlicher

In Berlin-Friedrichshain entsteht ein rechtsfreier Raum, beherrscht von roten Rollkommandos



Der Kampf gegen rechtsfreie Räume könnte verloren gehen: Berliner Polizei stürmt ein Haus in der Rigaer Straße, aus dem es ihren Angaben zufolge zu Attacken auf einen Beamten gekommen war

Bild: action press

Im von Linksextremisten dominierten Viertel um die Rigaer Straße in Berlin werden Polizisten massiv attackiert. Die Polizei ist unterbesetzt und fühlt sich von der Justiz im Stich gelassen.

Das Viertel in der Umgebung der Rigaer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gilt als Hochburg der Linksextremen. Häufig werden dort Autos angezündet und beschädigt. Die linke Szene will neue Bewohner, vor allem sogenannte Besserverdiener, in die Flucht schlagen.

Seit der Räumung von Wohnungen in der Liebigstraße im Jahr 2011 sind Angriffe auf Polizisten kein Tabu mehr. Die Beamten ordnen den Kiez wegen der Häufung von Straftaten als „gefährlichen Ort" ein. Polizisten sind dort selten allein auf Streife.

Ist Verstärkung bei ausgedünnter Personaldecke unmöglich, müssen sonst als Routine einzustufende Einsätze schlicht unterbleiben, sagen Polizisten. Die interne Gefahreneinstufung erlaubt den Beamten Personenkontrollen auch ohne unmittelbaren Grund. Bei einer solchen Überprüfung schlugen mutmaßliche Linksextreme am 13. Januar einen Polizisten zusammen. Den Kampf gegen rechtsfreie Räume an der Spree droht sie ohne Unterstützung langfristig zu verlieren.

Den aus dem Hinterhalt geführten Angriff gegen den einzelnen Kontaktbereichsbeamten beantwortete die Polizei mit einem Großeinsatz bis in den Abend. Sie durchsuchte ein als Rückzugsort der Szene geltendes Haus. Die großen Zeitungen der Stadt begannen bald, den Einsatz als „unverhältnismäßig" zu kritisieren. Hinter den Kulissen geben indes einzelne Beamte Einblick, wie weitreichend Übergriffe auf sie in dem Viertel zum Alltag geworden sind.

Linksautonome gehen mit einer Guerilla-Taktik vor, setzen falsche Notrufe ab, kundschaften Einsätze aus, um Polizisten plötzlich und geballt anzugreifen. Ohne einen entsprechenden Anlass können die Beamten kaum zurückschlagen, vermehrt als Rückzugsorte von linken Extremisten genutzte Wohnungen nicht durchsuchen.

Zeugen werden eingeschüchtert und sogar verprügelt

Seit Ausbruch der Asylkrise hat sich der Personalmangel zudem drastisch verschärft. Der rot-schwarze Senat schiebt dem einstigen rot-roten Sparkurs die Schuld an der Unterbesetzung zu. Was für den Bürger der Wegfall rechtsstaatlichen Handelns bedeutet, darauf gab die Nacht zum 21. März vergangenen Jahres einen Vorgeschmack. In der Frankfurter Allee fiel der Strom aus. Nur sechs Minuten, nachdem die Lichter aus waren, ging der erste Hilferuf bei der Polizei ein. Vermummte entzündeten später Baumaterial an der Rigaer Straße. Sie attackierten ankommende Streifenwagen mit Steinen. Ein Ziegelstein durchschlug die Seitenscheibe eines Dienstwagens, traf den dort sitzenden Beamten. Nur mit Glück entging er schweren Verletzungen. Die Bilanz der links motivierten Gewalt in nur einer Stunde Dunkelheit: ein geplünderter Supermarkt, verletzte Polizisten, brennende Barrikaden.

Die Szene hatte Blut geleckt: Linksextreme warfen während der im Juli ausgerufenen „Aktionswoche 25 Jahre Selbstorganisation und Widerstand" Flaschen und Steine auf Polizisten, versuchten Barrikaden zu errichten und Feuer zu legen. Nur mit Einsatzhundertschaften der Polizei war die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Eine Anwohnerinitiative veröffentlichte nach Ende der sogenannten „Aktionswoche" ein „Solidaritätsschreiben". Die Unterzeichner gaben an, das Geschehene mit „Sympathie" verfolgt zu haben.

Nach erneuten linken Brandanschlägen im November bedrohte die linksextreme Szene den SPD-Politiker Tom Schreiber – er hatte die Polizei im Einsatz gegen Linksextreme begleitet, erlebte die Gewalt vor Ort. In Netzwerken im Internet verurteilte Schreiber die Taten. Er sprach von 140 000 Euro Schaden allein in einer Novembernacht in dem Stadtteil. Linksextreme nähmen mit Brandanschlägen billigend den Tod von Menschen in Kauf, so der Politiker. Bei einem anderen Einsatz im selben Monat versuchte Kneipenpublikum geballt, eine Verhaftung zu verhindern.

Im Februar jährt sich die Räumung der Liebigstraße, neue Gewalt ist zu befürchten. Inzwischen sind Polizisten auf Steinewerfer gefasst. Auf Lärmbelästigung, so sagen Beamte, können sie nur noch reagieren, wenn genug Kollegen der Einsatzreserve bereitstünden. Zu groß sei das Risiko in einen geplanten Hinterhalt zu geraten.

Es sei offensichtlich, wie sicher sich Linksradikale fühlten. „Die Häuser sind für sie Rückzugsgebiete. Erschwerend ist, dass sie Unterstützung einiger Politiker bekommen", so ein Beamter. Seitens der Feuerwehr erhielten Beamte einen Hinweis, dass Zeugen linker Gewalt nicht nur eingeschüchtert, sondern verprügelt werden. Inzwischen bedrängen bei Einsätzen vor Ort Anwohner die Polizei geballt, es sei nichts vorgefallen, sie sollten sich verziehen. In einem Fall drohten sie den Beamten mit „Rigaer Roulette". Die zunehmend gemeinschaftlich begangene Gewalt bekommt somit den Charakter einer gewaltkriminellen Parallelgesellschaft – nicht von Zuwanderern, sondern von linksextremen Deutschen.

Sverre Gutschmidt

Ein funkelnder Diamant

Von Vera Lengsfeld

Berlin steckt voller Überraschungen, selbst für eine alte Berlinerin wie mich. Wie oft bin ich schon die Oranienburger Straße entlang geschlendert und habe mich an dem neuen Leben gefreut, das in diese einstmals öde, ergraute, heruntergekommene Meile eingezogen ist. Gemütliche Cafés, zum Teil mit unter Spanplatten wiederentdeckter Holztäfelung und feinen Kronleuchtern, die Jahrzehnte auf den Dachböden verstaubt waren, Boutiquen, Buchläden, Galerien, ein jüdisches Restaurant neben der Synagoge. Es gibt viel zu entdecken und zu genießen.

Natürlich war ich schon in den Heckmannhöfen, die von der Oranienburger abgehen. Eine elegante Enklave mit Designerläden. Das kleine, feine Theater in der Ecke hatte ich wegen seiner äußeren Unscheinbarkeit bisher übersehen. Ein Fehler!

Einen „funkelnden Diamanten im Herzen von Berlin" hat es ein Amerikaner begeistert genannt. Der Mann hat Recht. Es ist ein Ort, an dem Humor, Witz, ein Feuerwerk von Einfällen mit reiner Spielfreude verbunden sind.

Entstanden ist die Truppe vor 30 Jahren in Freiburg, wo sich anfangs Leute mit „richtigen" Berufen in ihrer Freizeit zusammenfanden, um Theater zu spielen. Bald gesellte sich der Clown, Autor, Schauspieler und Unternehmer Johannes Galli dazu, der kleine, komödiantische Stücke schrieb, die so erfolgreich waren, dass aus dem Laienspiel Berufstheater wurde.

Inzwischen gibt es mehrere Galli-Theater in Deutschland. Es wird für Erwachsene und Kinder gespielt. In Berlin wurde jetzt am Sonntagabend eine Vorstellung für Berliner eingeführt, weil, nach Aussage der Theaterleiterin Marion Martinez, unter der Woche das Theater von Touristen voll besetzt sei. Der Renner ist das Stück „Männerschlussverkauf", in dem Frau Mann von der Psychologin Möbenbach erfahren will, wie sie sich einen Mann erobern kann.

Ein Klassiker, der bereits in sechs Sprachen übersetzt wurde und auf vielen Kleinbühnen der Welt gezeigt wird. Wer Männerschlussverkauf gesehen hat, will unbedingt wissen, wie es weitergeht. In „Männerfalle" hat Frau Mann bekommen, was sie wollte. Nun braucht sie Ratschläge, wie sie das Schätzchen behalten kann. Im dritten Stück will sie wissen, wie sie ihn wieder los kriegt. Alles ist herzerfrischend kurzweilig und mitreißend.

Weil das Theater von dem leben muss, was es verdient, musste es mehrere Standbeine entwickeln. Also bietet es auch Trainingsabende, zertifizierte Weiterbildung, persönliches Coaching. Ab sechs Personen kann man eine Privatvorstellung kaufen, mit Fingerfood und Getränken. Ein unvergessliches Erlebnis!

AfD greift an

Beatrix von Storch Garant für Sieg bei Abgeordnetenhauswahl

Sie ist klug, eloquent, weltgewandt und medienerfahren. Kurzum: Beatrix von Storch gehört seit Gründung der AfD zu deren profiliertesten Köpfen. Mit ihr als neuer Berliner Landesvorsitzenden kann der Einzug der AfD ins Landesparlament als sicher gelten. Nachdem es dem Landesverband bisher nicht gelungen war, vom bundesweiten Auftrieb der Partei zu profitieren, haben es die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien jetzt mit einem ernstzunehmenden Gegner zu tun. Statt still und unscheinbar zu bleiben und unterhalb der Wahrnehmungsgrenze zu agieren, wie es der bisherige Vorstand getan hat, werden von Storch und ihr ebenfalls bundesweit bekannter Co-Vorsitzender Georg Pazderski auf Angriff schalten. Dass von Storch, die zugleich stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende und EU-Abgeordnete ist, auf Augenhöhe mit den Spitzenvertretern der anderen Parteien in Berlin steht, werden nicht einmal ihre politischen Gegner bestreiten. Daran können auch kalkulierte Provokationen wie das öffentliche Fabulieren von angeblichen Abdankungs- und Exil-Plänen der Bundeskanzlerin nichts ändern. Vielmehr ist es gerade das, was ihre Anhänger an der 44-jährigen Juristin, der nachgesagt wird, knallhart ihre Position zu vertreten, schätzen.

Neuer Vorstand gibt Landesverband erhoffte Impulse

Die Wahl der neuen Berliner Doppelspitze war auch eine Richtungsentscheidung, denn von Storch und Paderski gelten als entschieden nationalkonservativ. Damit werden sie dem bisher als liberalkonservativ geltenden Landesverband neue Impulse geben. Es ist zu erwarten, dass sie eng mit Alexander Gauland, dem Vorsitzenden des benachbarten Landesverbandes Brandenburg, zusammenarbeiten werden. Mit ihm verbindet von Storch mehr als nur eine inhaltliche Nähe, hat er die aus dem Hochadel stammende politische Netzwerkerin doch bei ihrem Aufstieg in der Partei protegiert.

Mit dem neuen Schwergewicht an ihrer Spitze wird die Berliner AfD auch innerhalb der Gesamtpartei an Bedeutung gewinnen. In einem Jahr, in dem gleich fünf Landtagswahlen anstehen, kann die Partei davon nur profitieren. Sorgen, dass sie den Einzug in eines der Parlamente verpassen könnte, muss sich die AfD indes nicht machen. Den Umfragen zufolge gewinnt sie flächendeckend deutlich an Zuspruch und ist auf dem besten Wege, beständig drittstärkste politische Kraft des Landes zu werden. In einigen Bundesländern könnte sie demnächst sogar die SPD beziehungsweise die CDU hinter sich lassen.

J.H.

»Haut ab, Schwuchteln«

Berlin sucht Quartiere für homosexuelle Asylbewerber

Im März will der Berliner Senat im Stadtteil Treptow eine Unterkunft für homo- und transsexuelle Asylsuchende eröffnen. Das Heim ist für 120 Menschen geplant. Bis dahin bringt das zuständige Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales) die Personen in Privatwohnungen oder Hostels unter.

Unterbringungsplätze seien extrem knapp, beklagen Unterstützergruppen. Die private Unterbringung entwickelt sich daher zum Geschäftsmodell mit wohltätigem Anstrich. Das Lageso zahlt Preise, die für manche Mietobjekte auf dem freien Markt niemals zu erzielen wären, nur um die Asylsucher von der Straße zu bekommen.

Ein beispielhafter Fall bewegt die Debatte: Anfang Januar wurden im Hangar in der Unterkunft Tempelhofer Flughafen zwei Männer aus Pakistan angegriffen, einer mit einem Messer verletzt. Andere Asylsuchende griffen sie dem Vernehmen nach wegen ihrer Homosexualität an, Zeugen widersprechen sich. Die Opfer reden von Vergewaltigung, was die Polizei nicht bestätigt. Die Betroffenen wurden daraufhin verlegt, die mutmaßlichen Täter bleiben in der Unterkunft, behaupten damit „ihr" Terrain, in dem noch rund 30 weitere Homosexuelle einquartiert sind.

Attacken in Lagern nehmen zu

Wie viele es in Berlin insgesamt sind, weiß niemand. Die Behörden fragen nicht nach der sexuellen Orientierung, und wer einmal ein Quartier hat, tut gut daran, diese nicht zu offenbaren, denn der Angriff ist kein Einzelfall. Mitarbeiter des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) registrierten zwischen August und Silvester 2015 insgesamt 95 derartige Übergriffe in Berlin. Homo- und transsexuelle Flüchtlinge finden in der Hauptstadt kaum sichere Unterkünfte, sagt der LSVD und kritisiert den Senat. Der habe erst kürzlich nach vielfachen Nachfragen 22 500 Euro für ein Beratungsprogramm bereitgestellt. Bei der Beratung arbeiten LSVD und die Caritas sowie das katholische Bistum eng zusammen.

Inzwischen zahlt das Lageso die Miete für homosexuelle Asylsuchende in privaten Wohnungen bei Unterstützern. Rund 50 solcher Wohngelegenheiten hat der LSVD nach eigenen Worten bislang vermittelt. Andere erhalten einen Platz in einer Notunterkunft, doch dort sind sie ebenfalls nicht sicher. Die Stadt hat 2015 insgesamt über 70 000 Asylsuchende aufgenommen. Wegen des allgemeinen Mangels an Unterkünften und des Menschenzustroms ist Obdachlosigkeit für alle Menschen ein immer größeres Problem in der Stadt.

SG

MELDUNGEN

Riads Ränke gegen den Iran

Riad – Saudi-Arabien hat dem am Boden liegenden Somalia für den laufenden Monat Hilfszahlungen in Höhe von 50 Millionen Dollar zugesagt. Die Gegenleistung: Somalia muss die diplomatischen Beziehungen zum Iran abbrechen. Somalias Finanzminister Muhammed Adin Ibrahim sieht keinen Grund, Fragen nach dem diplomatischen Geschäft zu beantworten. Er ließ sich lediglich die Versicherung entlocken, dass die finanzielle Unterstützung aus Riad in keinerlei Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Mogadischu und Teheran stehe. Immerhin räumten die somalischen Behörden den iranischen Diplomaten 72 Stunden Zeit ein, um das Land zu verlassen. *FS*

Polen will sich EU nicht beugen

Warschau – Die polnische Regierung bleibt auf Konfrontationskurs zur EU. Die Demokratie in Polen bedroht zu sehen, wie es Brüssel tue, sei „gelinde gesagt lächerlich“, schimpft der Chef von Polens konservativer Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski. Sein Land werde „für nichts“ angegriffen. Es werde im Streit mit der EU über die Justiz- und Medienreform keinerlei Zugeständnisse machen, sondern seinen „Weg geradeaus weitergehen und sich keinem Druck beugen“. Die EU hat ein Verfahren zur Überprüfung des Rechtsstaates in Polen eingeleitet. Das Verfahren kann zu Strafmaßnahmen bis hin zum Entzug des Stimmrechts bei EU-Entscheidungen führen. Kaczynski fürchtet indes keine Sanktionen, da es nach seiner Überzeugung bei einer Abstimmung darüber keine Einstimmigkeit geben werde. Dabei kann er auf Ungarn setzen, dessen Ministerpräsident Viktor Orbán angekündigt hat, gegen die angestrebten Sanktionen gegen Polen sein Veto einzulegen und etwaige Beschlüsse zu blockieren. *J.H.*

Europas Abwehrstellen überfordert

Im Kampf gegen die Dschihadisten rüstet nun Großbritannien seinen Inlandsgeheimdienst MI5 auf

Seit den blutigen Anschlägen in Paris sind einige Monate vergangen, doch bleiben manche Fragen offen, gerade hinsichtlich der Zukunft.

Vom Standpunkt des „Islamischen Staates“ (IS) stellte die Aktion, die zweifellos generalstabsmäßig vorbereitet war und mit großer Brutalität erfolgte, einen großen Erfolg dar und zugleich eine Schlappe der französischen Abwehr. Eine Handvoll Dschihadisten vermochte die Weltstadt für mehrere Tage in Angst und Schrecken zu versetzen sowie das Leben in Brüssel zu lähmen. Sollte ein solcher Zustand einmal eine ganze Woche andauern, wäre ein allgemeines Leben nicht länger aufrechtzuerhalten. Man muss manchen europäischen Regierungen den starken Vorwurf machen, jahrelang das Thema „Gotteskrieger“ kaum beachtet, jedenfalls bis zu jenen November-Tagen völlig unterschätzt zu haben.

Die gerade in der Schweiz nicht selten anzutreffende Ansicht, man habe keine feindlichen Absichten gegenüber Syrien und daher seien auch keine Terrorakte gegen die Eidgenossenschaft zu erwarten, verkennt völlig die Ideologie der Salafisten. Danach ist die Herstellung des reinen Islams in der Welt nur durch bewaffneten Kampf möglich. Jeder Muslim hat die Pflicht, „Ungläubige“ zu töten. Terroranschläge sind für sie das legitime Mittel, ihre Interpretation des Islam mit Gewalt durchzusetzen. Sich für neutral zu erklären, ist bei Gruppen, die Gefangene lebend in einem Käfig verbrennen, ohne Belang. Osamah M., Leiter der Schweizer IS-Zelle, verfluchte in einem Facebook-Chat die Schweiz als „Hundesöhne“: „Solche Leute sind zum Enthaupten und nicht zum Missionieren!“

Die Realität von Paris bewies, dass Umstände, die bisher kaum für möglich erachtet wurden, schneller eintreten können, als man glaubt, und dass die Verantwortlichen über das bisher Undenkbare nachdenken sollten, um möglichst vorbereitet zu sein.

Bis in die jüngste Zeit aber zeigten manche Amtsstellen „Verständnis“ und „Entgegenkommen“, was Dschihadisten nur als Schwäche und damit als Ermunterung werten. Fast alle Abwehrstellen Europas sind überfordert. Vorbildlich sind die britischen Dienste, denen jährlich 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, für Zwecke des Cyber-Space sogar noch weitere 2,6 Milliarden. Geplant ist, den Inlandsgeheimdienst MI5 bis 2020 um 19000 neue Stellen zu verstärken – die Kosten betragen umgerechnet zwei Milliarden Euro. Jedes Land hat inzwischen eine spezielle Task Force, die bei Terroranschlägen à la Paris sofort eingreifen kann. Sehr viele Erfolge verdanken die Abwehrbehörden der NSA. Konnte diese die Code-Übermittlungen des „Islamischen Staates“ in dessen Außenwelt bisher entschlüsseln, so ist das bei der von jenem neuerdings eingesetzten Spielkonsole Playstation 4 zumindest bis heute nicht möglich. Umso dringender erscheint eine engere Zusammenarbeit der einzelnen nationalen Nachrichtendienste, manche Schlappe hätte so vermieden werden können. Erforderlich sind vielerorts strengere Gesetze zur besseren Bekämpfung der Gotteskrieger. Gewiss haben diese Maßnahmen nicht selten eine Einschränkung der persönlichen Freiheit zur Folge, doch ohne diese bestünde allzu sehr die Gefahr des Verlustes eben dieser Freiheit (und wohl auch des Lebens).

> Werden die anderen Staaten Europas dem Beispiel des Vereinigten Königreiches folgen?

Größter Wert sollte auf eine kluge Präventionspolitik gelegt werden, was offenbar von einigen Kantonen nicht im erforderlichen Umfang erkannt wird. Manche Eltern und Lehrer verlieren jeglichen Einfluss auf ihre Kinder, die zunehmend in die Ideologie des „Islamischen Staates“ abgleiten. Für solche Fälle sind inzwischen in etlichen europäischen Ländern und auch in einigen wenigen Orten der Schweiz besondere Beratungsstellen eingerichtet worden, die in der Öffentlichkeit allerdings zu wenig bekannt sind. Nicht ohne Wirkung ist zuweilen auch die sogenannte Gefährderansprache. Kantonale Polizisten teilen radikalen Islamisten offen mit, dass sie unter Beobachtung stünden und verweisen auf ihr weiteres Schicksal in Syrien als Selbstmordattentäter. Die Frage dabei ist indes, inwieweit der zukünftige Gotteskrieger sich geistig schon in jener Welt des Dschihad befindet.



Seit 1994 der Hauptsitz des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5: Thames House Bild: Mauritius

Gegenwärtig dürften sich bis zu 15000 „Heilige Kämpfer“ in Syrien befinden, davon sind wohl 3600 Europäer, 600 Europäerinnen und sechs Schweizerinnen. Die stärkste Gruppierung mit wohl 1700 Gotteskriegern kommt aus Frankreich, gefolgt von über 760 Deutschen und 700 aus Großbritannien. Während der vergangenen Jahre kehrten rund 3000 Dschihadisten nach Europa zurück, allein in den zwei letzten Jahren waren es 1200. Deutschland rechnet mit einem Drittel, Großbritannien kennt zirca 350 und Frankreich offiziell 250, tatsächlich dürften es rund 1000 sein. Dass manche als „syrische Flüchtlinge“ kommen und nicht wenige unter falschen Personalien, aber mit Identitätspapieren aus echten Staatsdruckereien Syriens muss unterstellt werden.

Manche dieser Rückkehrer sind desillusioniert. Von den meisten geht mit ihrer militärischen Ausbildung und Kampferfahrung eine große Gefahr aus – wie die Tragödie in Paris bewiesen hat. Einen solchen Menschen vollständig zu observieren, bedarf es täglich wenigstens 25 Personen, was keine Polizei leisten kann. Zu einer tatsächlich wirksamen Bekämpfung des „Islamischen Staates“ wären Bodentruppen erforderlich. Dazu fehlt Europa der Wille.

Selbst die USA begnügen sich mit dem Einsatz von 500 Operationsgruppen mit rund 40000 Spezial-Soldaten, die man als Spähtrupps und Sabotage-Einheiten werten sollte. Der Krieg wird jedenfalls noch viele Jahre dauern. Der Zustrom junger Männer in den „Heiligen Krieg“ hält unvermindert an.

Das gilt ebenfalls für die Schweiz. Tag für Tag überschreiten durchschnittlich 200 Europäer die türkisch-syrische Grenze, um für Allah zu kämpfen – und allzu oft zu sterben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

»Wer jagt Angela Merkel?«

Wladimir Shalak vermutet US-Westküste hinter Twitter-Angriffen

Die Übergriffe gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht haben nicht nur in den klassischen Medien einen starken Widerhall gefunden, sondern auch in sozialen Netzwerken des Internets. Schnelle Verbreitung haben seit Jahresbeginn unter anderem Botschaften gegen Bundeskanzlerin Merkel gefunden, die über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitet wurden. „Arrest Merkel“ (Verhaftet Merkel) oder „Merkel Has To Go“ (Merkel muss gehen), so nur einige der sogenannten Twitter-Tweets, mit denen Stimmung gegen die Bundeskanzlerin gemacht wird.

Was den Ursprung solcher Smartphone-Nachrichten angeht, hat inzwischen der russischen Wissenschaftler Wladimir Shalak eine interessante Untersuchung vorgelegt. Unter dem Titel „Who is hunting Angela Merkel? (Wer jagt Angela Merkel?) stellt der zu Internetthemen forschende Russe die interessante Behauptung auf, dass viele Originalnachrichten von der Westküste der USA stammen. Shalak zufolge spricht die Frequenz der veröffentlichten Twitter-Nachrichten dafür, dass bei den Anti-Merkel-Botschaften sogenannte Twitter-Bots am Werke waren.

Dahinter verbergen sich Programme, die automatisiert eine Vielzahl der Kurznachrichten in Umlauf bringen können. So weist eines der Twitterkonten („@Trainspotter001“) fast 27000 Kurznachrichten allein seit März vergangenen Jahres auf. Die dahinter stehenden 88 verschiedenen Kurznachrichten pro Tag, die über das Konto ausgesandt wurden, lassen es laut Shalak wenig wahrscheinlich erscheinen, dass sich ein einzelnes Individuum hinter dem Konto verbirgt. Zum Vergleich: Der große Nachrichtensender CNN bringt es im Schnitt pro Tag lediglich auf 23 Twitter-Nachrichten. Offen bleibt, wer wirklich hinter dem anscheinend orchestrierten Medienangriff auf Merkel steckt. Als Auftraggeber in Frage kommen sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGO) ebenso wie Geheimdienste oder wohlhabende Privatpersonen und Oligarchen mit politischen Ambitionen.

Bereits im September letzten Jahres hatte Shalak eine Untersuchung veröffentlicht, die nach Auswertung von 19000 Original-Twitter-Botschaften zu dem Ergebnis kam, dass der Strom von „Flüchtlingen“ nach Europa und speziell Deutschland künstlich von außereuropäischen Akteuren angeheizt wird. Als Ursprung vieler „Refugee Welcome“- Twitternachrichten mit Bezug auf Deutschland konnten demzufolge einige angelsächsische Ländern verortet werden.

> Der russische Wissenschaftler tippt auf sogenannte Twitter-Bots

Vor allem in den USA ist die Entwicklung zu beobachten, dass die sogenannten Twitter-Bots – also der automatische Versand von Tweets – in der politischen Propaganda immer wichtiger wird. Ob Hillary Clinton oder Donald Trump – es gibt kaum noch einen Politiker, zu dem nicht massenhaft Kommentare über Twitter verbreitet werden. Mittels Algorithmen und automatisierten Skripts werden dabei millionenfach Tweets auf dem Kurznachrichtendienst lanciert, mit denen entweder das Image von Politiker aufpoliert wird oder aber auch eine Anti-Stimmung angeheizt werden kann. Als sehr problematisch an der Entwicklung gilt, dass kaum noch zu unterschieden ist, welche Kommentare von Menschen erstellt werden und wann Computerprogramme sich als politischer Kommentator betätigen.

Norman Hanert

Über die Köpfe hinweg

Obama und Putin verhandeln über Lösung der Ukraine-Krise

Weil keine Seite in der Ukraine nachgeben will, scheint es jetzt so, dass Washington und Moskau über die Köpfe der Ukrainer hinweg entscheiden könnten. Darauf lassen jedenfalls neben Telefonaten zwischen Obamas und Putins schließen, die sich erstmals wieder über die Lage in der Ukraine und in Syrien ausgetauscht haben, ein ein Treffen des Putin-Beraters Wladislaw Surkow und Viktoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium vor Kurzem in Königsberg. Nach dem sechsstündigen Gespräch soll sich vor allem die russische Seite zufrieden gezeigt haben. Offenbar konnten sich die russischen und amerikanischen Vertreter über die Köpfe der Ukrainer hinweg auf einen Kompromiss einigen.

Dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko droht neues Ungemach. Nachdem nun die Gegner Russland und USA darauf drängen, die Krise zu beenden, indem beide Konfliktseiten die Minsker Vereinbarung endlich umsetzen, und auch Merkel und Putin mit ihm über die Umsetzung des Friedensabkommens vor einem Treffen telefoniert haben, wird die ukrainische Regierung sich auf Dauer gegenüber den Forderungen ihrer Geldgeber nicht mehr sperren können.

Im Wesentlichen geht es um die Umsetzung von 13 Punkten des Abkommens, darunter die Einhaltung einer dauerhaften Waffenruhe, den Abzug aller schweren Waffen aus den besetzten Gebieten der Ostukraine, Kommunalwahlen in den umkämpften Gebieten Donezk und Lugansk sowie um eine Verfassungsänderung, die den beiden Gebieten mehr Autonomie einräumt.



Bei UN-Gipfel 2015: Putin und Obama Bild: action press

Gerade gegen den letzten Punkt wehrt sich die ukrainische Regierung, da sie befürchtet, Russen dadurch mehr Einflussmöglichkeit zu gewähren. Poroschenko sieht sich nicht nur dem Miss-trauen seiner Bürger gegenüber, sondern auch seiner eigenen Regierungsmitglieder gegenüber. Dass eine solche Lage politischen Sprengstoff in sich birgt, ist klar. Zwar sieht sich die Ukraine seit Inkrafttreten des EU-Assoziierungsabkommens in ihrem Streben Richtung Westen einen Schritt weiter, allerdings könnte die Stimmung im Lande noch einmal umschwenken, sollte der Druck aus dem Westen zu groß werden. Dann könnte Poroschenko das gleiche Schicksal ereilen wie seinen Vorgänger Viktor Janukowitsch.

Die am Zustandekommen des Minsker Abkommens Beteiligten sind derweil bemüht, die festgefahrenen Gespräche wieder in Gang zu bringen.

Angesichts des scharfen Windes, der Poroschenko von allen Seiten umweht, zeigt dieser sich bereit, in diesem Jahr einiges für die Umsetzung von Minsk II zu tun. Gegenüber der ukrainischen Zeitung „Apostroph“ sagte er: „Nur wenn der Krieg vorbei ist und die Lage in der Ukraine wieder ruhig, können wir uns wirtschaftlich entwickeln, ist unser Land interessant für Investoren.“ *M. Rosenthal-Kappi*

Nach dem Atomabkommen

Die wirtschaftliche Symbiose zwischen Deutschland und dem Iran ist möglich – falls die USA sie zulassen

Nach jahrelangen Verhandlungen, die wiederholt abgebrochen wurden, ist es nun soweit. Die internationalen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran werden Schritt für Schritt gelockert.

In der vergangenen Woche hat die Internationale Atomenergiebehörde als Ergebnis einer Überprüfung mitgeteilt, dass die Regierung in Teheran ihre Verpflichtungen aus dem Atomabkommen erfüllt habe. Der Iran, früher ein wichtiger Handelspartner Deutschlands, kehrt damit mittelfristig in den Kreis der Industrienationen zurück.

„Damit eröffnet sich die Möglichkeit, ein neues Kapitel in den deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen aufzuschlagen", erklärte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Der SPD-Politiker hatte bereits im Sommer 2015 als einer der ersten westlichen Politiker das Land besucht und wurde dabei auch von Industrie-Vertretern begleitet.

80 Millionen Menschen leben im Iran, rund ein Drittel der Wirtschaft liege auf Grund der jahrelangen Sanktionen brach, schätzen Experten der Vereinten Nationen. Arbeitslosigkeit, Armut und Inflation prägten den Staat in den vergangenen Jahren, eine tiefe Wirtschaftskrise traf das Land. Dabei besitzt der Iran die drittgrößten Ölreserven der Welt, hat eigentlich gute Voraussetzungen.

Mit dem Wegfall der Sanktionen hofft die Wirtschaft auch auf strukturelle Reformen, dann könnte der Iran ein interessanter Markt werden. „Nach mehr als zehnjähriger Eiszeit fällt nun ein wichtiges Stoppschild", erklärte Volker Treier, Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) gegenüber der „Deutschen Welle". Der Iran müsse seinen Maschinenpark erneuern, den Fahrzeugbau, die Baustoff-Industrie, das Wassermanagement, die Abfallwirtschaft, aber auch das Energiesystem und die Gesundheitsbranche. Bei Airbus will der Iran in Kürze 114 neue Flugzeuge bestellen.

Auch die deutschen Autobauer stehen in den Startlöchern. Daimler ist nach einem Bericht des Nachrichtensenders NTV bereits in den Mullah-Staat zurückgekehrt. In einem Gemeinschaftsunternehmen will der Konzern Lastkraftwagen produzieren. In den nächsten drei bis fünf Jahren müssten im Iran rund 56 000 Nutzfahrzeuge erneuert werden, schreibt Daimler unter Berufung auf das iranische Industrieministerium. Insgesamt seien in den kommenden Jahren 200 000 neue Laster nötig. Vor Inkrafttreten der Sanktionen habe Daimler im Iran jährlich bis zu 10 000 Fahrzeuge verkaufen können.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus" planen auch Volkswagen, Audi, Skoda und BMW bereits Kooperationsgespräche mit iranischen Firmen. Der stark angeschlagene VW-Konzern hatte bis 2009 im Iran das Modell „Golf" produziert. Und Konkurrent Audi glaubt sogar, seine Premiumprodukte an den iranischen Mann bringen zu können: „Das Potenzial ist da", teilt das Unternehmen mit.

> »Ohne Risiko sind Geschäfte also nicht«

Doch nicht nur die Großindustrie reagierte wie elektrisiert auf die guten Nachrichten aus Teheran. Auch der Bundesverband mittelständische Wirtschaft – Unternehmerverband Deutschland (BVMW) sieht nach dem Ende der westlichen Sanktionen im Iran große Chancen für den deutschen Mittelstand. „Im Ergebnis rechne ich damit, dass sich das deutsch-iranische Handelsvolumen von gegenwärtig knapp 2,5 Milliarden Euro bis 2020 vervierfachen wird", sagt der BVMW-Präsident Mario Ohoven den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Offenkundig will die europäische Wirtschaft den Wettbewerbsvorteil gegenüber den USA nutzen, deren Verhältnis zum Iran immer noch belastet ist. Die Tinte unter dem Aufhebungsvertrag über die Sanktionen war noch nicht ganz trocken, da verhängte die Regierung in Washington schon wieder neue Strafen gegen den Iran wegen dessen Raketenprogramm. Das Verhältnis der beiden Länder ist ein zentraler Streitpunkt im aufziehenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Während die Demokraten das Atomabkommen als Meilenstein der internationalen Friedenspolitik feierten, sprachen die republikanischen Kandidaten Donald Trump und Marco Rubio von einer „Schande" und einem „Verrat an amerikanischen Interessen".

Vor dem Inkrafttreten der Sanktionen im Jahr 2010 importierte der Iran Waren für rund 20 Milliarden Dollar aus Europa. Fünf Jahre später war davon nur noch Rund ein Drittel übriggeblieben. Da die USA als Handelspartner ohnehin ausfielen, nutzte die chinesische Wirtschaft die Gunst der Stunde. Ende 2015 exportierten die Asiaten Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 15 Milliarden Dollar und damit mehr als alle EU-Länder zusammen. Wirtschaftsverbände sehen alleine für Deutschland mittelfristig ein Exportpotenzial von rund zehn Milliarden Dollar.



Der Iran besitzt die drittgrößten Erdölreserven der Welt: Offshoreförderanlage im Persischen Golf — Bild: Getty

Fraglich ist allerdings, ob sich Banken finden werden, welche die Anschubfinanzierung übernehmen. Erst, wenn es Klarheit gebe, welche Geschäfte im Detail wieder erlaubt seien, würden die meisten Institute ihre Iran-Geschäfte wieder aufnehmen, teilte der Bundesverband deutscher Banken (BdB) mit. Der Iran kann zwar wieder auf dem Weltmarkt Öl verkaufen, internationale Flughäfen anfliegen, Handel treiben, Finanzgeschäfte sind aber vorerst nur eingeschränkt möglich. Der Iran gilt immer noch als verdächtig, Terroristen zu finanzieren. „Ohne Risiko sind Geschäfte also nicht", sagte ein BdB-Sprecher. Dies könnte die Euphorie der Wirtschaft erheblich dämpfen. *Pe*

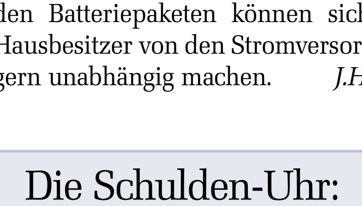
MELDUNGEN

E-Kennzeichen soll animieren

Berlin – Zum Jahreswechsel waren nach Angeben des Kraftfahrtbundesamtes in Deutschland 3656 Fahrzeuge mit dem sogenannten E-Kennzeichen unterwegs. Halter von Elektroautos können mit diesem speziellen Nummernschild in vielen Kommunen bestimmte Privilegien im Straßenverkehr in Anspruch nehmen. So dürfen sie zum Beispiel ohne Gebühr parken oder auf der Busspur fahren. Die Möglichkeit dazu gibt ihnen das im Juni 2015 in Kraft getretene Elektromobilitätsgesetz. Die Bundesregierung verspricht sich von dem E-Kennzeichen einen „echten Erkennungseffekt". Sie will auf diese Weise mehr Autofahrer zum Kauf eines Elektroautos animieren. *U.M.*

Strom aus der BMW-Batterie

München – BMW will einen Stromspeicher für Privathaushalte und kleine Unternehmen anbieten, der den Strom von Solaranlagen zwischenspeichern kann. Nach Informationen der „Wirtschaftswoche" sollen die Modulanlagen, die mit den gleichen Akkus ausgerüstet sind wie das Elektroauto „BMW i3", noch im Laufe des Jahres auf den Markt kommen. Mit den Batteriepaketen können sich Hausbesitzer von den Stromversorgern unabhängig machen. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.028.034.110.813 €
Vorwoche: 2.027.963.394.177 €

Verschuldung pro Kopf:
24.945 €
Vorwoche: 24.947 €

(Dienstag, 26. Januar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Noch nicht aller Tage Abend

Trotz Ölpreisverfalls hält die russische Wirtschaft sich über Wasser

Sosehr auch verschiedene westliche Medien in diversen Prognosen für 2016 Russlands Wirtschaft mit düsteren Prophezeiungen einzudecken versuchten, sosehr erstaunt ein Kommentar von „Forbes", dem vielleicht weltweit erfolgreichsten Wirtschafts-Magazin, aus der Feder von Mark Adomanis, einem Spezialisten für russische Ökonomie. Im Gegensatz zum letzten Absacken des Öl-Preises im Jahre 1999 sei Russlands Lage heute viel stabiler. Damals habe es einen „Einbruch des staatlichen Finanzsystems" gegeben. „Heute geschieht etwas Derartiges nicht."

Der Mann führt Gründe für die veränderte Lage an. Im Gegensatz zu früher schone die russische Zentralbank die Devisenreserven und ziehe sie nicht zur Stabilisierung des Rubels heran. Dabei kann Russland Öl bis zu einem Preis von 20 Dollar pro Barrel rentabel fördern, doch das Problem besteht darin, dass der russische Haushalt auf einem Öl-Preis von 50 Dollar pro Barrel basiert, daher tut sich eine erhebliche Lücke auf.

Diese wird nicht wie ehedem mit Devisen geschlossen, sondern durch den Rückgriff auf den nationalen Reserve-Fonds, eine Einrichtung, die erst in den letzten Jahren entstanden ist. Allerdings hält dieser Fonds bei gleichbleibender Entwicklung nur noch bis zum Ende des Jahres vor, aber auch dann ist noch nicht aller Tage Abend. Für den Fall des Falles ist vorgesehen, sich des Nationalen Wohlfahrtsfonds zu bedienen, ebenfalls eine finanztechnische Einrichtung der jüngeren Zeit. Der Griff auf die Reserven ist allerdings nicht die einzige Möglichkeit des russischen Finanzministers Siluanow: So hat er erst kürzlich angekündigt, man werde, um Geld zu sparen, die Kreditvergabe an andere Länder überprüfen.

> Wohlfahrtsfonds hält nur bis Jahresende

Des Weiteren hat der Finanzminister bekanntgegeben, Russland erwäge, ein Paket von 19,5 Prozent Anteilen am staatlichen Rohstoff-Konzern Rosneft zu verkaufen. Damit sollen 11,8 Milliarden Dollar in die Staatskasse fließen. Bisher hält der Staat an Rosneft einen Anteil von 69,5 Prozent. Allerdings ist derzeit die Nachfrage nach Öl-Papieren denkbar gering, sodass der Handel noch keineswegs gelaufen ist. Was Russland aber in der augenblicklichen Bedrängnis hilft, ist auch ein struktureller Faktor. Noch vor acht oder zehn Jahren lag der Anteil des Energiesektors innerhalb der gesamten Wirtschaftsleistung bei gut 80 Prozent. Heute betragen die Einnahmen aus Öl und Gas kaum ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Der Rest entfällt auf einen neuen Mittelstand, auf ein sich entwickelndes produzierendes Gewerbe, auf den Handel, die Landwirtschaft und auf den Außenhandel außerhalb des Energie-Sektors. Russland hat aufgehört, ein Rohstoff-Land zu sein. Seine Technologie gehört zur Weltspitze.

Der schwache Rubel und die Sanktionen haben den Strukturwandel beschleunigt, denn sie zwangen die russische Wirtschaft, sich auf die eigene Kraft zu besinnen. Im Ausland einzukaufen wurde zu teuer, also machte man sich selbst ans Werk. Im Zentrum der Bemühungen steht die Lösung der Abhängigkeit vom Dollar. Das Land plant, seinen Handel mit Öl und Gas in absehbarer Zeit in Rubeln abzuwickeln. Mit einem parallelen Öl-Markt auf Rubel-Basis wird das US-Monopol gebrochen sein. Noch in diesem Jahr soll der Öl-Handel mit Rubel starten und zwar mit einer eigenen Rohöl-Sorte. Zunächst geht es nur um Test-Verkäufe, um technische Details kennenzulernen. Der volle Verkauf wird aber noch vor Jahresende beginnen. *Florian Stumfall*

Polen herabgestuft

Standard & Poor's wechselt von »A-« auf »BBB+«

Völlig überraschend hat die US-amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's das Kreditrating Polens von „A-" auf „BBB+" heruntergestuft. Da in der Begründung der Agentur weniger aktuelle ökonomische Gründe für die Herabstufung als vielmehr Befürchtungen für die Zukunft Polens angeführt werden, ist inzwischen der Vorwurf laut geworden, hinter dem Schritt stecke eine politische Motivation. Ähnlich wie es aus Brüssel zu hören ist, hegt auch die Ratingagentur die Sorge, dass Polens neue Regierung das Land und dessen Institutionen umgestalten wolle.

Zumindest bislang sehen die wichtigsten Wirtschaftsdaten Polens positiv aus. „Nach einer Wachstumsbeschleunigung im Jahr 2015 erwarten wir ein reales Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von durchschnittlich 3,3 Prozent in den Jahren 2016 bis 2018. Stärkere Inlandsnachfrage als Ergebnis von Einkommenszuwächsen aus neuen Maßnahmen der Regierung und eine fortgesetzte Erholung der Eurozone, des wichtigsten Handelspartners Polens, weisen auf ein robustes wirtschaftliches Wachstum hin", so die Experten von Standard & Poor's in ihrer rätselhaften Begründung für die Herabstufung. Selbst die Staatsverschuldung wird von den Analysten nicht als Problem gesehen. „Wir erwarten, dass die Staatsverschuldung bis 2018 stabil bei 51 Prozent des BIP bleibt." Obendrein prognostiziert die Agentur, dass ein verstärktes Lohnwachstum und eine niedrige Inflation die Realeinkommen in Polen weiter stärken werden.

> Die Experten der Ratingagentur bewerten die Wirtschaftsdaten positiv, und so werden politische Motive für den Schritt vermutet

Diese optimistischen Prognosen irritieren, setzt doch eine Ratingagentur üblicherweise erst den Ausblick auf „negativ", bevor es zu einer Abstufung kommt. Als Grund, warum diese abgestufte Vorgehensweise im Fall Polens nicht angewendet wurde, werden die Pläne des seit letzten Herbst regierenden Kabinetts genannt. So hat Warschau angekündigt, dass die Banken stärker besteuert werden sollen. Obendrein will sich die neue Regierung auch um das Dauerproblem „Frankenkredite" kümmern. Viele Polen hatten in der Vergangenheit Kredite in Schweizer Franken aufgenommen. Durch die mittlerweile erfolgte Aufwertung der Schweizer Währung sind viele polnische Kreditnehmer in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Angst geht um, dass die neue polnische Führung die Unabhängigkeit der polnischen Notenbank beschneiden oder aber eine Kapitalflucht aus Polen in Gang kommen könnte. Polens Regierung hat inzwischen die Vertreter der Ratingagentur Standard & Poor's zu Gesprächen eingeladen.

Der frühere polnische Ministerpräsident Donald Tusk, als EU-Ratspräsident eigentlich zur Zurückhaltung in Bezug auf nationale Angelegenheit angehalten, kritisierte die Entscheidung der Ratingagentur öffentlich. Die Herabstufung zeige bloß, dass „manche den Narrativ über den negativen Zustand der polnischen Wirtschaft glauben". „Wir", so der Pole weiter, „glauben das aber nicht." *Norman Hanert*

Blind in den Krieg

Von Jan Heitmann

Bei Einsetzen der Dämmerung ist mit zunehmender Dunkelheit zu rechnen", so steht es angeblich in der Gefechtsdienstvorschrift der Bundeswehr. Gefunden hat diese Passage dort zwar noch niemand, gleichwohl ist die Aussage zutreffend.

Bis zu denjenigen, die deutsche Piloten in den Krieg schicken, hat sich das offensichtlich noch nicht herumgesprochen. Die Folge: Die deutschen „Tornados" dürfen ihre Aufklärungseinsätze über Syrien nur bei Tageslicht fliegen. Die Besatzungen können nämlich keine Nachtsichtbrillen tragen, da die Cockpitbeleuchtung zu stark blendet. Das sei auch nicht weiter verwunderlich, meint die Luftwaffe, denn im Gegensatz zu den Luftstreitkräften anderer Nationen sehe sie keinen regulären Flugbetrieb mit Nachtsichtgeräten vor. Das sei bei einer funktionierenden Luftraumkontrolle nämlich nicht erforderlich. Nun mussten die des Nachts blinden deutschen „Tornado"-Piloten aber leider die nicht ganz überraschende Erfahrung machen, dass es eine solche in Syrien nicht gibt, wie es bei den meisten Kriegsgebieten der Fall sein dürfte. Die deutschen Piloten müssen also entweder bei Dunkelheit ohne Nachtsichtbrillen und folglich mit erheblichem Risiko fliegen oder am Boden bleiben.

Fazit der blamablen Geschichte: Nachts ist es auch in Syrien dunkel, und die deutsche Luftwaffe ist nicht für den Einsatz in Kriegsgebieten konzipiert.

Von wegen Schutz

Von Hans Heckel

Es gibt Nachrichten, die einem weit mehr als andere die Zornesröte ins Gesicht treiben. Seit der Mantel des Verschweigens über kriminelle Vorfälle in Asyllagern Löcher bekommt, erreicht uns eine wachsende Zahl von Meldungen zu Übergriffen gegen christliche Flüchtlinge durch muslimische Mitinsassen.

Beschämend und empörend genug. Nun aber kommt aus einer Unterkunft in Oberursel die Nachricht, dass sogar türkischstämmige Sicherheitsleute einen zum Christentum konvertierten Iraner zusammengeschlagen hätten – aus religiösen Gründen. Die Sicherheitsfirma erklärt, nur Bewerber mit Migrationsintergrund einzustellen, weil diese über „besondere interkulturelle Kompetenzen" verfügten. Selten entlarvt sich politisch korrektes Geschwafel so drastisch als blanker Zynismus. Es waren insbesondere die vermeintlich so sehr um den „Schutz von Schutzsuchenden" bemühten Kräfte, auf deren Betreiben hin solche Meldungen bislang vertuscht wurden. Eine beispiellose Heuchelei!

Und beschämend für Deutschland. Es zeigt sich, dass eine Nation ohne Selbstbehauptungswillen niemanden schützen kann, schon gar nicht den wirklich Verfolgten. Die Multikulti-Apologeten der unbegrenzten Zuwanderung machen unser Land vielmehr zum Tummelplatz von Barbaren, denen aus falscher Rücksichtnahme niemand in den Arm fällt.

Das Ende der Rechtsgleichheit

Von Manuel Ruoff

Die Entscheidung des SWR, zur „Elefantenrunde" die AfD auf Druck der Regierungschefs in Stuttgart und Mainz nicht einzuladen, erinnert mich an meine Studienzeit. Damals veranstalteten die Studenten immer einmal wieder Vorlesungsboykotte, sogenannte Unistreiks. Zu Recht wurde gegen diesen Begriff eingewandt, dass es keine Streiks seien, denn die Studenten enthielten der Gegenseite ja nicht – wie die Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft – etwas vor, sondern weigerten sich vielmehr, etwas zu nutzen, nämlich das vom Staat gewährte Privileg der Bildung.

Ähnlich verhält es sich mit den Wahlkampfdiskussionen der Staatssender. Die dort vertretenen Parteien bringen den Sendern ja keine Opfer. Vielmehr nutzen sie das ausschließlich Parteien gewährte Privileg, ihre Werbung kostenlos über den Äther in die Wohnstuben zu bringen. Insofern taten die beiden besagten Regierungschefs nichts anderes, als damit zu drohen, ein ihren Parteien gewährtes Privileg ungenutzt zu lassen, falls es anderen Parteien nicht vorenthalten werde. Das ist dreist.

> Wann prüft die EU-Kommission endlich die Bundesrepublik?

Ein Skandal ist es, dass der SWR glaubt, deshalb dem Gleichheitsgrundsatz zuwider handeln zu müssen. Genauso gut könnte der Staat einzelnen Parteien die Wahlkampfkostenerstattung vorenthalten mit der Begründung, dass die Regierungsparteien gedroht hätten, sonst auf ihre zu verzichten. Oder Wahlleiter könnten Wahlvorschläge mit der Begründung ablehnen, dass die Regierungsparteien gedroht hätten, sonst keine eigenen einzureichen.

Wenn man die Logik des SWR zu Ende denkt, wäre das das Ende der Rechtsgleichheit. Bürgern würden Rechte vorenthalten werden können mit der irrwitzigen Begründung, dass andere Bürger damit gedroht hätten, auf die Ausübung ihrer Rechte zu verzichten. Man stelle sich nur einmal vor, ein Finanzamt würde Ausländern das Kindergeld vorenthalten mit der Begründung, dass Deutsche damit gedroht hätten, sonst ihres nicht anzunehmen.

Dann wären die Grünen wohl als erstes auf der Palme. Deren Verhalten beim SWR-Skandal ist besonders scheinheilig. Sie stellen mit Winfried Kretschmann nämlich nicht nur einen der Ministerpräsidenten, die den SWR erfolgreich zur Diskriminierung der AfD zu nötigen versucht haben. Sie waren vielmehr selber Nutznießer, als der SWR bei der letzten Landtagswahl von 2011 auch Politiker der damals nicht im Parlament vertretenen Parteien eingeladen hatte. Die Grünen haben also dafür gesorgt, dass der nicht im Parlament vertretenen AfD Möglichkeiten zur Meinungsäußerung verwehrt wurden, die sie selber noch vor fünf Jahren genutzt haben.

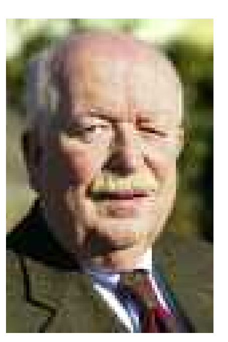
Und diese Pharisäer mokieren sich über die polnische PiS in Polen. Warum prüft die EU-Kommission eigentlich nicht einmal den Machtmissbrauch in der Bundesrepublik?



Noch regierungshöriger können die öffentlich-rechtlichen Sender in Polen kaum sein: Das Gebäude des Südwestrundfunks (SWR) in Stuttgart

Bild: SWR

Gegenwind



»Das Recht zum Widerstand«

Von Florian Stumfall

Allmählich werden die ersten Folgen von Kanzlerin Angela Merkels Einladung an alle Welt, nach Deutschland zu kommen, sichtbar. Dabei stehen die Probleme der inneren Sicherheit oder auch der schieren Kosten im Vordergrund. Doch ein Milliarden-Aufwand und der Verlust der Sicherheit im Alltag sind nicht die einzigen Gründe, warum die Bürger das Vertrauen in den Staat verlieren, langfristig wirkt etwas anderes viel verheerender. Dies ist der unbekümmerte Umgang der politischen Klasse allgemein und der Kanzlerin im Besonderen mit dem Recht.

Bereits Merkels Grenzöffnung durch mündliche Ankündigung war ein Rechtsbruch. Das „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" bestimmt in seinem Paragrafen 3 für Bürger, die nicht einem Schengen-Land angehören: „Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten gültigen Pass oder Pass-Ersatz besitzen, sofern sie von der Passpflicht nicht durch Rechtsverordnung befreit sind." Eine derartige Befreiung durch Rechtsverordnung wird in „begründeten Einzelfällen" gewährt und zwar vom Bundesinnenminister, nicht von der Kanzlerin. Man kann bei über einer Million Menschen nicht von Einzelfällen sprechen, von einer Begründung ebenso wenig.

Dementsprechend lautet auch das Gutachten, das der ehemalige Verfassungsrichter Udo di Fabio im Auftrag der CSU erstellt hat. Merkel hätte die Grenzen auf Grund eines „Notstandes" kurzfristig öffnen dürfen. Doch als sie das tat, gab es keinen Notstand, der trat erst durch ihre Maßnahme ein. Es gebe, so di Fabio, für eine „längere oder gar dauerhafte Außerachtlassung des geltenden Rechts" keine Rechtfertigung. Die Kanzlerin habe eine „wesentliche Entscheidung ... ohne gesetzliche Grundlage getroffen".

Das wäre in einem Staat, der sich noch als Rechtsstaat versteht, an sich schon schlimm genug. Schlimmer aber ist, dass Merkel nicht zum ersten Mal nach dieser Weise verfährt.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Kollaps eines Kernkraftwerks im fernen Japan war Anlass für die Kanzlerin, von ihrem Katheder aus das Ende der Nutzung von Kernkraft in Deutschland zu verkünden. Damit setzte sie per Ukas ein Gesetz außer Kraft, das vom Bundestag beschlossen worden war. Nach der Gewaltenteilung im Parlamentarismus ist es nicht Sache eines Regierungschefs, Gesetze zu erlassen, und ebenso wenig, sie außer Kraft zu setzten. Beides obliegt dem Parlament, das aber in Sachen Kernkraftwerke von der Kanzlerin derart unter Druck gesetzt wurde, dass es die einsame Entscheidung im Anschluss notgedrungen billigen musste.

Natürlich – für solche Bubentücke braucht man zwei, einen der sie treibt, und einen, der es sich gefallen lässt. Leider hat sich herausgestellt, dass sich der Bundestag von Merkel so gut wie alles gefallen lässt. Wenn die Abstimmung über eine erneute Millionen-Zahlung im Rahmen der Euro- oder Griechenland-Rettung angesetzt wird, kaum dass die Abgeordneten das 700 Seiten starke Papier, großenteils in Englisch, einen Tag oder zwei in Händen hatten, dann wird mit derartigen Tricks der gesamte Parlamentarismus ausgehebelt. Dass die Abgeordneten nicht aufbegehren, trägt ihnen tiefe Verachtung ein, mindert aber nicht Merkels Vergehen an der Gewaltenteilung. Und bei der nächsten Rettungs-Runde geht es weiter so. In irgendwelchen erlesenen Zirkeln der EU werden Zahlungen vereinbart, die zu billigen in Deutschland der Bundestag zuständig wäre. Der aber bekommt davon erst etwas mitgeteilt, wenn es Zeit ist, die Hand zur Zustimmung aufzuheben. Nicht einer, der aufbegehrt, nicht ein einziger. Außer Peter Gauweiler, der dann wieder einmal nach Karlsruhe zieht, um sich ein Urteil abzuholen, das etwa so lautet: Gauweiler hat eigentlich schon recht, aber diesmal lassen wir's noch einmal durchgehen.

Und ebenso, wie gegen einfache Gesetze verstoßen wird, wenn es die Opportunität des Augenblicks gebietet, so wird im bundesdeutschen Kontext mit dem Grundgesetz umgesprungen. Dort steht nach wie vor, allerdings einsam, vergessen und völlig verstaubt, der Artikel 6, wohl gemerkt im besonders geschützten Kapitel I, das die Grundrechte aufzählt. In diesem Artikel also heißt es: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." Die gesellschaftliche Entwicklung legt es nahe, erklärend zu betonen, was unter „Ehe" zu verstehen war, als das Grundgesetz geschrieben wurde. Man verstand darunter nichts anderes als die auf Dauer angelegte Verbindung von Mann und Frau. So einfach war das und die Hochzeit der einzige Fall, in dem eine Frauenquote angemessen zu sein schien.

Das, was heute teils unter Ehe verstanden wird, lässt den Artikel 6 obsolet erscheinen. Wo bleibt der besondere Schutz der ursprünglichen Ehe, wenn jede beliebige Verbindung denselben Anspruch erheben kann? Um es klar zu sagen: Es geht hier nicht darum, zur Schwulen-Hatz zu blasen, sondern darum, den Blick darauf zu lenken, wie man stillschweigend und ohne Widerspruch einen kompletten Grundgesetz-Artikel pulverisieren kann, unter der Federführung einer Kanzlerin, die nicht nur auf dieses Grundgesetz vereidigt, sondern auch noch Vorsitzende einer Partei mit christlichem Anspruch ist. Wenn einem die Bestimmung nicht passt, und es ist eine Mehrheit dafür da, dann soll man sie abschaffen. Aber nicht auf diese Weise.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Ein ähnliches Schicksal wie der Artikel 6 erleidet derzeit der Grundgesetzartikel 26. Er verbietet das Vorbereiten und Führen eines Angriffs-Krieges, also das, was Deutschland in zunehmendem Maße und immer schnellerer Folge zusammen mit falschen Freunden betreibt. Kaum wurde der erweiterte Kriegseinsatz gegen Mali durchs Parlament gebracht – hier wird es noch gefragt, vielleicht wegen der Haftung –, ruft die Kriegsministerin bereits erneut zu den Waffen, diesmal gegen Libyen. Das Land müsse stabilisiert werden, sagt sie, als ob in dieser Hinsicht die Nato anno 2011 nicht schon alles getan hätte, was möglich war.

Wo hat die Kanzlerin eigentlich gelernt, das Recht derart zu missachten? Üben jedenfalls kann sie diese Haltung famos im Zusammenhang mit der EU. Auch dort wird das Recht systematisch gebrochen und auch dort ist Merkel mit dabei. Das Nichtbeistands-Gebot (no bail out) aus dem Anhang zum Lissabon-Vertrag, wonach kein Land für die Schulden eines anderen einsteht? EU-Profis lächeln darüber nur noch. Oder der ESM-Vertrag, der diesen Rechtsbruch konstituiert und darüber hinaus grundsätzlich rechtswidrig ist, weil er alle Angehörigen des ESM über das Gesetz stellt? Die EU-Granden schert das nicht, auch nicht die Regierungschefs, Merkel eingeschlossen.

Dabei täte sie gut daran, im Zuge der Paralysierung deutscher Souveränität und Staatlichkeit zugunsten des Brüsseler Zentralismus einmal einen Blick auf den Artikel 20 des von ihr offenbar gering geschätzten Grundgesetzes zu werfen. Dort steht im Absatz 4 zur deutschen Staatlichkeit: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn anderer Abhilfe nicht möglich ist." Auch auf diesen Artikel ist Merkel vereidigt, wenn sie ihn auch nicht zu kennen scheint.

Unter Generalverdacht

Plötzlich sind Flüchtlinge keine Flüchtlinge mehr – Wie sich die Sprachkultur beim Umgang mit Zuwanderern langsam wandelt

Sprache ist eine diffizile Angelegenheit. Manches darf gesagt werden, anderes nicht. „Flüchtling" ist „in", „Gutmensch" ist „out". „Schlechtmensch" noch nicht. Ansichten eines solchen über die politische Sprachkultur im Land.

Auf Seite 21 hat die *PAZ* einen schweren Verstoß gegen die politisch-sprachliche Korrektheit begangen. Dort wird in einer Überschrift das Wort „Eskimo" verwendet. Der Begriff ist mittlerweile ähnlich tabu wie „Neger" oder „Zigeuner" und müsste korrekt „Inuit" heißen. So will es die Sprachpolizei, obwohl es auch andere indigene Polarvölker wie die Yupik oder Inupiat gibt, die beleidigt wären, wenn man sie als Inuits bezeichnete. Will man letztere beiden nicht unter Generalverdacht stellen, ein Inuit-Stamm zu sein, eignet sich als Oberbegriff der nach wie vor nicht abwertend gemeinte alte Ausdruck Eskimo am besten.

In einem ähnlichen linguistischen Dilemma ist die deutsche Medienlandschaft nach der Silvesternacht von Köln geraten. Plötzlich mag sie den Ausdruck „Flüchtlinge" nicht mehr für diejenigen Menschen verwenden, die – wie es auch so schön euphemistisch heißt – als „Kulturbereicherung aus anderen Nationen" zu uns gekommen sind und noch kommen werden. Konnte die Herkunft der Täter, welche die sexuellen Übergriffe auf Frauen begangen haben, nicht länger verschwiegen werden, weil auch dem Einfältigsten klar war, um welche es sich handelte, so sprach man hinterher im Konsens nur noch von „nordafrikanisch oder arabisch aussehenden Tätern". Wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtete sich plötzlich jedermann, den Begriff „Flüchtlinge" in den Mund zu nehmen.

Das Instrumentarium der Sprache ist seit jeher ein ideales propagandistisches Kampfmittel für politische Kriegsführung zur Manipulation und Vertuschung der Wahrheit. Was gab es nicht bereits alles für schöne Wortschöpfungen, die auf euphemistische Weise hässliche Dinge verschönern helfen. „Kollateralschaden" ist solch ein bekanntes Beispiel, das viel besser klingt als „zivile Kriegstote", oder „Minuswachstum" für wirtschaftliche „Schrumpfung". Was aber, wenn sich die Menschen von solchem schönen Neusprech nicht länger blenden lassen? Das ist der „GAU", und der ist nach den Kölner Vorfällen eingetreten.

Nordrhein-Westfalens Innenministerium ließ bei den Pressemitteilungen zur Silvesternacht den Pressekodex zur Anwendung kommen, wonach über die Zugehörigkeit von Verdächtigen „zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten" nur berichtet werden solle, wenn es für den Tathergang eine entscheidende Rolle spiele und es zu einem weiteren Verständnis beitrage. Keinesfalls, so lautete das Credo, dürfen „Flüchtlinge" pauschal als Sexualverbrecher stigmatisiert, also unter Generalverdacht gestellt werden, nur weil sich einige wenige „danebenbenommen" haben.

Aber tut das überhaupt jemand? Findet eine solche generelle Vorverurteilung bei den Menschen im Land tatsächlich statt, und traut man ihnen eine Differenzierung von kriminellen und nicht-kriminellen Minderheiten nicht zu? In anderen Fällen tut man sich damit weniger schwer.



Politische Sprachwelt: Ideales Instrumentarium zur Vertuschung und Täuschung Bild: Colourbox

Wenn es beispielsweise bei linken oder rechten Demonstrationen zu Ausschreitungen kommt, lauten die Schlagzeilen: „Linke/Rechte Demonstranten lieferten sich Schlägerei mit der Polizei." Heißt das jetzt, dass alle linken/rechten Demonstranten brutale Polizistenhasser sind?

Bei der Beantwortung der Frage mag der sogenannte Syllogismus helfen, der in der Philosophie seit Aristoteles logische Zusammenhänge zu begreifen hilft. Aus zwei Prämissen wird dabei eine Schlussfolgerung gezogen. Beim Beispiel der Demonstration lautet die erste Grundannahme: Alle Demonstranten sind rechts/links. Zweite Grundannahme: Einige Demonstranten sind Polizistenschläger. Ergo: Einige Polizistenschläger sind rechts/links. In der (Un-)Logik der Presse-Schlagzeilen besteht stattdessen der Generalverdacht, dass alle Demonstranten Polizistenschläger seien, obwohl nur eine Minderheit zur Gewalt gegriffen hat.

Dass man in diesem Fall weniger sensibel vorgeht als bei den „Flüchtlingen" und diesmal alle Demonstranten als Schlägertypen über einen Kamm schert, hat auch mit linguistischen Feinheiten zu tun. Der Begriff „Flüchtling" ist positiv besetzt, das Subjekt muss buchstäblich „beschützt" werden, da sonst das Helfersyndrom in unserer – Achtung: Euphemismus! – „Willkommenskultur" Schaden nehmen könnte. Für einen „Zu-" oder „Einwanderer" wäre die Hilfsbereitschaft wohl nur halb so groß, zumal wenn diese offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen in den paradiesischen Norden kommen. Genau aber das ist der Fall! Hat man schon mal gehört, dass ein „Südländer" aus Österreich flüchten muss? Unser Nachbarland ist bekanntlich ein sicheres Herkunftsland, aber trotzdem „fliehen" von dort täglich tausende „nordafrikanisch oder arabisch aussehende" Menschen zu uns?

Die Begriffe „Zu-", „Ein-" oder „Völkerwanderer", um die es sich in Wirklichkeit handelt, spielten in der politischen und medialen Rhetorik nie eine Rolle. Dafür will man gegenüber der Welt sprachlich damit punkten, dass Deutschland großzügig „Flüchtlinge" aufnehme – bis die Kölner Silvesternacht kam und eine Zäsur in der Berichterstattung einleitete. Plötzlich ist nicht jeder „Flüchtling" gleich ein „Flüchtling". Wird der Begriff vor allem mit Hinsicht auf weibliche Opfer mit dem Prädikat „gewalttätig" in Zusammenhang gebracht, dann verkommt es zu einer Art Unwort.

Bald gehen uns die Begriffe aus: Früher gab es „Ausländer" und „Migranten", dann wurden daraus „Asylanten" oder „Asylbewerber". Als auch diese Ausdrücke eine negative Deutung erhielten, erfand man die „politisch Verfolgten", die „Schutzbedürftigen" und als neueste sprachliche Errungenschaft – frei nach einem Dramentitel von Aischylos und Elfriede Jelinek – die „Schutzbefohlenen".

Was folgt als nächstes? Die „Hilfeschreienden", die „Vertriebenen" oder etwa die „Gutmenschen". Stopp: Letzteres ist zum „Unwort des Jahres" gekürt worden. Wo man uns das eine schmackhaft machen will, will man uns das andere vermiesen. Irgendwie keimt da sogar der Generalverdacht einer offiziell sanktionierten sprachlichen Lenkung auf, ähnlich wie beim „Eskimo". Ob uns da der Syllogismus – diesmal auf satirische Weise – weiterhilft? Erste Behauptung: Kein Eskimo ist ein Inuit, aber Ausländer. Zweite Behauptung: Alle Flüchtlinge sind Ausländer. Conclusio: Alle Flüchtlinge sind Eskimos. Dann nennen wir sie eben so, ehe wir aus sprachlicher und politischer Überkorrektheit um den heißen Brei herumreden. *Harald Tews*

Wilde Rhythmen

Jazz in der Malerei – Wie die Musik moderne Künstler inspirierte

Was ist da los? Die Besucher des Kunstmuseums Stuttgart tanzen und lachen. Auslöser der beschwingten Stimmung ist die Schau „Kunst und Jazz". Zu sehen sind 140 Kunstwerke aus den letzten 100 Jahren. Über Kopfhörer kann man sich die jeweils passende Musik anhören. Und zwar Jazz in allen Spielarten.

Mit Jazz verbanden die Künstler Modernität und Ursprünglichkeit, Popularität und Internationalität. Max Beckmann bekannte: „Ich liebe den Jazz so. Besonders wegen der Kuhglocken und Autohupen." Er inspirierte ihn zu dem abgefeierten Gemälde „Begin the Beguine" (1946). Ein Paar tanzt durch eine fantastische Szenerie, der Riesenvögel und eine Dame angehören, deren Hände verbunden sind – oder stecken sie in Ballettschuhen? Ein Mann hält einen Schlüssel hoch. Er hat einen Fuß auf eine Tafel mit dem von Cole Porters Song entliehenen, allerdings falsch geschriebenen Gemäldetitel gestellt. „Beguine" ist ein Tanz. Das Lied „Begin the Beguine" kann man sich in der Version von Artie Shaw anhören: Ein melodiöser Song mit Bläsern und schönem Kontrabass, der ideal zum Beckmann-Bild passt.

Getragen kommt der von Nat Gonella & his Georgians gespielte „Shoe Shine Boy" daher. Das Swing-Stück findet sich in der Plattensammlung von Otto Dix und erklingt zu dessen Triptychon „Großstadt" (1927/28). Hört man das Lied bei der Bildbetrachtung, so scheint sich die doch eigentlich schmissige Darstellung ungeheuer zu verlangsamen. Wie in Zeitlupe legt sich eine Band ins Zeug, während ein Paar mit verdrehten Beinen im Schneckentempo einen Charleston aufs spiegelnde Parkett legt.



Charleston, nichts als Charleston: Otto Dix' jazzige „Großstadt" Bild: Kunstmuseum Stuttgart/Uwe H. Seyl

Nicht nur Jackson Pollock legte sich zum Malen Platten auf. Ein lässiger Piano-Sound, unterstützt von Kontrabass und Bläsern, begleitet die Betrachtung seines ungegenständlichen Gemäldes „Reflection of the Big Dipper" (1947). Bevorzugt schuf er seine malerischen Improvisationen beim Hören von Swing-Nummern. Dabei soll er die auf dem Boden ausgebreitete Leinwand umtanzt haben, während er sie mit Farben beschüttete und betropfte.

Wiederholt entfaltet der Jazz eine gewaltig erotische Note. So wurde Josephine Baker für ihre Gesangs- und Tanzdarbietungen in Paris und Berlin frenetisch gefeiert. Legendär sind ihre von Grimassen begleiteten freizügigen Tänze im Bananenröckchen oder Federschurz, von denen Filmaufnahmen zu sehen sind. Paul Colin widmete ihren ungestüm erotischen Revueauftritten die Grafikmappe „Le Tumulte noir" (1929). Dazu erklingt Josephine Bakers Hit „I Love Dancing". *Veit-Mario Thiede*

Bis 6. März im Kunstmuseum Stuttgart, Kleiner Schlossplatz 1, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Freitag bis 21 Uhr. Eintritt: 2,50 Euro. Telefon (0711) 21619600, Internet: www.kunstmuseum-stuttgart.de. Der Katalog aus dem Prestel Verlag kostet im Museum 35 Euro, im Buchhandel 49,95 Euro

Der Deutschenversteher

In Frankreich geschmäht – Literaturnobelpreisträger Romain Rolland

Eine Punktlandung hinzulegen, die man zugleich als Bruchlandung bezeichnen kann, ist ein seltenes Kunststück. Was der französische Autor Romain Rolland kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges vollbrachte, lässt sich auf diese Formel bringen. Da ließ er zwischen 1904 und 1912 zehn Romanbände über den deutschen Titelhelden Johann Christof erscheinen, mit denen er seine französischen Landsleute vor den Kopf stieß. Ein Deutscher, dazu noch ein guter – Igitt!

Der vor 150 Jahren geborene Rolland hat das Kriegsunheil kommen sehen und mahnte mit seinem Werk vergebens zur Vernunft. In der chauvinistisch aufgeheizten Stimmung des Vorkriegs-Frankreichs setzte er zwar als Deutschenversteher thematisch auf das richtige Pferd, doch kaum war sein Romanprojekt zur deutsch-französischen Freundschaft vollendet, bekriegten sich die beiden Nationen. Mission gescheitert: Aus der Punkt- wurde die Bruchlandung.

Rolland galt zu Lebzeiten als germanophilster Autor Frankreichs. Als der angehende Doktor der Musikgeschichte in Rom die Bekanntschaft machte mit der damals schon betagten Malwida von Meysenburg, einer Freundin Wagners und Nietzsches, zeichnete sich bereits seine Leidenschaft für die deutsche Kultur ab. Erste Ergebnisse waren Biografien über Beethoven und Händel. Zugleich wandelte er sich nach der Lektüre von Tolstois „Krieg und Frieden" zum radikalen Pazifisten. Es war diese Melange aus Deutschen- und Friedensliebe, die zum Fundament seines Lebens und Werks werden sollte.

Noch während des ersten Kriegsjahres veröffentlichte er in Tageszeitungen Aufrufe gegen den Krieg, die er 1915 in der Essaysammlung „Über das Getümmel" („Au-Dessus de la Mêlée") erscheinen ließ. Dort wandte er sich gegen den preußischen Militarismus, differenzierte aber stets zwischen dem deutschen Volk und dessen kaiserlicher Regierung. „Zwischen uns Völkern des Abendlandes gab es keinen Grund zum Kriege", stellte er fest:



Bild: Archiv

Germanophil: Romain Rolland (29.1.1866–30.12.1944)

„Abgesehen von einer Minderheit vergifteter Presse, die ein Interesse an der Aufzüchtung dieses Hasses hat, hassen wir Brüder in Frankreich, England und Deutschland einander nicht."

Im nationalistisch aufgewühlten Frankreich machte er sich mit solchen Sätzen wenig Freunde. Er wurde mit Schmähungen überzogen und wie ein Abtrünniger behandelt. So kam es einer Genugtuung gleich, als er 1915 den Literaturnobelpreis nicht nur wegen „Johann Christof", sondern auch wegen seines humanitären Engagements erhielt. Das Preisgeld stiftete er dem Roten Kreuz.

Nach dem Krieg pflegte er die deutsch-französische Freundschaft weiter mit Seelenverwandten wie Albert Einstein, Carl Spitteler, Hermann Hesse oder Stefan Zweig. Letzterer schrieb eine Biografie über Rolland, und unlängst erschien im Aufbau-Verlag beider Briefwechsel („Von Welt zu Welt. Briefe einer Freundschaft 1914–1918", 462 Seiten, 24,95 Euro).

Der „Johann Christof" wartet indes auf eine vernünftige Neuauflage. Zuletzt erschien Mitte der 80er Jahre eine dreibändige DDR-Ausgabe. Dabei ist dieses rund 2000-seitige Werk über das Leben des fiktiven deutschen Musikers Jean-Christophe Krafft, den es nach Paris verschlagen hat und aus dem Rolland eine moderne Beethoven-Version gemacht hat, auch 100 Jahre später trotz kompositorischer Mängel durchaus noch lesenswert. *tws*

Kein Satz zu den deutschen Kriegsgefangenen

Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer: Joachim Gaucks Rede am 6. Mai 2015 in Schloss Holte-Stukenbrock

Für das Thema „Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer“ bietet sich von den Reden Joachim Gaucks die des 6. Mai 2015 in Schloss Holte-Stukenbrock wie kaum eine andere an. Ihr Anlass war das Gedenken der im Kriegsgefangenlager Schloss Holte-Stukenbrock umgekommenen russischen Soldaten.

Um mit dem Positiven zu beginnen: Die Rede verdient zunächst Anerkennung und Respekt. Zu Recht erinnert Joachim Gauck in dieser Rede daran, dass in deutscher Kriegsgefangenschaft Millionen von Soldaten der Roten Armee an Krankheiten zugrunde gingen, verhungerten oder ermordet wurden. Zutreffend ist auch sein Hinweis auf den Unterschied in der Behandlung zwischen den westalliierten Kriegsgefangenen, von denen nur etwa drei Prozent in deutscher Gefangenschaft umkamen, und den viel mehr Todesfällen unter den russischen Kriegsgefangenen. Positiv ist in der ausländischen Presse auch im Zusammenhang mit der Rede des Bundespräsidenten die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages aufgenommen worden, für die noch Lebenden der einstigen russischen Kriegsgefangenen zehn Millionen Euro als Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Indem der Bundespräsident an „barbarisches Unrecht“ und an „die Verletzung aller zivilisatorischen Regeln“ erinnert, verdient dieses Erinnern Zustimmung, auch und gerade in der von Joachim Gauck formulierten Begründung des Erinnerns „im Namen der Humanität, im Namen der Gleichheit und der Würde, die unterschiedslos allem zukommt, was Menschenantlitz trägt“.

Nur: Was hat den ehemaligen Pastor und jetzigen Bundespräsidenten davon abgehalten, im Zusammenhang mit den von ihm so ausführlich betrauerten russischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft wenigstens mit einem einzigen Satz auch der in russischer Kriegsgefangenschaft umgekommenen deutschen Soldaten zu gedenken? Stichworte für ein – in den Worten des Bundespräsidenten – „Erinnern im Namen der Humanität, im Namen der Gleichheit und der Würde, die unterschiedslos allem zukommt, was Menschenantlitz trägt“, hätte es genug gegeben: Der Herr Bundespräsident hätte an die Lager in Sibirien erinnern können und an die Leiden in Workuta. Er hätte die Tatsache erwähnen können, dass von den in Stalingrad gefangengenommenen 90 000 deutschen Soldaten nur 6000 die Gefangenschaft überlebt haben und dass die letzten deutschen Kriegsgefangenen erst 1955, also zehn Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten, aus der russischen Gefangenschaft entlassen worden sind. Der Bundespräsident hätte an die unmenschlichen Zustände in den Lagern auf den Rheinwiesen hinweisen können, in denen Tausende von deutschen Kriegsgefangenen der Amerikaner im Frühjahr 1945 in Erdlöchern vegetierten und nicht wenige an Entkräftung und Krankheiten starben.

Eine Schande nicht für den Bundespräsidenten, sondern für die angrenzenden Gemeinden ist es, dass die Errichtung von Gedenktafeln an den meisten dieser Orte unterblieb, auch deshalb, weil ein „Antisemitismusforscher“, der Professor Wolfgang Benz, meinte, ein solches Gedenken sei nicht angebracht, weil sich unter den Kriegsgefangenen „auch Täter“ befunden hätten. Das in Bretzenheim bei Mainz errichtete Mahnmal für die Opfer der Rheinwiesenlager wurde in der Nacht zum Volkstrauertag 2015 von vermutlich linksextremen Tätern beschmiert.

Der Bundespräsident, der bei Staatsbesuchen auf dem Balkan nachdrücklich an die von Deutschen dort begangenen Kriegsverbrechen erinnert, hätte – ohne solche Kriegsverbrechen zu rechtfertigen – wenigstens in einem Nebensatz an die Völkerrechtswidrigkeit der Kriegführung der Partisanen erinnern können; Partisanen machten bekanntlich keine Gefangenen, wobei sich die jugoslawischen Tito-Partisanen durch besondere Grausamkeit auszeichneten: Selbst verwundete Gefangene wurden von ihnen erschossen – ein doppeltes Kriegsverbrechen.

Zurück zur Rede in Schloss Holte-Stukenbrock: Dass das Beschweigen deutscher Opfer bei gleichzeitiger Ehrung russischer Opfer kein Einzelfall in der Amtsführung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland darstellt, zeigt ein weiteres Beispiel, das in dem Brief eines Bürgers, nämlich des Hamburger Buchhändlers Klaus Reuter, an den Bundespräsidenten vom Mai vergangenen Jahres wie folgt dokumentiert ist: „Sehr geehrter Herr Bundespräsident, aus den Medien erfahre ich, dass Sie auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Lebus einen Kranz niedergelegt haben, nicht jedoch an den Gräbern der daneben liegenden deutschen Soldaten. Meine Frau und ich waren im Februar auf dem benachbarten Soldatenfriedhof Lietzen. Wir waren erschüttert, als wir die Geburtsdaten der Toten gelesen haben. So erschreckend viele waren noch nicht einmal 20 Jahre alt. Was haben diese halben Kinder, die Soldaten werden mussten, getan, dass man sich heute ihrer nicht mehr erinnern mag?“ Ja, Herr Bundespräsident und Schirmherr des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, warum war Ihnen der Weg zu den Gräbern der deutschen Opfer – anders als der Weg zu den Gräbern der russischen Opfer – zu weit?



Bei seiner Rede anlässlich des 70. Jahrestages der Kapitulation der Wehrmacht auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter in Schloss Holte-Stukenbrock: Bundespräsident Joachim Gauck

Bild: Getty Images

Kritischer als der Fragesteller haben sich zwei ehemalige (aber eben nicht: amtierende) prominente Politiker geäußert. Berndt Seite, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern von 1992 bis 1998, hat in einem Leserbrief zur Berichterstattung über den 8. Mai 1945 zunächst zutreffend darauf hingewiesen, dass der Millionen Opfer des Nationalsozialismus in vielen Gedenkveranstaltungen mit Recht gedacht worden sei, um fortzufahren: „Nur die fünf Millionen gefallenen, getöteten und gestorbenen deutschen Soldaten wurden mit keinem Wort erwähnt. Der Bundespräsident, der Bundestagspräsident, die Bundeskanzlerin, der Bundesratspräsident und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, also die Vorsitzenden der Verfassungsorgane, haben geschwiegen ... In keinem anderen Land wird mit der Geschichte so resolut verfahren wie in Deutschland. Hier gilt immer alles oder nichts ...“

Einen Blick über die Grenzen und die Begrenztheit der deutschen Politik hinsichtlich der Wahrnehmung von Deutschen als Opfer hat der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Carl-Dieter Spranger mit einem Hinweis auf Frankreich getan. Er schrieb: „Am 8. Mai 1995 konnte ich die Rede des damaligen französischen Staatspräsidenten Mitterand im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in Berlin miterleben, wo er die gefallenen deutschen Soldaten so ehrte: ‚Sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin. Für eine schlechte Sache, aber die Heldentat hat damit nichts zu tun. Sie liebten ihr Vaterland.‘ Spranger fährt fort: ‚Welten trennen den deutschen Bundespräsidenten und hohe deutsche Repräsentanten aus Politik, Medien und Gesellschaft in ihrem Schweigen zum 8. Mai 2015 vom ehemaligen französischen Staatspräsidenten. Der Bundespräsident ehrte nicht deutsche, sondern sowjetische Soldaten und würdigte die Rote Armee Stalins als Befreier Deutschlands. Der Bundestag verpflichtet den deutschen Steuerzahler, zehn Millionen Euro an überlebende ehemalige Kriegsgefangene zu zahlen – an sowjetische, nicht an deutsche. Doch nicht nur die deutschen Soldaten, sondern alle Opfer des Zweiten Weltkriegs (gemeint sind: alle deutschen Opfer, der Verfasser) haben diese deutschen Repräsentanten vergessen und beschwiegen ... Ein anderer französischer Präsident, Charles de Gaulle, hat einmal gesagt: ‚Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es mit seinen Toten umgeht.‘ Das Verhalten deutscher Repräsentanten zum 8. Mai 2015 zeigt danach einen bisher weltweit unbekannten historischen und kulturellen Tiefstand nationaler Würdelosigkeit.“

Nicht so scharf im Urteil, aber nachdenklich und nachdenkenswert liest sich der Bericht von Alan Posener über seinen Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes in Langemark in Flandern, wo 44 324 deutsche Soldaten, darunter viele sehr junge Studenten, begraben liegen: „Die Einzigen, die Blumen hier niederlegen, sind die ehemaligen Feinde ... Woher kommt diese Unfähigkeit zu trauern? Die Jungen, die in Langemark fielen, starben als Aggressoren auf dem Boden eines überfallenen, neutralen Landes, als Opfer des Militarismus; ihr Tod ist nicht zu verklären. Um so mehr Grund aber hätten wir, ihn zu betrauern. Mit der Psyche eines Volkes, das dieses Bedürfnis nicht verspürt, ist etwas nicht in Ordnung.“ *Ingo von Münch*

Ein Exponent der prodeutschen Christdemokratie

Hubert Ney war Gründungsvorsitzender der CDU Saar und folgte Johannes Hoffmann als saarländischer Ministerpräsident

Im Gegensatz zu Johannes Hoffmann (siehe *PAZ* Nr. 51/52), einem Exponenten des profranzösischen Flügels der deutschen Christdemokratie, gehörte dessen Landsmann Hubert Ney dem deutschfreundlichen an. Früh zeigte sich die patriotische Gesinnung des am 12. Oktober 1892 in Saarlouis geborenen Preußen. So unterbrach er nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sein Jurastudium, um zu den Fahnen zu eilen. Im Kriegseinsatz verlor er seinen rechten Arm.

Hubert Ney

Bild: Mauritius

Nach dem Krieg beendete er sein Studium, promovierte mit einer Arbeit über „Rechtsfragen des Versailler Vertrages“ und ließ sich als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt nieder. In dieser Eigenschaft vertrat er den Völklinger Industriellen Hermann Röchling in dessen Prozess mit der Regierungskommission des Saargebiets über die Frage der französischen Schulen vor dem vom Völkerbund eingesetzten internationalen Gericht in Saarlouis. Bei der Saarabstimmung von 1935 warb der dem Zentrum angehörende Katholik für Deutschland. Das machte ihn für die Nationalsozialisten interessant, doch ihr Parteigenosse wurde er nicht. Im Zweiten Weltkrieg war der Anwalt 1939/40 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Oberpräsidium Brandenburg in Berlin dienstverpflichtet.

Nach dem Krieg trat das vormalige Zentrumsmitglied der in seiner Heimatstadt neu gegründeten Christlichen Volkspartei des Saarlandes (CVP) bei. Als Ney jedoch erkennen musste, dass die CVP unter ihrem Vorsitzenden Johannes Hoffmann eine antideutsche Politik betrieb, bemühte er sich um die Gründung eines prodeutschen Pendants. 1952 war es soweit. Die CDU Saar wurde gegründet und Ney ihr Gründungsvorsitzender. Allerdings musste die Partei anfänglich im Untergrund arbeiten. Erst nach dem Abschluss des Saarabkommens zwischen Bonn und Paris konnte die Partei legal tätig werden. Zusammen mit den ebenfalls deutschfreundlichen Flügeln der Liberalen und der Sozialdemokraten, der Demokratischen Partei Saar (DPS) und der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP), gründete sie den Heimatbund.

Nach dem Sieg bei der Abstimmung über das Saarstatut bekamen die Heimatbund-Parteien bei den anschließenden Landtagswahlen fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Stärkste Fraktion wurde mit 14 von 50 Sitzen die CDU, die dann auch mit Ney den Nachfolger des gescheiterten Hoffmann als Ministerpräsidenten stellte.

Hubert Ney hatte den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreicht. Doch der Abstieg kam bald. Die Ursachen lagen sowohl im Heimatbund als auch in der CDU. Das große verbindende Ziel des Parteienzusammenschlusses, der Sieg über das Hoffmann-Regime und der Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik, war erreicht. Bei der Regierung des Saarlandes traten nun zusehends die aus dem Bundesgebiet bekannten Differenzen zwischen Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten hervor. Zum anderen war der Sieg über die Kollaborateure mit Frankreich kein vollständiger, denn sie besaßen in der Bundes-CDU einflussreiche Sympathisanten, die auf eine schnelle Fusion der saarländischen CDU mit der CVP drängten. Ney war nicht bereit, das mitzumachen, und musste das 1957 mit dem Verlust des Parteivorsitzes und des Ministerpräsidentenamtes bezahlen. Nachdem er dem Kabinett seines Nachfolgers Franz-Josef Röder noch als Justizminister angehört hatte, schied er 1959 aus der Regierung aus, wenige Monate vor der Fusion von CDU und CVP, die es den Tätern der Hoffmann-Ära erlaubte, bruchlos aus dem Lager der Verlierer in das der Sieger zu wechseln und damit ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Währenddessen ging Neys tragischer Abstieg in die politische Bedeutungslosigkeit weiter. Noch vor der CDU-CVP-Fusion trat er aus der CDU aus, was es ihm ersparte, die Unterdrücker und Gegner von einst zu Parteifreunden zu bekommen. Zunächst schloss er sich als Hospitant der DPS Heinrich Schneiders (siehe *PAZ* Nr. 1) an, mit der er zusammen für den Beitritt zur Bundesrepublik gekämpft hatte und der eine Fusion mit einem profranzösischen Pendant erspart blieb. Zur nächsten Landtagswahl von 1960 gründete er dann mit Gleichgesinnten die Christliche Nationale Gemeinschaft (CNG), die bei den folgenden Landtagswahlen von 1960 gerade einmal 2,6 Prozent erhielt.

Sein politisches Ende spiegelt Enttäuschung

Im selben Jahr setzte er mit Schneider ein weiteres Zeichen des Protestes, indem die beiden unter Hinweis auf die Bonner Saarpolitik auf das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verzichteten. 1969 sah er nur noch in der NPD einen Garanten für eine deutsche Politik an der Saar. Dafür, dass Ney mit der Einschätzung der etablierten Parteien so falsch nicht gelegen hat, spricht der Umgang mit ihm nach seinem Tod am 3. Februar 1984. Nach dem Kollaborateur Hoffmann wurden in Saarlouis, dessen Ehrenbürger er blieb, eine Wohnsiedlung und in Saarbrücken ein öffentlicher Platz benannt. Vergleichbare Ehrungen des Patrioten Ney sucht man vergebens. Versuche seines Sohnes in dieser Richtung blieben ohne Resonanz. Brieflich den Ministerpräsidenten Peter Müller und Annegret Kramp-Karrenbauer vorgetragene Ersuchen blieben unbeantwortet. *Manuel Ruoff*

Textdichter eines Volksliedklassikers

Unter Johann Wilhelm Bornemann betrieb die Staatslotterie in Preußen bereits im 19. Jahrhundert Sportförderung

Johann Wilhelm Jakob Bornemann, der am 2. Februar 1766 in Gardelegen zur Welt kam, wo mehrere seiner Vorfahren als Bürgermeister fungiert hatten, wollte zunächst Theologe werden. Er entschied sich dann aber für eine Verwaltungslaufbahn im preußischen Staatsdienst, die ihn schließlich auch nach Berlin führte. Dort avancierte er 1806 zum Geheimen Sekretär. Dem folgte einige Jahre später die Ernennung zum Generaldirektor der Königlich Preußischen Staatslotterie.

Deren Gründung ging auf das Jahr 1763 zurück. Damals hatte Friedrich der Große ein Dekret erlassen, in dem er die Schaffung einer eigenen Lottogesellschaft verfügte, die nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen in anderen Ländern agieren sollte. Zum „Director der allhier unter allerhöchster Concession etablirten Lotterie“ und somit Bornemanns frühestem Amtsvorgänger ernannte er den italienischen Abenteurer Giovanni Antonio Calzabigi. Von diesem stammte die Idee, die der preußische König moralisch rechtfertigte: „Glück kann wie ein Schlag treffen. Es ist wählerisch und völlig blind. Deshalb kann jeder hoffen, durch die Teilnahme am Glücksspiel reich zu werden. Hier gelten weder Rechte noch Pflichten. Jeder ist vor dem Glücke gleich. Die Ungleichheit, die in der menschlichen Geschichte ihre eigensinnige Rolle spielt, fällt beim Glücksspiel in nichts zusammen.“

Die Einnahmen aus der Lotterie sollten, so Friedrich II., der „Aufmunterung der Künste und des Fleißes“ sowie wohltätigen Zwekken dienen. Sie kamen dann aber doch vorrangig der Verpflegung der Armee und der Aufstellung neuer Regimenter zugute. Jedenfalls war das Ganze ein großer Erfolg. Das änderte sich erst nach dem Tode des Alten Fritz. Seine Nachfolger taten wenig für die Lotterie und Friedrich Wilhelm III. verbot sie dann gar 1809 wegen „nachtheiliger Einwirkungen auf die Moralität der minderbegüterten Klassen unserer Unterthanen“. Allerdings geriet Preußen durch die napoleonischen Kriege bald in derart große finanzielle Schwierigkeiten, dass die Königliche Staatslotterie wiederbelebt werden musste. Das war die Stunde des Johann Wilhelm Bornemann.

Not kennt kein Gebot. Aber nachdem die durch Napoleon hervorgerufene Not überwunden war, gab es wieder Politiker im Lande, die Bedenken gegen diese Art der Geldbeschaffung äußerten. So brachte der Abgeordnete des neuen Vereinigten Landtags Friedrich von Diergardt 1847 den Antrag ein, die Lotterie ersatzlos abzuschaffen, wobei seine Begründung lautete: „Es sei vom Standpunkte der Religion und der Sitte verwerflich, wenn der zu ihrer Wahrung berufene Staat aus der Lotterie Einkünfte beziehe ... Die Lotterie sei ein Haupthindernis des Spartriebes, mache die Spieler träumerisch, arbeitsscheu und unzufrieden.“

Dem entgegneten Finanzminister Franz von Duesberg und Generalsteuerdirektor Samuel Ludwig Kühne, „dass der Staatshaushalt unter den bestehenden Verhältnissen auf die Lotterieeinnahme nicht verzichten dürfe“. Und dann meinten sie noch: „Die Aufhebung der Staatslotterie würde auch vom Standpunkt der Philanthropie nicht zu billigen sein, weil man auch den Armen die Freude nicht einschränken dürfe, sich durch das Lotteriespiel die Hoffnung auf bessere Tage zu erkaufen.“ Diesen Argumenten schloss sich tatsächlich die Mehrheit der Abgeordneten an, so dass Bornemann seinen Posten behielt.

Der Generaldirektor der Preußischen Staatslotterie war aber nicht nur der nüchterne Verwaltungsfachmann, der dem ewig klammen Staat Geld in die Taschen spülte, er war auch ein sehr musischer Mensch. So gehörte er zu den Mitgliedern der Berliner Sing-Akademie, einem gemischten Chor, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, das musikalische Erbe von Johann Sebastian Bach und andere Werke der geistlichen Musik einem bürgerlichen Publikum außerhalb des Rahmens der Kirche zu präsentieren.

Darüber hinaus trat der gebürtige Altmärker Bornemann mit ziemlichem Erfolg als volkstümlicher Verseschmied niederdeutscher Mundart in Erscheinung. Seine „Plattdeutschen Gedichte“ erschienen ab 1810 in immer neuen Auflagen. Besonders populär wurde dabei in der Zeit nach den Befreiungskriegen das Poem „Der Alte Fritz“, das mit folgenden Zeilen beginnt: „De Olle Fritz – potz Schlag in't Hus! Dat was en König as en Dus! Groot von Gestalt war he just nich, dat Groote satt am innerlich.“

Im gleichen Maße fanden die auf Hochdeutsch abgefassten Jagdgedichte Bornemanns bei der Leserschaft Anklang. Das betraf vor allem „Im Wald und auf der Heide“ – infolge der Vertonung durch Ferdinand Ludwig Gehrikke entstand hier 1827 sogar eine regelrechte klassische Volksweise, die heute noch gern gesungen wird.

Außerdem versuchte sich der Staatsbeamte als Turner. Dabei zählte das Turnen seinerzeit zu den eher unerwünschten Beschäftigungen, weil die Turnbewegung nicht nur sportliche, sondern auch politische Ziele verfolgte, die im Zeitalter der Restauration als verdächtig galten. Deshalb wurde dann 1820 eine Turnsperre in Preußen verhängt – und der „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn wanderte für fünf Jahre ins Gefängnis. Damit war es vorbei mit den Leibesübungen in der Neuköllner Hasenheide, wo Jahn am 19. Juni 1811 den ersten Turnplatz auf preußischem Boden eröffnet hatte, der nachfolgend zahlreiche Geräte nach den Ideen des Sportpädagogen Johann Christoph Friedrich GutsMuths erhalten hatte. Bis zur Verhängung des Turnverbotes sorgte Bornemann dafür, dass ein Teil der Lotterieeinnahmen in die Finanzierung der Ausstattung des Turnplatzes in der Hasenheide floss, auf dem sich die religiös-patriotisch gesinnte Jugend unter dem Motto: „Frisch, fromm, fröhlich, frei“ traf.

Wilhelm Bornemann starb am 23. Mai 1851 in Berlin, wo heute eine Straße im Ortsteil Gesundbrunnen an ihn erinnert. Zuvor konnte er noch miterleben, wie sein Sohn Friedrich Wilhelm Ludwig, der Anfang 1798 unmittelbar nach seiner Versetzung in die preußische Hauptstadt zur Welt gekommen war, im Zuge der Revolution von 1848 zum Justizminister im „Märzministerium“ von Ludolf Camphausen und David Hansemann avancierte.

Wolfgang Kaufmann



Bild: Colourbox

Im Wald und auf der Heide

Im Wald und auf der Heide
da such ich meine Freude,
ich bin ein Jägersmann,
ich bin ein Jägersmann!
Die Forsten treu zu pflegen
das Wildbret zu erlegen,
mein Lust hab ich daran,
mein Lust hab ich daran.
Halli, hallo, halli, hallo
mein Lust hab ich daran.

Trag ich in meiner Tasche
ein Trünklein in der Flasche,
zwei Bissen liebes Brot,
zwei Bissen liebes Brot,
brennt lustig meine Pfeife,
wenn ich den Wald durchschreife
da hat es keine Not,
da hat es keine Not.
Halli, hallo, halli, hallo,
mein Lust hab ich daran.

Im Walde hingestrecket,
den Tisch mit Moos mir decket,
die freundliche Natur,
die freundliche Natur,
den treuen Hund zur Seite
ich mir das Mahl bereite,
auf Gottes freier Flur,
auf Gottes freier Flur.
Halli, hallo, halli, hallo,
mein Lust hab ich daran.

Das Huhn im schnellen Fluge,
die Schnepf im Zickzackzuge
treff ich mit Sicherheit,
treff ich mit Sicherheit,
die Sauen, Reh' und Hirsche
erleg ich auf der Pirsche,
der Fuchs lässt mir sein Kleid,
der Fuchs lässt mir sein Kleid.
Halli, hallo, halli, hallo,
mein Lust hab ich daran.

Und streich ich durch die Wälder,
und zieh ich durch die Felder
einsam den ganzen Tag,
einsam den ganzen Tag;
doch schwinden mir die Stunden
gleich flüchtigen Sekunden,
tracht ich dem Wilde nach,
tracht ich dem Wilde nach.
Halli, hallo, halli, hallo,
mein Lust hab ich daran.

Wenn sich die Sonne neiget,
der feuchte Nebel steiget,
mein Tagwerk ist getan,
mein Tagwerk ist getan.
Dann zieh ich von der Heide
zur häuslich stillen Freude,
ein froher Jägersmann,
ein froher Jägermann!
Halli, hallo, halli, hallo,
mein Lust hab ich daran.

Mutter der »Wurzelkinder«

Die Kinderbuchautorin und -illustratorin Sibylle von Olfers

Wenn einer Kinderbücher macht, kann es nicht schaden, wenn er pädagogisch begabt, zu bildhafter Darstellung fähig sowie phantasievoll ist, um nicht zu sagen verträumt. Für die Macherin des Jugendstil-Klassikers „Etwas von den Wurzelkindern“ traf alles drei zu. Die am 8. Mai 1881 auf Schloss Metgethen bei Königsberg geborene Sibylle von Olfers entstammte einer Schriftstellerfamilie. Zu ihren Tanten gehörte die Schriftstellerin, Illustratorin und Salonnière Marie von Olfers, die unter dem Pseudonym Maria Werner neben Gedichten und Novellen auch Kinderbücher herausgab, die sie selbst illustrierte. In den Sommermonaten besuchte Maria von Olfers die Familie ihres Bruders und hatte auf ihre Nichte dabei großen Einfluss.

Dass die Natur in Sibylle von Olfers Werk eine derart große Rolle spielt, kommt nicht von ungefähr. Ihr Vater war Naturforscher und Naturfreund und ließ mit seiner Frau die reiche Kinderschar für damalige Verhältnisse ziemlich ungezwungen von gesellschaftlichen Konventionen und Zwängen aufwachsen. Der Vater konnte das Gut nicht halten und mit 17 Jahren kam Sibylle zu ihrer Tante nach Berlin. Sibylle von Olfers, die ihre Naturverbundenheit auch in der Großstadt bewahrte, wurde durch ihre Tante nun noch systematischer in Zeichnen und Malen ausgebildet, als es vorher schon während der Sommerbesuche der Fall gewesen war.

Olfers war still und verträumt und alles andere als oberflächlich



Sibylle von Olfers Bild: Archiv

und materialistisch. Ein angesehener Adliger mit großem Besitz hielt um ihre Hand an, aber sie verzichtete auf die „schillernde und elitäre, nutzlose Welt der Aristokraten“. Stattdessen verschrieb sie sich der Kirche. Schon als Kind bastelte die Katholikin Altärchen, um dort Andachten zu halten. Als junge Frau folgte sie dem Vorbild ihrer zwei Jahre älteren Schwester Nina und trat 1906 wie diese in Königsberg in den Orden der Grauen Schwestern von der heiligen Elisabeth ein.

Zum Glück erkannte der Orden ihre Fähigkeiten und förderte sie. 1907 wurde sie nach Lübeck versetzt, wo sie an den dortigen Malkursen des Freiherren Willibald Leo von Lütgendorff-Leinburg teilnehmen konnte. Sinnvollerweise wurde die kinderliebe Ordensschwester im Kunstunterricht an Schulen eingesetzt.

Schon als Kind hatte Olfers für ihre geliebte, wenige Jahre jüngere Schwester nicht nur Heiligenbilder gemalt, sondern auch Kinderbücher entworfen. Dieses Werk setzte sie als Erwachsene fort, auch als Ordensschwester. „Was Marilenchen erlebte“ aus dem Jahre 1905 folgte bereits 1906 mit „Etwas von den Wurzelkindern“ ihr größter Erfolg. Nur noch ein halbes Dutzend Jahre Schaffenskraft waren ihr da noch gegeben. 1912 brach dann ein Lungenleiden aus. Sie wurde deshalb in ein Ordensheim am Gardasee versetzt, aber der Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg zwang sie zur Rückkehr nach Deutschland mit seinem raueren Klima, wo sie nach vorherigem Einsatz als Lazarettschwester am 29. Januar 1916 in Lübeck starb.

M.R.

Ratespiel um den Autor

Königsberger Bürgermeister schrieb im Geheimen Bestseller

Uns heutigen Lesern sagt der Name Theodor Gottlieb von Hippel als Autor literarischer Werke wenig. Damit ergeht es uns nicht anders als den Lesern zu dessen Lebzeiten. Denn die Werke des am 31. Januar 1741, also vor 275 Jahren, in Gerdauen geborenen Ostpreußen wurden allesamt anonym veröffentlicht. Er schrieb sie nebenher in seiner Eigenschaft als Kriminalrat, Stadtrat, „Hofhalsrichter“, Oberbürgermeister und Polizeidirektor von Königsberg. In diesen Funktionen war er in der Stadt ähnlich bekannt – um nicht zu sagen: berüchtigt – wie der Philosoph Immanuel Kant, an dessen Tischrunden Hippel regelmäßig teilnahm.

Aber selbst Kant wusste nichts von der geheimen Autorentätigkeit seines Freundes. Als nach Hippels Tod am 23. April 1796 aufgrund von zum Teil wörtlichen Übereinstimmungen mit seinen „Kritiken“ Gerüchte aufkamen, Kant sei Autor dieser anonymen Werke, sah er sich zu der Richtigstellung genötigt, dass er nicht „der Verfasser der anonymischen, dem sel. von Hippel zugeschriebenen Werke“ sei.

Waren seine Werke früher zum Teil Bestseller, so wird Hippel heute allenfalls in akademischen Kreisen rezipiert. In den Literaturlexika taucht sein Name vor allem dank dreier Bücher auf. 1774 erschien von dem Mann, der nie verheiratet war, das aufklärerische Traktat „Über die Ehe“, das er bis zu seinem Tod ständig erweiterte und das zu einem wahren Bestseller wurde. Darin setzte



Bild: Archiv

Theodor Gottlieb von Hippel

er sich in Anlehnung an Jean-Jacques Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ für Frauenrechte ein: „Man hat in unserer Zeit so sehr die bürgerliche Verbesserung der Juden empfohlen; sollte ein wirkliches Volk Gottes (das andere Geschlecht) weniger diese Sorgfalt verdienen als das so genannte?“

Viel gelesen wurden auch seine mehrbändigen Romane wie die semibiografischen „Lebensläufe nach aufsteigender Linie“ über die Erlebnisse des kurländischen Pfarrersohns Alexander und die „Kreuz- und Querzüge des Ritters A bis Z“. Beide Werke haben mit ihren humoristischen Abschweifungen Laurence Sternes „Tristram Shandy“ zum Vorbild und verweisen bereits auf das Werk von Jean Paul.

In seinem querdenkerischen Werk entwickelte Hippel ein Reformprogramm, das er in seiner öffentlichen Funktion als Amtsträger nur bedingt verwirklichen konnte. Immerhin konnte er dem Königsberger Jahrhundert, das nach der bis 1762 dauernden russischen Okkupation arg zerrüttet war, wieder zu neuem Glanz verhelfen. Der Mann, der 1761 einen Gesandten bei der Übergabe einer Bernsteinsammlung an Zarin Elisabeth nach St. Petersburg begleitete, erwarb sich durch eine Reorganisation der Königsberger Polizei, Feuerwehr sowie des Armen- und Waisenwesens viel Reputation. Doch dass er später einmal wegen seines Ehe-Büchleins als Vorkämpfer der Frauenbewegung gefeiert würde, hätte er sich wohl nie träumen lassen.

Harald Tews

Anbruch einer neuen Phase der Hexenverfolgung

Zu: Witz und Wirklichkeit (Nr. 1) und Europa 2016: Die Uhr tickt (Nr. 1)

Tatsächlich ist wohl das, was in Köln und anderswo während der Silvesternacht passierte, das, was die Zukunft dieses von Politikern verdorbenen Landes bedeuten wird. Da nicht die Spur einer Kursänderung bezüglich der verhängnisvollen Asylpolitik in diesem Lande zu erkennen ist (auch nicht im CSU-Kasperletheater und auch nicht durch die Krokodilstränen von Weil, Gabriel, Merkel und Konsorten), werden sich diese Albträume in der Zukunft sehr rasch realisieren.

In einer auf den Kopf gestellten Bevölkerungspyramide, in der der herbeigelaufene Asylbewerber an der Spitze und der mit Steuern und Abgaben abgezockte Bürger ganz unten steht, werden die Gewaltorgien, die gewiss auch zu der Vielzahl von „Bereicherungen“ gehören, die uns die agierenden Politikercliquen ins Gehirn zu pusten versuchen, zunehmen. Der schutzlose Bürger jedoch kann es sich sparen, eventuell gar Strafanzeigen zu riskieren, denn spätestens vor Gericht wird man diese Anzeigen wieder fallen lassen müssen, wenn man nicht den eigenen Selbstmord oder den der Familie betreiben möchte.

Inzwischen wissen wohl bereits diejenigen, die auf dieser Welt in Richtung „Wunderland Deutschland“ unterwegs sind, dass man dort tun und lassen kann, was man will, wenn man nur den begehrten Status „Flüchtling“ oder „Asylant“ besitzt und sich „antifaschistisch“ gibt.

Die, die dieses Problem – was wohl einmalig in der Geschichte ist und bleiben wird – auch nur anzusprechen wagen, werden einfach von gewissenlosen Politgangstern als „braun“ bezeichnet und zum „Nazi“ deklariert, um jegliche Form von sachlicher Diskussion und Argumentation von vornherein zu unterbinden.

Das ist vom „Rechtsstaat Deutschland“ und der gebetsmühlenartigen Beschwörung von „Toleranz“ übrig geblieben. Eine traurige Bilanz bereits am Anfang eines neuen Jahres, doch – eben – eine leider zukunftsträchtige.

Wir sind inzwischen in eine Phase von Hexenverfolgung eingetreten, die ich noch aus der Zeit der DDR kenne und die mir viele Seiten an Stasi-Unterlagen (und nicht nur diese) „beschert“ hat.

Traurig darauf zu verweisen, aber die Ähnlichkeiten sind frappierend und schockierend.

Monika und Manfred Kristen, Duderstadt

Von Mann zu Frau

Zu: Maulkorb für Polizistin? (Nr. 2)

Ich habe den Eindruck, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamten möchte sich für ein politisches Amt empfehlen. Denn anders kann ich mir die öffentliche Forderung nach einem Disziplinarverfahren und seine Aussagen zum niedergeschriebenen Arbeitsalltag der Bochumer Polizeibeamtin Tania Kambouri nicht erklären.

Wenn Schulz, als langjährig von seinen Dienstaufgaben freigestelltes Mitglied des BDK, seine Komfortzone verlassen würde und sich wieder in die Niederungen der Schutzpolizei begeben würde, könnte er Erfahrungen mit bestimmten Bürgern machen – so von Mann zu Mann. Wie es von Mann zu Frau sein kann, haben die Vorkommnisse in Köln und anderen Städten ja gezeigt. Aber wahrscheinlich glaubt Herr Schulz wie viele Politiker auch, dass man diesen Mit- und Neubürgern mit pädagogischen Mitteln deren archaische, auf eine totalitäre Religion basierende „Herrenmenschen-Mentalität“ ausreden kann. **Barbara Kanwischer, Braunschweig**

Kein Ort, an dem man lange verweilen will: Auch vier Wochen nach den Vorfällen der in der Silvesternacht in und um den Kölner Hauptbahnhof geschehenen Übergriffen auf Frauen ist über die Täter noch so manches im Unklaren Bild: pa

Eine Kampfansage

Zu: Die Zeit läuft ab (Nr. 2)

Wer sind die großen Unbekannten, die uns über die Medien und Lügenpresse ständig täuschen? Warum hörte man erst spät von den Silvester-Krawallen in Köln? Was wird noch unter den Tisch gekehrt? Das sind erschreckende Dimensionen. Offensichtlich werden gewisse Informationen dem Bürger gezielt vorenthalten.

Die Ereignisse in der Silvesternacht waren eine Kampfansage an uns. Der Dschihad hat begonnen. Das sind die Vorboten eines offenen islamischen Migranten-Krieges in Westeuropa. Hier ist zwingend starker Handlungsbedarf gegeben. Diese Menschen hatten in ihrem Heimatland Angst um ihr Leben. Wenn sie Schutz im Gastland suchen, müssen sie sich auch ordentlich benehmen.

Unsere Gastfreundschaft darf nicht mit Füßen getreten werden. Wie würde man mit uns verfahren, wenn wir so etwas im Ausland begehen würden? Viele Profiteure der „Willkommenskultur“ lachen und verhöhnen uns und zeigen keinerlei Respekt vor der Justiz. Da helfen auch keine Verhaltensregeln und Integrationsgespräche. Viele wollen in die Großstädte, aber nicht zum Arbeiten, sondern weil da Spaß ist. Erstmals sprechen auch unsere Politiker Tacheles. Sehr gut! Was wir sehen, ist nichts weniger als der Beginn einer Wende in der deutschen Flüchtlingspolitik. Die Demokratie bewegt sich hoffentlich eben doch. Angesichts der Übergriffe befinden wir uns in einer neuen Dimension der Gewalt.

So etwas kennen wir nicht, und wir müssen uns sehr stark wehren. Wir müssen für die Zukunft mit zusätzlicher „Bereicherung“ rechnen, die brutal ihre Rechte durchzieht und sich nimmt, was ihr nach ihrer Meinung zusteht.

Die „Fachkräfte“ sind ja noch nicht so lange hier – dann kommt noch der Familiennachzug. Es bilden sich die sogenannten Großfamilien, deren Unwesen bekannt sein dürfte. Auf Dauer können wir nicht alle Flüchtlinge und Migranten aufnehmen, zumal Menschen aus Kulturen darunter sind, deren Verständnis von der Gleichberechtigung der Frauen, Homosexuellen und Juden unseren Werten widerspricht. Wie heißt es so schön?

Deutschland ist Einwanderungsland. Jetzt haben wir eine weitere „Bereicherung“ im Land: „Sexualstraftäter“. Da ist die Politik ist gefordert. **Johann Eggers, Jützbüttel**

Es wird Zeit für eine politische Weichenstellung

Zu: Die Zeit läuft ab (Nr. 2)

Die Zeit läuft ab für den inneren Frieden, für den Fortbestand unserer Nation. Bereits abgelaufen ist die Zeit für Appelle. Dennoch, auch dutzendfach düpierte Patrioten können davon nicht lassen. Man sollte einsehen, dass unsere Mächtigen vernunftresistent sind. Genauso könnte man Serientäter bitten, ihr Treiben zu beenden. Nichts Neues nach den Silvesterereignissen: ein paar markige Sprüche, ein Bauernopfer wie der Polizeichef Kölns, einige Gesetzesverschärfungen, die nicht angewendet werden. Der Kurs bleibt nach einer Schleife der alte.

Es geht um Klarheit. Wir befinden uns im Stadium des Zusammenstoßes unvereinbarer Mentalitäten, Kulturen und politischer Ausrichtungen. Hier Patrioten, Anwälte der Nation, dort ihre Abschaffer. Wir haben Vorstadien des Bürgerkrieges fast durchschritten: Die Verwahrlosung der Städte, Absetzbewegungen der Einheimischen aus ganzen Vierteln, in die sich deutsche Polizei nur noch truppweise hineintraut. Protest wird mit Hetze gekontert: Es sei die „Mitte“ der Deutschen, aus welcher der „Rechtsextremismus“ kommen soll. Nazi ist oder zum Pack gehört, wer mit Schwarz-Rot-Gold demonstriert und die Lobbyisten der Masseneinwanderung offen ablehnt.

Hingegen sollen die Moslems alle harmlos sein, auch wenn zwei Drittel der Türken in der Bundesrepublik den Islamisten Erdogan gewählt haben. So wird der Graben zwischen Volk und Berliner Regierung allmählich zum Abgrund. In Frankreich geht es bereits um die Verhinderung eines Bürgerkrieges. In der Hauptstadt zeigen tausende Soldaten Präsenz. Dazu kann es auch hier kommen.

Begründete Überfremdungsfurcht löst das Millionenheer der Einwanderer aus. Diese Masse, wurzelnd in ganz anderen Traditionen, kann nicht mehr integriert werden. Zahlen sind eben nicht egal, sondern entscheidend. Dies bedeutet umgekehrt eine Landnahme, eine Überlagerung und Verdrängung Einheimischer. Totengräber der eigenen Nation, der europäischen Kultur, sind all jene sozialistischen, grünen und technokratisch-libertären Politiker, welche den demokratischen Nationalstaat dem Moloch Europäische Union opfern, die offen den Einwanderungskontinent Europa proklamiert haben. Obendrauf kommt noch eine multikulturelle Gesellschaft, die, geht es nach den Ideologen, in eine „eurasisch-afrikanische“ Mischrasse mündet. In Europa gibt es National- und Vielvölkerstaaten. Wie alle Vielvölkerstaaten – mit Millionen Türken und Kurden, hunderttausenden Russen, Polen oder Albanern – ist die Bundesrepublik bereits ein solcher, können wir nur noch mit hohen Steuern und Abgaben, extremem Gesinnungsdruck und Abbau des Rechtsstaates „flexibel“, das heißt willkürlich, regiert werden.

Merkels Völkerlawine zerrüttet ganz Europa

Alles Mögliche kann in nächster Zeit passieren. Es kann zu den vom US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump prophezeiten Aufständen kommen. Denn die „oben“ können nicht anders und die „unten“ wollen immer weniger stillhalten. Nach Sachsen könnte die Revolte 2016 weitere Regionen erfassen. Bereits jetzt ist den Vereinigten Staaten wie auch vielen unserer Nachbarstaaten das Treiben in der Bundesrepublik zu chaotisch. Die von Bundeskanzlerin Merkel ausgelöste Völkerlawine ist dabei, ganz Europa zu zerrütten. Die „New York Times“ und die „Washington Post“, beide Leitmedien in den USA, fordern nicht mehr Korrekturen von Merkel, sondern den Rücktritt der Kanzlerin, die sich als unbelehrbar entpuppt hat. Die Asylpolitik wird als Wahnsinn bezeichnet – dem kann ich nur zustimmen. Eine Regierung, die nicht fähig oder willens ist, die Grenze zu sichern und die Bevölkerung zu schützen, muss weg.

Wenn auch vieles ungewiss ist, so eines nicht: Wir stehen unmittelbar vor gewaltigen Veränderungen. Gnade uns Gott, wenn es keine mentale Wende, keine Besinnung auf die Fundamente Europas und Deutschlands gibt und wenn nicht endlich richtige politische Weichenstellungen erfolgen. **Rolf Kraft, Koblenz**

Die neue Ordnung

Zu: Der Plan ist Zerstörung (Nr. 2)

Hinter der „Neue-Welt-Ordnung“ steht ein Gleichschaltungs- und Umerziehungsprogramm, das auf Zerstörung hinarbeitet. In diesem Sinn wirkten schon die gesellschaftszerstörenden Aktivitäten der 68er. Im Sinn der „Neue-Welt-Ordnung“ dachte ebenfalls Winston Churchill. Er wünschte sich sogar ein nicht geeintes, chaotisches Europa.

Die „Neue-Welt-Ordnung“ erstrebt ja eine Marionetten-Menschheit, fröhlich arbeitend, unkritisch denkend, nicht aufmüpfig – von unabhängig denkenden Menschen keine Spur. Für die Zukunft der Welt und für die der Menschheit wären aber freie, eigenverantwortliche und uneigennützig handelnde Menschen angesagt. **Prof. Martin Knappke, Karlsruhe**

Opferung der inneren Sicherheit

Zu: Die Zeit läuft ab (Nr. 2) und: Werden den Worten Taten folgen? (Nr. 2)

Immer, wenn das Kind bereits im Brunnen liegt, werden wir, je nach Themen-Lage, von der Kanzlerin und ihren Funktionseliten mit den üblichen Betroffenheitsbekundungen und markigen Ankündigungen wie „darauf müsse man reagieren“ bedacht. Die Übergriffe sexueller Gewalt über die Asylbewerberheime hinaus waren nur eine Frage der Zeit.

Männer, die im Islam sozialisiert werden, der ein entwürdigendes Frauenbild vermittelt, werden sich nicht von heute auf morgen zu unserem Grundgesetz bekennen, das dem Koran völlig entgegensteht. Die Sexualdelikte im öffentlichen Raum werden zunehmen. Können die bestehenden Gesetze, zum Beispiel Abschiebungen von Schwerst-Kriminellen, kaum in die Tat umgesetzt werden, dann bleibt der Ruf nach verschärften Gesetzen wieder nur Augenwischerei.

Welche und wie viele Straftaten muss man in Deutschland begangen haben, um eine Verurteilung ohne Bewährung von mindestens einem Jahr zu erreichen? Täter können selbst nach vielen Straftaten immer wieder auf Bewährung hoffen, um dann die Gesellschaft weiterhin mit ihrer Anwesenheit zu bereichern. Ein für unseren Rechtsstaat fatales Signal, wie sich herausgestellt hat. Unsere desaströsen Zukunftsaussichten bei einer immer noch weitgehend unkontrollierten Massenzuwanderung von überwiegend jungen testosterongesteuerten Muslimen werden von der Kanzlerin, ihren verantwortlichen Entscheidungsträgern und linientreuen Medien bewusst ausgeblendet, denn sie begünstigt die seit 2001 beschleunigte Umsetzung des Umvolkungsplans. Dafür wurden bereits Gesetze ausgehöhlt beziehungsweise außer Kraft gesetzt und Abkommen gebrochen.

Unsere innere Sicherheit wird auf dem Altar der gesellschaftsbeherrschenden und steuergeldverschlingenden Asyl-Industrie geopfert. **Gisela Recki, Troisdorf**

Warten auf den Tag X

Zu: Die Zeit läuft ab (Nr. 2)

Das erste deutschsprachige Droh- und Hinrichtungsvideo der ISIS-Medienstelle, Medienbüro der Provinz Homs, trug die tragende Botschaft, Deutsche für den Islamischen Staat anzuwerben oder sie dafür zu gewinnen. Wenn sie nicht ausreisen können, so sollen sie Anschläge in Deutschland verüben oder Ungläubige (solche, die nicht an Allah glauben) richten.

Ist der Islam die Zuchtrute Gottes über die gottlose Welt und über die abgefallene Christenheit, die Gott verlassen hat? Die Sonntagsredenhalter gehorchen dem Papst statt Gott und treten Gottes Gebote mit Füßen. Es herrscht ein Glaubensabfall in Europa, wie es ihn noch nie gegeben hat. Die Krieger sollten nur die Menschen quälen, die nicht das Siegel Gottes auf ihrer Stirn trugen. Sie durften die Menschen nicht töten, sondern sie mussten ihnen fünf Monate lang qualvolle Schmerzen zufügen. Diese Dinge sind im Koran befohlen. Sie (die ISIS) warten nur auf den Befehl, weltweit loszuschlagen. **Heinz Krüger, Langwedel**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4– 29. Januar 2016

MELDUNGEN

USA werben für Masuren

Allenstein – Die polnische Ausgabe des US-amerikanischen Magazins „National Geographic" hat eine Liste von Orten veröffentlicht, die man 2016 besuchen sollte. Unter den 16 Empfehlungen fand sich auch Masuren. „Wenn du dich auf einem Campingplatz an einem Lagerfeuer in den masurischen Wäldern befindest, hörst du früher oder später Shanty-Musik, die das Gebiet der Großen Seen verherrlicht. Die Lieder beschreiben viele Schätze, die wir lieben", sagte Maciej Milosz, Miteigentümer von Jacht-Vermietungen. Das bezieht sich auch auf die Fische, die Pilze und den Zauber der großen Wälder. Das schreiben die Journalisten in dem Monats-Magazin, das zu einem Besuch Masurens ermuntert. Das Jahr 2016 verspricht äußerst Gutes für die masurische Tourismus-Branche. Im Oktober wurden im Verlag „Lonely Planet" die polnischen Fremdenführer zum ersten Mal in der Geschichte des Verlages in das Verzeichnis „Best in Travel 2016" aufgenommen. Die Experten, die die Sammlung der interessantesten Empfehlungen für das kommende Jahr erarbeitet haben, haben als bestes Gebiet auf der Karte Polens die Region Ermland und Masuren bezeichnet. *PAZ*

Fotografien aus Königsberg

Königsberg – Im Museum „Friedländer Tor" sind bis zum 29. Februar unter dem Titel „Architekturerbe im Königsberger Gebiet" 30 Fotografien des russischen Fotografen Dmitrij Wyschemirskij zu sehen. Wyschemirskij, der auch Teilnehmer des Deutsch-Russischen Forums der LO war, hatte sich als Fotoreporter einen Namen gemacht, bevor er als selbstständiger Fotograf Spuren sowjetischer Gulags nachging. Seit 2004 beschäftigt er sich mit dem kulturhistorischen Erbe Königsbergs. Es entstand ein Fotozyklus unter dem Titel „Königsberg verzeih". Die aktuelle Ausstellung zeigt die verschiedenen Perioden in der Arbeit des Künstlers. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Umgehungsstraße von Elbing [Elbląg], Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Flughafen Groß Schiemanen eröffnet

Ab sofort können Passagiere vom südlichen Ostpreußen nach Berlin und Krakau fliegen



Bei der feierlichen Flughafeneröffnung: LO-Sprecher Stephan Grigat (l.) mit Marschall Gustaw Marek Brzezin Bild: E.G.

Flugplan

Flugplan Olsztyn Mazury (SZY) – Berlin (TXL):

Dienstag: SRN705 SZY 08.30 Uhr – TXL 10.30 Uhr
SRN706 TXL 15.30 – SZY 17.10 Uhr
Donnerstag: SRN705 SZY 08.30 Uhr – TXL 10.30 Uhr
SRN706 TXL 15.30 Uhr – SZY 17.10 Uhr
Samstag: SRN705 SZY 08.30 Uhr – TXL 10.30 Uhr
SRN706 TXL 15.30 Uhr – SZY 17.10 Uhr

Flugplan Olsztyn Mazury (SZY) – Krakau (KRK):

Mittwoch: SRN701 SZY 08.30 Uhr – KRK 10.05 Uhr
SRN702 KRK 16.30 Uhr – SZY 18.05 Uhr
Freitag: SRN701 SZY 08.30 Uhr – KRK 10.05 Uhr
SRN702 KRK 16.30 Uhr – SZY 18.05 Uhr
Sonntag: SRN703 SZY 16.20 Uhr – KRK 17.55 Uhr
SRN704 KRK 18.55 Uhr – SZY 20.30 Uhr

Am 21. Januar fand die offizielle Eröffnung des Flughafens Olsztyn Mazury in Groß Schiemanen bei Ortelsburg statt. An der feierlichen Eröffnung nahm auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, teil.

Als erstes Linienflugzeug landete eine Saab 340 von der Fluggesellschaft SprintAir.

Der Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren Gustaw Marek Brzezin begrüßte die zahlreich angekommenen Gäste. Stolz unterstrich er, dass der Flughafen in Groß Schiemanen ein großer Erfolg der Woiwodschaft sei. Der Marschall zeichnete auch Personen aus, die zu diesem Erfolg beigetragen hatten, unter anderen: Witold Wróblewski, Präsident von Elbing; Leszek Krawczyk, Geschäftsführer der Gesellschaft Warmia i Mazury; Ryszard Zareba, Geschäftsführer der Gesellschaft Polkonsult; Tomasz Lella, Architekt des Flughafenterminals. Das Gebäude wurde vom Erzbischof Józef Górzynski geweiht.

Staatspräsident Andrzej Duda schickte einen Brief, der vom Woiwoden Artur Chojecki vorgelesen wurde. Der Präsident Duda wünschte der Selbstverwaltung sowie den Einwohnern, dass alle Hoffnungen und Träume, die mit dem Flughafen in Groß Schiemanen verbunden sind, in Erfüllung gehen.

Bei der Musik der Ermländisch-Masurischen Philharmoniker warteten die Gäste auf die Landung des ersten Flugzeuges aus Berlin. Die Maschine mit deutschen und polnischen Journalisten an Bord landete um 13.40 Uhr in Groß Schiemanen.

Der Ausbau und die Modernisierung des früheren Militärflughafens in Groß Schiemanen kostete 204 Millionen Zloty (zirka 50 Millionen Euro). Die EU-Mittel betrugen 121 Millionen Zloty. Der Flugplatz wurde mit Allenstein durch eine neue Zuglinie verbunden, deren Fahrzeiten mit den Flügen abgestimmt wurden. Die Zugfahrt vom Hauptbahnhof in Allenstein zum Flughafen in Schimanen beträgt eine Stunde.

Zurzeit gibt es Linienflüge nach Berlin und Krakau. Die Passagiere werden mit einer Saab 340 befördert, die 33 Personen an Bord aufnehmen kann. Weitere Flugverbindungen sind bereits geplant, unter anderem nach München, London, Dublin, Oslo, Eindhoven und Dortmund. *Edyta Gladkowska*

Ein Schalter für alle Dienste in Ragnit

Modernisierung nach Königsberger Vorbild – 2016 Bürgerzentren in allen nordostpreußischen Städten geplant

Im vergangenen Jahr wurde in Königsberg erstmals im Gebäude der Stadtverwaltung ein Dienstleistungszentrum eröffnet, das im Volksmund „Ein-Schalter-Dienst" genannt wird. In dem einen Zentrum werden bis zu 40 verschiedene Dienstleistungen angeboten, für deren Erhalt die Bürger dort ihre Dokumente vorlegen können.

Anfangs gab es viele Beschwerden wegen der Qualität des Dienstes: die Wartezeit war länger als angekündigt, die Mitarbeiter verschlampten die Dokumente oder konnten nicht immer kompetente und korrekte Antworten geben. Doch mit der Zeit war es gelungen, die Abläufe zu optimieren. Die Wartezeit wurde verkürzt, die Leistungen der Mitarbeiter sind inzwischen gut organisiert. Hin und wieder muss der Bürger immer noch Geduld aufbringen, wenn er es doch mit verschiedenen Mitarbeitern zu tun bekommt und unterschiedliche Auskünfte erhält. Doch im Großen und Ganzen spart das Bürgerzentrum Zeit und kostet nicht so viel Nerven, die man früher in den Büros unterschiedlicher Beamter verlor.



Am Eröffnungstag: Erste Besucher stellen ihre Anträge Bild: J.T.

Nach der Testphase eines Bürgerzentrums in der Gebietshauptstadt werden nun auch in den Provinzstädten des Gebiets ähnliche Dienstleistungsstellen eröffnet. Als einer der ersten Provinzstädte wurde Ragnit ausgewählt. Das Bürgerzentrum befindet sich im Gebäude der Stadtverwaltung. Sein Einzugsgebiet erstreckt sich über das gesamte Gebiet des Kreises Tilsit-Ragnit.

Im Unterschied zu Königsberg, wo es 40 Schalter gibt, hat Ragnit nur fünf. Doch das genügt vorerst völlig, da die Bevölkerung im Kreis nur einen Bruchteil derjenigen Königsbergs ausmacht. Auch die Zahl der Dienstleistungsarten ist geringer, doch mit der Zeit sollen die gleichen angeboten werden wie in der Hauptstadt.

Alle Mitarbeiter des Ragniter Bürgerzentrums haben zuvor eine spezielle Ausbildung erhalten. Die Dekoration und Ausstattung der Räumlichkeit zeichnet sich durch Helligkeit und Modernität aus und hebt sich von bisherigen Behörden in Ragnit deutlich ab. Die ersten Besucher der neuen Amtstelle wurden in gemütlicher Atmosphäre begrüßt, ringsum waren Luftballons aufgehängt. Es ist geplant, bald eine Kinderspielecke einzurichten, wie es sie in Königsberg gibt.

Unter den ersten Besuchern waren viele junge Mütter, die ihre Anträge auf Kindergeld einreichen wollten. Ebenso viele kamen mit Verträgen über Wohnungskäufe, die sie registrieren lassen wollten, um einen amtlichen Eigentumsnachweis zu erhalten. Die Arbeitszeiten des Bürgerzentrums sind so gelegt, dass auch Berufstätige die Möglichkeit haben, es nach ihrer Arbeit aufzusuchen. Donnerstags ist es bis 20 Uhr geöffnet und sonnabends bis 14 Uhr.

»Ein-Schalter-Dienst« soll es überall geben

Für die Einrichtung des „Ein-Schalter-Dienstes" in Ragnit wurden umgerechnet knapp 60 000 Euro ausgegeben. Für 2016 ist geplant, ähnliche Zentren für alle Bewohner des nördlichen Ostpreußen einzurichten. *Jurij Tschernyschew*

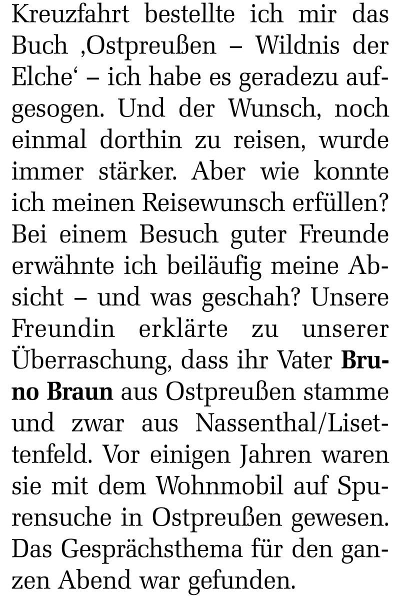


Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist selten, dass ein einziges Schreiben an die Ostpreußische Familie eine ganze Kolumne füllt, aber wenn es geschieht, hat das seinen Grund. In dem heutigen Fall sogar mehrere, denn Herr **Hubert Geiger** aus Hattingen/Immendingen berichtet als Süddeutscher über seine „Entdeckung Ostpreußens“ und die daraus ihn selbst überraschende Liebe zu diesem so fernen Land, das für ihn bis zu seiner ersten Reise eine weithin Unbekannte war – obgleich der 57-Jährige zu der Generation gehört, die in der Schule noch etwas über Ostpreußen erfahren hat. Weitere Gründe für eine möglichst umfangreiche Veröffentlichung sah ich in den von ihm angeführten Beispielen für die direkte Information von Landsleuten als authentische Zeitzeugen, und schließlich – und eigentlich vor allem – in seinem Wunsch, sich irgendwie für Ostpreußen engagieren zu können. Aber das soll er nun selber sagen – leider nur in Ausschnitten, denn sein Brief ist fünf eng beschriebene Seiten lang, aber aus ihnen ist das Wesentliche zu entnehmen, das alle Leser anspricht, gleich welcher Generation sie angehören. Hubert Geiger beginnt mit dem Ausgangspunkt seiner „Entdeckung Ostpreußens“ auf einer Ostsee-Kreuzfahrt, die er vor zwei Jahren mit seiner Frau unternahm:

„Die Reiseroute war mir bekannt, St. Petersburg war einer der Höhepunkte, aber offenbar hatte ich nicht registriert, wo wir überall anlegten. Klaipeda, na ja, der nächste Hafen ist Klaipeda, aber ich hatte noch immer nicht reagiert, bis mir eine Mitreisende sagte, dass wir in Memel anlegen. Auf einmal überschlugen sich meine Gedanken: Memel, Ostpreußen, Kurische Nehrung, Kurisches und Frisches Haff ... In Sekundenschnelle kam alles hoch, was 45 Jahre verschüttet war. Wir haben keinen familiären Hintergrund, Ostpreußen betreffend. Aber ich gehörte wohl noch zum letzten Jahrgang im Gymnasium, der noch etwas über Ostpreußen hörte. Unser Erdkundelehrer berichtete uns von Flucht und Vertreibung – vielleicht kam Herr **Linn** aus Ostpreußen – und seine Erzählungen haben damals großen Eindruck auf mich gemacht. Als Kind und Jugendlicher im Süden des geteilten Deutschland aufwachsend war es für mich faszinierend, dass es so weit im Osten noch deutsches Land gab.

Im nächsten Schuljahr waren alle Landkarten verschwunden, der Weltatlas wurde ausgetauscht. Ostpreußen existierte nicht mehr. In der Schule hörte ich nie mehr etwas davon.



Mein Vater wurde in ein anderes Forstrevier versetzt, und dort lernte ich als zehnjähriger Bub zwei alte Kollegen meines Vaters kennen, **Gaida** und **Klöckner**, sie kamen beide aus Ostpreußen – auch eine Kindheitserinnerung. Dann kam über 40 Jahre nichts mehr, Ostpreußen existierte nicht mehr in meinem Bewusstsein. Im Fernsehen sah man ab und zu einen Bericht über ein Vertriebenentreffen. Der Kommentar des Berichterstatters hatte unterschwellig immer einen negativen Beiklang nach dem Motto: Da treffen sich wieder ein paar Ewiggestrige. Vor ein paar Jahren wurde einer meiner Forstkollegen pensioniert. Er wünschte sich zum Abschied, dass wir ihm das ‚Ännchen von Tharau‘ singen, und wir sangen ihm zur Freude alle vier Strophen.



In der Nähe von Pait: Landschaft im Kreis Elchniederung Bild: MRK

Nun stand ich im Hafen von Memel, stand vor dem Denkmal des ‚Ännchen‘, und es folgte ein mehrstündiger Ausflug auf die Nehrung. Ich war sehr aufgeregt, denn ich sah auf einmal unseren Herrn Linn vor der großen Deutschlandkarte und hörte ihn vom Haff, von den Elchen und den Wanderdünen erzählen. Und jetzt war ich tatsächlich dort! Ich war so ergriffen und begeistert, dass meine Frau mich fragte, was denn mit mir los sei? Nach der Rückkehr auf das Schiff waren wir uns beide einig, dass wir bald wiederkommen wollten! War das nicht seltsam?

Nach der Rückkehr von der Kreuzfahrt bestellte ich mir das Buch ‚Ostpreußen – Wildnis der Elche‘ – ich habe es geradezu aufgesogen. Und der Wunsch, noch einmal dorthin zu reisen, wurde immer stärker. Aber wie konnte ich meinen Reisewunsch erfüllen? Bei einem Besuch guter Freunde erwähnte ich beiläufig meine Absicht – und was geschah? Unsere Freundin erklärte zu unserer Überraschung, dass ihr Vater **Bruno Braun** aus Ostpreußen stamme und zwar aus Nassenthal/Lisettenfeld. Vor einigen Jahren waren sie mit dem Wohnmobil auf Spurensuche in Ostpreußen gewesen. Das Gesprächsthema für den ganzen Abend war gefunden.

Dann ging alles ganz schnell. Ich gab im Internet ‚Landsmannschaft Ostpreußen‘ ein und war über den hohen Organisationsgrad sehr überrascht. Als ich auf das Bildarchiv stieß, tat sich eine völlig neue Welt für mich auf. Das *PAZ*-Abonnement folgte, und ich las mich ein. So stieß ich auch auf eine Reisebeschreibung der Kreisgemeinschaft Elchniederung. Die Anmeldung erfolgte, und wir saßen im vergangenen Jahr in Berlin im Bus Richtung Ostpreußen. Denn es war mir von vorneherein klar, dass ich nicht als Tourist dorthin reisen wollte, sondern mit Menschen, die ihre Heimat besuchten. Es war eine Reise der emotionalen Gegensätze. Wir waren die einzigen Personen im Bus, die keine familiären Beziehungen zu Ostpreußen hatten, wir waren doch für die Anderen völlig Fremde. Aber ich habe selten so nette Mitreisende erlebt. Spätestens nach der Übernachtung in Thorn waren wir in die Reisegruppe integriert, wir gehörten dazu. Wir waren tatsächlich eine „Reisefamilie“, Gleichgesinnte an Landschaft, Kultur, Geschichte.

Das Land hat mich sofort in seinen Bann gezogen, vor allem seine Weite, seine Schönheit, trotz kilometerweiter Brache, wie kann man ein so fruchtbares Land so verwildern lassen! Am Abend erreichten wir Tilsit an der Memel, das einmal eine wunderbare Stadt gewesen sein muss. Stadtführung mit einem hier geborenen und aufgewachsenen Mitreisenden – das war etwas ganz Besonderes. ‚Dort drüben jenseits der Memel haben wir gewohnt, hier bin ich zur Schule gegangen, hier stand die Kirche, in der ich getauft und konfirmiert worden ...‘ Hier und da sieht man zweisprachige Straßenschilder auf Russisch und Deutsch. Eine alte Dame verließ den Bus und verabschiedete sich für einige Stunden. Auf dem Rückweg stieg sie mit einem Lächeln ein, mit einem Blumenstrauß und einer Handvoll Mirabellen. Am andern Tag kamen wir ins Gespräch, sie sagte: ‚Ich war gestern zu Hause, habe aus unserem Garten Blumen und Früchte mitgebracht.‘ Und sie erzählte mir von ihrer Kindheit und Jugend, von der harten Arbeit, von der Vertreibung und von ihren Gefühlen, wenn sie heute wieder nach Hause kommt. Das hat mich tief berührt, so direkt, so authentisch – das ging schon unter die Haut! Dann die Fahrt über die Luisenbrücke, Kurzbesuch in Heydekrug, mit dem Schiff durch das Memeldelta, über das Kurische Haff nach Nidden. Zwei Nehrungstage, die für mich zum Höhepunkt dieser außergewöhnlichen Reise wurden, ich kann nur sagen: unglaublich schön.

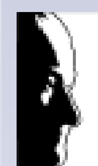
Auf dem Rückweg dann Königsberg. Schon der Name löste bei mir Gänsehaut aus. Ich war darauf vorbereitet, dass es das Königsberg von einst nicht mehr gibt. Die russische Reisebegleiterin war jedoch in der Lage, auch einem Ostpreußen-Neuling die heute noch vorhandenen deutschen Spuren sichtbar zu machen. Die Berichte der Mitreisenden machten die unersetzlichen Verluste mehr als deutlich. Dann stand Danzig auf dem Programm, das wir ja schon von der Kreuzfahrt kannten. Der letzte Abend im Schlosshotel Podewils in Pommern erbrachte die intensivsten Gespräche. Man kannte sich ja inzwischen schon, und eine alte Dame erzählte mir ausführlich von ihrer Kindheit und der Flucht über das zugefrorene Frische Haff. Ich gebe offen zu, da musste ich mehrmals schlucken. Noch so viele ausführliche Schilderungen in Büchern und Filmen können die Augenzeugenberichte nicht ersetzen. Ich möchte diese Reise nicht missen. Meine Erwartungen wurden auf der ganzen Linie erfüllt, nein, sie wurden sogar weit übertroffen. Die unmittelbare Begegnung mit der Erlebnisgeneration ist einfach unersetzlich.“

Soweit der Reisebericht, der aber weitaus mehr ist als ein solcher, denn er lässt erkennen – und Hubert Geiger spricht es auch offen aus –, dass hier ein Süddeutscher die Eigenart und Schönheit unserer Heimat mit allen Fasern empfunden hat. Er zeigt uns Vertriebenen der Erlebnisgeneration aber auch offen, wie wichtig es ist, wenn wir als Zeitzeugen unbeirrt von irgendwelchen Einflüssen unser erlebtes und bewahrtes Wissen weiter vermitteln an Menschen wie Herrn Geiger, der sich nun bemühen will, seine Erkenntnisse und Empfindungen weiter zu geben. Deshalb fragt er sich und uns: „Was kann ich für Ostpreußen tun, da ich kein Ostpreuße bin, keinerlei Verbindungen dorthin habe und mich auf keinen Fall der Erlebnisgeneration aufdrängen will?“ Von Aufdrängen, lieber Herr Geiger, kann keine Rede sein. Sie haben es ja selber auf der Reise erlebt, wie bereitwillig die mitreisenden Ostpreußen von ihrer Heimat sprachen, wie sie sogar dankbar waren, über ihre Erlebnisse aussagen zu können, über die aus einer unbeschwerten Kindheit wie über die schmerzvollen Erfahrungen, die sie auf der Flucht machen mussten. Und wir freuen uns, dass sie die Verbindung zu uns halten und intensivieren wollen, denn Sie schreiben: „Ich werde mich jedenfalls weiterhin im Rahmen meiner Möglichkeiten mit Ostpreußen befassen und versuchen, den Kontakt zur Kreisgemeinschaft Elchniederung zu halten. Die Ostpreußische Familie werde ich auch weiterhin mit großem Interesse lesen. Und die Überlegungen für eine nächste Ostpreußenreise nehmen auch schon konkrete Formen an. Sie sehen, es hat mich richtig gepackt, und bis heute weiß ich immer noch nicht, warum.“

Aber wir wissen es, lieber Herr Geiger, denn es war und bleibt nun einmal so: Wen dieses Land einmal in seinen Bann gezogen hat, den lässt es nicht mehr los. Sicherlich haben Sie als Forstmeister auch besondere Sensoren für die Natur dieser oft archaisch anmutenden Landschaft, man spürt es aus Ihren Schilderungen, die Sie selber als emotional empfinden – aber gerade dafür danken wir Ihnen. Wir hoffen, dass Sie auch von Ihrem Wohnsitz am Bodensee aus weiterhin Verbindung zu Ostpreußen pflegen, wie es ja Ihr Wunsch ist. Wir werden Sie dabei unterstützen, wobei ja schon mit dieser Veröffentlichung der erste Schritt getan ist. (Hubert Geiger, Hewenstraße 12 in 78194 Immendingen, Telefon 0175/2926653, E-Mail: hubert-geiger@web.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Die ›Knedliki‹ haben eben Humor«

Nicht nur die Regierung in der Republik Polen lehnt die deutsche »Willkommenskultur« gegenüber Moslems ab

Piotr lebt am Stadtrand von Ost-Görlitz (Zgorzelec) und findet deutliche Worte, mit denen er auf Distanz zu „den deutschen Moslems“ geht, die sich als Asylsuchende nun auch hin und wieder in die unter polnischer Souveränität stehende Stadthälfte verirren. Piotr trägt ein T-Shirt mit dem Emblem des europäischen Spitzenbasketballteams von Turów Zgorzelec, dessen Höhenflug dem Kraftwerk Turoszów und dem Einsatz mancher ausländischer Stars zuzuschreiben ist. Das habe aber nichts mit kultureller Begegnung zu tun, sondern sei eben Sport. Politik sei etwas ganz anderes.

Die Menschen in diesem entlegenen Winkel der einstigen Volksrepublik Polen sind davon geprägt, dass sie nach 1945 immer am Rande lebten und zudem einen besonderen Fühler für die Geschehnisse jenseits der Grenze entwickelten. Auch wenn der Abgleich der unterschiedlichen Realitäten dann manche Kapriolen schlägt. Noch deutlicher wird dies etwa 30 Kilometer weiter südlich. Unter den Oder-Neiße-Gebieten nimmt im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck der sogenannte „Reichenauer Zipfel“ eine Sonderrolle ein. Auch wenn die Ortschaften um Reichenau (Bogatynia) zum polnischen Landkreis Görlitz (Zgorzelec) und damit zur Woiwodschaft Niederschlesien gehören, sind diese die einzigen, die bis 1945 niemals zu Preußen, sondern zuvor zu Sachsen gehört hatten. Dass man hier zur Verhinderung einer ausschweifenden Grenzlinie nicht von der Grenzziehung entlang der Neiße absah, liegt auch darin begründet, dass Polen so in den Besitz des Kohletagebaus von Thürnau (Turoszów) gelangte. Die Menschen hier lebten nicht nur am Rande der Volksrepublik Polen, sondern zudem auch eingekeilt zwischen der DDR und der Tschechoslowakei.

Die Asylproblematik ist nun etwas, das mit den bisherigen Erfahrungen so gar nicht abgeglichen werden kann. Deutsche „Willkommenskultur“ und polnischer Stolz, Vorposten des christlichen Abendlandes zu sein, prallen hart aufeinander. Erst recht, nachdem im bundesdeutschen Zittau im ehemaligen Zollgebäude unmittelbar an der Grenze zum zur Republik Polen gehörenden Kleinschönau (Sieniawka) syrische Flüchtlinge untergebracht wurden, deren Zahl bald weiter steigen soll. Die Emotionen auf der polnischen Seite, die den Umgang mit Orientalen praktisch nicht kennt, kochen hoch. Und dies spielt sich nicht allein in den polnischen Internetforen ab. Es bekannten sich nämlich gleich mehrere polnische Ortsbürgermeister als Gegner der Aufnahme von Asylsuchern. Im regionalen polnischen Privatfernsehen berichtete Mateusz Smosarski, Ortsbürgermeister von Groß Poritsch (Porajów), von Erfahrungen junger polnischer Mädchen, die von in Deutschland wohnenden Asylsuchern angesprochen sowie mit Luftküssen und zweideutigen Handbewegungen angemacht wurden.

In der Berichterstattung der Zittauer Ausgabe der „Sächsischen Zeitung“ wird Smosarski vorgeworfen, damit Öl ins Feuer gegossen zu haben. Als Piotr dies übersetzt vorgelesen bekommt, bricht er in Gelächter aus. Eher spricht ihn ein Beispiel eines Reichenauer Interneteintrages an, den die „Sächsische Zeitung“ ebenso zitiert: „Aber ich als hochmütiger Pole trinke Wodka, esse Schweinefleisch und male mir über die Tür K+M+B, das Zeichen eines rechten Katholiken.“

Ob Piotr zu denen gehört, die polnische Wegweiser mit antiislamischen Aufklebern versehen, beantwortet er nicht. Immerhin ist die Beschädigung eines Schildes nicht nur eine Ordnungswidrigkeit, sondern aufgrund des Wertes eines Schildes eher eine Straftat. Gerade an den Grenzbrücken sieht man vermehrt Aufkleber mit durchgestrichenen Halbmonden oder Moscheen. Die Initialzündung dazu kam im Frühherbst – allerdings aus Tschechien. Autofahrer wunderten sich damals über die arabischen Schriftzeichen auf den Wegweisern nach Deutschland. Übersetzt stand in Arabisch darauf ganz simpel „Deutschland“, was man wohl als Wink zu verstehen hatte, wohin sich die Ankömmlinge bitte zu bewegen hätten. Piotr gerät in Verzückung. „Die ‚Knedliki‘ (Tschechen) haben eben Humor“, sagt er, um sich anschließend über die „tschechischen Zigeuner“ aufzuregen. Denn auch dieser erst nach 1945 tschechisch besiedelte Landstrich in Nordböhmen lag lange abseits und wurde gerade mit vielen Roma aufgesiedelt.

Edmund Pander



ZUM 100. GEBURTSTAG

Eigner, Lotte, geb. **Boersch**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2 Februar
Weber, Eberhard, aus Königsberg, am 31. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Urban, Heinrich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 4. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dahms, Ursula, geb. **Drosdatis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar



ZUM 95. GEBURTSTAG

Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Koss, Waltraut, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar
Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Lyck, Rothof, am 2. Februar
Kuhrau, Martha, geb. **Benson**, aus Königsberg, Kreis Samland, am 1. Februar
Lange, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bauer, Irmgard, geb. **Egert**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Harnedy, Charlotte, geb. **Abrosat**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch /Grabowski**, aus Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Lyck, und Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Kinder, Else, geb. **Kurz**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. Februar
Legler, Ingeborg, am 2. Februar
Makossa, Marie, geb. **Hammerl**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Rittweger, Helga, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 30. Januar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Stanko, Helene, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Eisermühle/Lötzen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Gayk, Emma, geb. **Chudaska**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Gerken, Frieda, geb. **Jurrat**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar
Metzger, Liesbeth, geb. **Bleckat**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Schlifka, Frieda, geb. **Nee**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Warnecke, Elfriede, geb. **Matheszick**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Birth, Edith, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 31. Januar
Goetz, Werner, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Matrisch, Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung am 2. Februar
Both, Waltraud, geb. **May**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Bruhn, Waltraut, geb. **Hanke**, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 30. Januar
Fröhlian, Else, aus Lyck, am 30. Januar
Fürst, Margarete, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Pfingsten, Erika, geb. **Preuß**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 3. Februar
Remus, Alma, geb. **Ladda**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Rittrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beyer, Käthe, geb. **Griegel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Bitsching, Hilde, geb. **Lasarzewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar
Kowalski, Herta, geb. **Gehrmann**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 30. Januar
Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar
Kraft, Margarete, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Krawelitzki, Meta, geb. **Schriever**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Lehmkuhl, Lydia, geb. **Rausch**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Februar
Mahner, Margot, am 2. Februar
Paetzel, Erich, aus Tiegenhofen im Großen Werder, Kreis Danzig, am 4. Februar
Poeppel, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 153, am 3. Februar
Willamowski, Ursula, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Zimmermann, Irmgard, geb. **Soldat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Babbel, Fritz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Braun, Sylvia, geb. **Ritzkowski**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Geiser, Karl-Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Goerke, Helmut, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Grigat, Artur, aus Neuendorf, Kreis Insterburg, am 30. Januar
Hagedorn, Waltraut, geb. **Antelmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kastner, Friedel, geb. **Rutkat**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Kerth, Christa, geb. **Maszutt**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Kresinszky, Rosemarie, geb. **Gehlhaar**, aus Kirschappen, Kreis Samland, am 1. Februar
Kress, Ilse, geb. **Pörschke**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 2. Februar
Laskowski, Kurt, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. Januar
Leibenath, Gerhard, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Müller, Martha, geb. **Dittkuhn**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Napiersky, Erika, geb. **Burdenski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Ortmann, Edith, geb. **Kowalski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Februar
Paape, Irma, geb. **Guszahn**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Pottel, Ingeburg, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Sadowski, Liesbeth, geb. **Rettkowski**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Sczuplinski, Karl, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar
Sieracki, Hildegard, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Wagner, Elfriede, geb. **Sobottka**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balczun, Rosemarie, geb. **Kieragga**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. Januar
Basilowski, Herbert, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. Februar
Biskup, Günter, aus Lyck, am 3. Februar
Dubbe, Ilse, geb. **Krause**, aus Lyck, am 3. Februar
Gamer-Wallert, Prof. Dr. Ingrid, aus Lyck, am 3. Februar
Gorlo, Udo, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 3. Februar
Gorzalka, Traute, geb. **Klein**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 29. Januar
Gutsch, Reinhold, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 2. Februar
Heinrich, Karl-Peter, aus Ebenrode, am 31. Januar
Hoppe, Lilli, geb. **Unruh**, aus Lyck, am 30. Januar
Iwens, Erika, geb. **Nassowitz**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Februar
Kammerer, Ingrid, aus Wehlau, am 31. Januar
Kersten, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 29. Januar
Kleisa, Horst, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Februar
Krüger, Elly, geb. **Kutschborski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 29. Januar
Küchler, Inge, geb. **Christochowitz**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 29. Januar
Laufer, Ingrid, geb. **Ciesinski**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 29. Januar
Leck, Emmi, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Februar
Maraun, Fritz, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Meier-Bruweleit, Renate, geb. **Bruweleit**, aus Dachsrode, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Moselewski, Herta, geb. **Glimski**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Moser, Thea, geb. **Schuch**, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 29. Januar
Peters, Irmgard, geb. **Pucks**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 1. Februar
Podlasly, Kurt, aus Treuburg, am 31. Januar
Podufal, Wilfried, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 2. Februar
Rink, Ralf, aus Danzig, am 22. Januar
Schachtschneider, Hildegard, geb. **Zimmermann**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Schenkluhn, Gerhard, aus Neidenburg, am 31. Januar
Schmanns, Annemarie, geb. **Spieß**, aus Lyck, am 1. Februar
Scholz, Hedwig, geb. **Bohn**, aus Lomno, Kreis Neidenburg, am 31. Januar
Schröder, Waltraud, aus Sakrinten, Kreis Mohrungen, und Elbing, am 27. Januar
Suessenguth, Walter, aus Elbing, am 31. Januar
Taron, Arnold, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Todtenhaupt, Waltraud, geb. **Damerius**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Wagner, Gisela, geb. **Lehmann**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Waschull, Waldemar, aus Galtgarben, Kreis Samland, am 2. Februar
Wiersbinski, Anni, geb. **Zink**, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Günter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Jortzik, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 30. Januar
Laschewski, Klaus, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Lieb, Ingrid, geb. **Sussek**, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar
Müller, Edeltraut, geb. **Tuleweit**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Röschke, Manfred, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Stöhr, Traute, geb. **Nadolny**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 4. Februar
Weskamp, Franz-Josef, aus Ziegenhals/Neiße, Oberschlesien, am 29. Januar
Ziesenis, Hannelore, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 1. Februar
Zimmermann, Udo, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar



Kobus, Fritz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Marie, geb. **Ruskowski**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Auflösung des Weihnachts-Preisrätsels



Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben. Die richtige Lösung war:

Angerburg

Die Preise in Form von Geschenkpackungen Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrätsel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern vielen Dank!

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung
Postfach 17
91791 Ellingen

Termine der LO

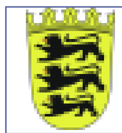
2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 30. Januar, 9.05 Uhr, ZDFneo Die Deutschen (7): Napoleon und die Deutschen.
Sonnabend, 30. Januar, 9.50 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (8): Robert Blum und die Revolution.
Sonnabend, 30. Januar, 11.30 Uhr, NDR: Katharina die Große (2/2): Auf dem Gipfel der Macht. Dokudrama, GB/D 2005.
Sonnabend, 30. Januar, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Vom Reich zur Republik (9/10) Die Machtergreifung. Dokumentarspiel, D 2011.
Sonnabend, 30. Januar, 21 Uhr, ZDFinfo: Hitlers Manager (5/5): Ferdinand Porsche – Der Techniker. Dokumentation, D 2004.
Sonnabend, 30. Januar, 23.15 Uhr, ZDFinfo: 1929 – Der große Börsencrash. Dokumentation, F 2009.
Sonnabend, 30. Januar, 23.40 Uhr, Das Erste: Challenger – Ein Mann kämpft für die Wahrheit. Dokumentarspiel über Richard Feynmans Untersuchung der Challenger-Katastrophe vom 28. Januar 1986, USA 2013.
Sonntag, 31. Januar, 5.55 Uhr, MDR: Kronprinz Rudolfs letzte Liebe. Historienmelodram, A 1955.
Sonntag, 31. Januar, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Verbotene Filme – Das Erbe des Nazi-Kinos.
Sonntag, 31. Januar, 22.35 Uhr, Servus TV: Aviator. Biografie über Howard Hughes, USA 2004.
Sonntag, 31. Januar, 0.05 Uhr, NDR: Thirteen Days. Politthriller über die Kubakrise, USA 2000.
Montag, 1. Februar, 23.30 Uhr, Das Erste: Glanz und Elend eines Weltkonzerns – 100 Jahre BMW. Geschichtsdokumentation, D 2016.
Montag, 1. Februar, 0.30 Uhr, Tagesschau24: Goldrausch im Norden – Unterwegs mit den Bernstein-Händlern.
Dienstag, 2. Februar, 14.15 Uhr, Einsfestival: Lobbyisten – die stille Macht im Land.
Dienstag, 2. Februar, 21.45 Uhr, Arte: Die Flüchtlingsindustrie. Dokumentation, D 2016.
Dienstag, 2. Februar, 22.02 Uhr, Tagesschau24: Die Geschichte der Pfaff-Nähmaschinen – Feinstich aus der Pfalz.
Donnerstag, 4. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: **Ostpreußens Norden.**
Freitag, 5. Februar, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Fluchtziel Berlin – die überforderte Hauptstadt.
Freitag, 5. Februar, 21 Uhr, ARD-alpha: **Verlorene Heimat.** Dokumentation, D 1991.
Freitag, 5. Februar, 21 Uhr, ZDFinfo: **Kalte Heimat** – Vertriebene in Deutschland.
Freitag, 5. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Sanssouci von oben. Dokumentation, D 2015.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

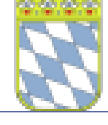


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Dienstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Traditioneller Faschingsnachmittag „Stint ahoi" zusammen mit der Frauengruppe und Friedel Binder, der mit Musik und Gesang für gute Stimmung sorgt. Lustige Beiträge von Mitgliedern und Gästen sind erwünscht. Die Westpreußen sind herzlich eingeladen.

Buchen – Sonntag, 31. Januar, 14 Uhr, Pfarrscheune in Buchen-Hainstadt: Winternachmittag bei Punsch und Schmandwaffeln. Außerdem wird der Film gezeigt: „Winter in Ostpreußen". Die Pfarrscheune steht gleich neben der Kirche.



BAYERN

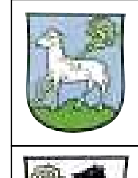
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 16. Februar, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft mit Jahresversammlung, Kassenprüfung, Video und Rückblick.

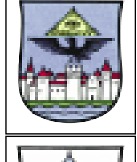


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 30. Januar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Die Gruppe trifft sich zur Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



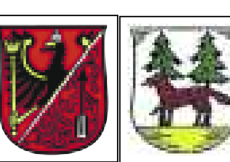
Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Frauengruppe – Mittwoch, 10. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 14. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen richten Sie bitte an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.





Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 16. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das neue Jahr mit Essen. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



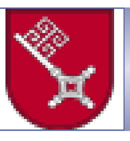




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 18. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Almera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Der Winter geht langsam und der Frühling kommt. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Samstag, 13. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr): Wir laden Sie ein zum traditionellen Bremer mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen.

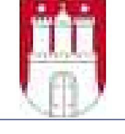
Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen.

Den Unterhaltungsteil gestaltet sodann der „Mandolinen- und Gitarrenklub „Stolzenfels" Bremen von 1925 e. V.".

Bei der Zusammenstellung unserer 2008 erschienen Festschrift hatte ich in den Akten festgestellt, dass das „Mandolinenorchester Stolzenfels" in den 60er und 70er Jahren, also vor zirka 50 Jahren, viele Zusammenkünfte unserer Landsmannschaft mit seinen Auftritten bereichert hatte. In diesem Jahr feierte es sein 90-jähriges Bestehen und gab zu diesem Jubiläum selbst eine Festschrift heraus. Diese Schrift brachte die alte Tradition in Erinnerung und war der Anlass, Verbindung zum Orchester aufzunehmen. Wir verabredeten den nun bevorstehenden Auftritt mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien.

Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse (oder Gemüseteller).

Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klopse od. Gemüseteller): 15 Euro, Eintritt ohne Essen 5 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. – Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter. Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

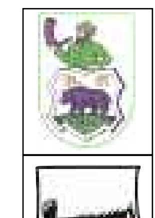


HAMBURG

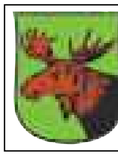
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Neujahrsempfang der Vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.). Das Haus der Heimat ist über die S1, S2, S3 bis zur S-Bahnstation Stadthausbrück zu erreichen oder mit der U3 bis Rödingsmarkt. Per Bus geht es mit der Linie 37 bis zur Haltestelle Michaeliskirche.

KREISGRUPPEN

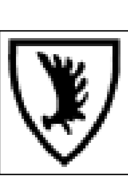


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Elchniederung – Mittwoch, 17. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Litzowstieg 8, Hamburgs-Wandsbek: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken und Schabbern. Helga Bergner wird Fremdes und Eigenes zum Thema Heimat und Zuhause vortragen.

BEZIRKSGRUPPEN



Frauengruppe – Sonntag, 31. Januar, 11.30 Uhr, Harderhof, Hamburg-Moorfleet: Familientag anlässlich des 275. Geburtstages von Theodor-Gottlieb von Hippel, Königlich-Preußischer Geheimer Kriegsrat, Polizeidirektor, Stadtpräsident von Königsberg, Philosoph und Schriftsteller.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Darmstadt– Am Sonnabend, 16. Januar, fand unser erstes Treffen im neuen Jahr im Luise-Büchner-Haus in Kranichstein statt. Trotz anfänglicher Bedenken – bedingt durch eine falsche Zeitangabe – konnte man zum Schluss doch noch von einer gut besuchten Veranstaltung sprechen. Auch konnten wir wieder viele Gäste begrüßen.

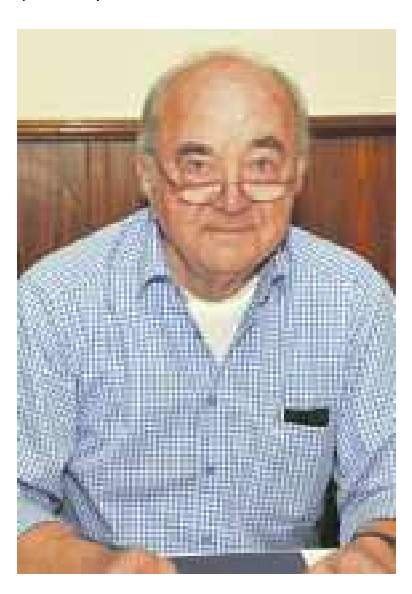
Nach der Begrüßung unserer Vorsitzenden interpretierte Herr Turowski einige Zitate aus der Bibel, und Frau Oest gratulierte, wie immer, den Geburtstagskindern des letzten Monats. Nach einer kurzen Kaffeepause und den technischen Vorbereitungen begann Herr Sigurd Struwecker mit dem Vortrag über das alte und neue Königsberg. Es wurden die Auswirkungen der Kriegshandlungen auf das Stadtbild in und nach den Kriegstagen erklärt und aufgezeigt und mit umfangreichen Erklärungen die gezeigten Bilder verständlich gemacht. Durch fachkundiges Wissen über Königsberg war der Lichtbildervortrag eine gelungene Dokumentation. Alle Anwesenden waren begeistert von dem mit großem Engagement gehaltenen Vortrag und bedankten sich mit anhaltendem Applaus.

Im Anschluss rezitierte Gisela Keller noch das Gedicht über den Schlossteich zu Königsberg von Dr. Lau im Heimatdialekt.

Unser nächstes Treffen, unter dem Motto „Preußisches Fasteloawend", findet am 6. Februar um 15 Uhr statt. Hier hatte sich bei der Einladung ein Druckfehler eingeschlichen. Wir bitten um entsprechende Beachtung. Närrische Gedanken können mitgebracht werden. Herr Fischer wird unsere Veranstaltung musikalisch unterstützen und wir werden uns bemühen, unsere Kehlen entsprechend den gesanglichen Anforderungen zu trainieren.

Kassel – Donnerstag, 4. Februar, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: Jahreshauptversammlung mit anschließender Lesung von Ruth Barthel: „Winterliche Texte aus und über Ostpreußen".

Wetzlar – Um das Thema „Ostpreußischer Humor" geht es beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, am Montag, 15. Februar, um 19 Uhr. Dazu spricht der Buchautor Joachim Albrecht (Wetzlar) im Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



Buchautor Joachim Albrecht spricht über ostpreußischen Humor Bild: Rühl

Kuno Kutz leitet weiterhin die Kreisgruppe

Die Vereinigung will Kultur der alten Heimat pflegen und weitertragen – Kuno Kutz aus Hüttenberg-Volpertshausen führt die Kreisgruppe Wetzlar für weitere zwei Jahre. Bei der Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Grillstuben in Wetzlar wurde der 74-Jährige zum fünften Mal wiedergewählt. Der ehemalige Unternehmensberater steht damit seit 2006, also insgesamt zehn Jahre, an der Spitze der Vereinigung. Die Landsmannschaft hat laut Kutz das Ziel, Bräuche der Heimat zu pflegen und an die jüngere Generation weiterzugeben. Da die Vereinigung ohne Mitgliedschaften existiert, sei die Kreisgruppe auf Spenden der Besucher angewiesen. Neben Kutz wurden auch die weiteren Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt: Hildegard Henning als Stellvertretende Vorsitzende und Schriftführerin, Horst Koschinski als Schatzmeister und Karla Weyland als Kulturreferentin. Auch der erweiterte Vorstand wird die nächsten zwei Jahre im Amt bleiben: Karl-Oskar Henning als Medienbeauftragter, Margit Albrecht als Stellvertretende Schriftführerin sowie die Beisitzer Anne Ertl, Christa Kutz und Friederike Preuß. Zu Kassenprüfern bestellt wurden Dietmar und Elisabeth Saklowsky.

In seinem Jahresbericht ging Kutz auf die Veranstaltungen 2015 ein. Bis zu 40 Besucher hätten an den monatlichen Treffen teilgenommen. Kutz erinnerte an den 1922 in Tilsit/Ostpreußen geborenen Heinz Schapowahl, der im vergangenen Jahr verstarb. 1988 kam er nach Wetzlar und hat über 20 Jahre lang als Versammlungs- und Wahlleiter, als Kassenprüfer und auch als Referent die Arbeit der Landsmannschaft mitgestaltet. Für sein Engagement ehrte ihn der Landesverband Hessen der Ost- und Westpreußen mit dem Treuezeichen in Gold und für seine Mitarbeit in den Organisationen der Landsmannschaft mit dem Ehrenzeichen in Silber. Der Vorsitzende gab einen Überblick über die für 2016 geplanten weiteren neun Treffen der Kreisgruppe. So wird am 15. Februar um 19 Uhr der Buchautor Joachim Albrecht (Wetzlar) zum Thema „Ostpreußischer Humor" sprechen. Am 14. März lädt die Kreisgruppe zu ihrem jährlichen Grützwurstessen ein, das mit einem Vortrag von Friederike Preuß und Karla Weyland zum Thema „Was Essen zum Genuss macht" fortgesetzt wird. Am 11. April wird Weyland an das „Notgeld aus Ostpreußen" erinnern. „Begegnungen mit meiner Geburtsstadt" hat der ehemalige Staatsminister Dr. Christean Wagner (Lahntal) seinen Vortrag überschrieben, den er am 9. Mai über Königsberg in Ostpreußen hält. Rudolf Virnich bereitet einen Lichtbildervortrag zum Thema „Die Besiedlung des südlichen Ostseeraumes" für den 13. Juni vor. Das traditionelle Grillfest der Landsmannschaft führt die Ost- und Westpreußen am 2. Juli in das Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn. Nach der Sommerpause wird Virnich am 12. September an Masuren erinnern. Am 10. Oktober lautet der Vortrag von Karla Weyland „Da holt dich die Kornmuhme" in nordeuropäische Mythen. Pfarrer Christian Silbernagel hält dazu eine Andacht anlässlich des Erntedankfestes. Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut in Marburg wird am 14. November über seinen Weg „von Siegen nach ‚Kaliningrad' und dann nach Königsberg und Ostpreußen" berichten. Schließlich endet der Veranstaltungsreigen am 27. November mit der Advents- und Weihnachtsfeier der Landsmannschaft.

Kontakt: Kuno Kutz, Heinzewies 8, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559.



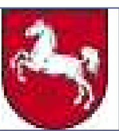
Zum fünften Mal wiedergewählt: Kuno Kutz (o.), Vorstand der Kreisgruppe Wetzlar: Horst Koschinski, Christa Kutz, Friederike Preuß, Kuno Kutz, Dietmar Saklowsky, Elisabeth Saklowsky, Anne Ertl, Margrit Albrecht mit dem Wahlleiter Reiner Buslaps (u. v. l. n. r.) Bilder: Rühl



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Ein neues Jahr heißt wieder neue Hoffnung, neue Gedanken und neue Wege zum Ziel. So stellte die 1. Vorsitzende Renate Bohn den neuen Halbjahresplan vor.

An Ideen fehlt es ihr momentan nicht, vielmehr sind es die älteren Mitglieder, denen die Teilnahme an längeren Fahrten immer schwerer wird.

Doch es ist auch diesmal für jeden etwas dabei. Am Sonntag, 21. Februar, wird zum traditionellen und immer gut besuchten Königsberger-Klopse-Essen im Felsenkeller eingeladen. Am 18. März wird Pastor i. R. Günther Grigoleit einen Vortrag halten über das Thema: Christsein im 21. Jahrhundert. Am 22. April findet die Jahreshauptversammlung statt. Am 13. Mai wird ein Imker die Gruppe besuchen und über den Einklang der Bienen mit dem Umweltschutz berichten. Natürlich wird er auch Honig und Bärenfang zum Verkosten mitbringen. Am 24. Juni ist eine Tagesfahrt nach Halberstadt zur Betriebsbesichtigung der Halberstädter Wurstfabrik vorgesehen mit anschließendem Besuch des Domes. Gäste sind zu allen Veranstaltungen herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 11. Februar, 15Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Rintelner Gruppe zeigt Joachim Berg Filmsequenzen aus seinem Archiv. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.

Osnabrück – Dienstag, 9. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 19. Februar, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Folgende Termine, alle Veranstaltungen (außer Plattdeutsch) beginnen um 15 Uhr in den Räumen der Kreisvereinigung der Ostdeutschen Landsmannschaften in der Wilhelmstraße 1b in 33602 Bielefeld:

Montag, 1. Februar: Frauengruppe. – Donnerstag, 4. Februar: Stammtisch der Königsberger und Freunde der Hauptstadt Ostpreußens. Donnerstag, 11. Februar: Das monatliche Treffen der Gruppe ostpreußisch Platt findet als Abschiedsveranstaltung in privaten Räumen statt, da die Gruppe ihre Zusammenkünfte ab März einstellt. Donnerstag, 18. Februar: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonnabend, 30. Januar, 19.30 Uhr in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Ostdeutscher Winterball. Eintrittspreis: 15 Euro, Studenten und Jugend 10 Euro. Vorverkauf: Theaterkasse im Kaufhof Bonn.

Buntes kulturelles Programm: Kindertanzgruppe „Dark Rubins“, Ostpreußische Mundart, Männergesangverein „Frisch Auf“, Sankt Augustin-Meindorf, Geigerin „Debaro“, Trachtengruppe „Fröhlicher Kreis“. Große Tombola mit wertvollen Preisen.

Dortmund – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Monatstreffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 30. Januar, 17 Uhr, GHH: „Josef Capek – Gedichte aus dem Konzentrationslager“ – Ein Poesieabend mit Urs Heftrich. Am Klavier: Gilead Mishory. – Mittwoch, 3. Februar, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 10. Februar, 15 Uhr, GHH: Film „Panzerkreuzer Potemkin“ (UdSSR 1925). – Donnerstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 12. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 16. Februar, 19 Uhr, GHH: Buchpräsentation mit Arne Franke „Kleine Kulturgeschichte der schlesischen Schlösser“.

Witten – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Pommern, wie es war“.

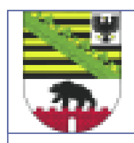
Wuppertal – Sonnabend 6. Februar, 14 Uhr: Karnevalsfeier im Kolkmannhaus, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld. Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Mittwoch 10. Februar, 12 Uhr: Treffen der Gruppe in Lu.-Oggersheim, Kapellengasse Gaststätte Schillerstube, zum Heringsessen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – 25 jähriges Bestehen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Dessau – Wir Mitglieder der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Dessau, möchten unserer Vorsitzenden Frau Sigrid Krüger für die vielen Jahre Arbeit als Vorsitzende Danke sagen.

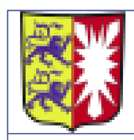
Sie hat mit viel Freude und Elan Weihnachtsfeiern, Erntedankfeste, Faschingsfeiern organisiert. Höhepunkte waren unsere Busreisen und die Besuche Ostpreußischer Museen. Über zahlreiche Vorträge und Videos, auch mit ihrem Ehemann, über Ostpreußen und Westpreußen konnten wir uns ebenfalls erfreuen. Manchmal haben wir auch nur erzählt und gesungen.

Obwohl die Mitgliederzahl schrumpft (altersbedingt) versucht Frau Krüger immer unser vierwöchiges Treffen zu erhalten und zu begeistern. Alle diese Veranstaltungen erfüllt sie immer, trotz ihrer 90 Jahre, mit Leichtigkeit.

Heimatverbunden danken wir alle noch mal Frau Krüger für ihre liebevolle und aufopfernde Arbeit als Vertreterin der Landsmannschaft und hoffen, dass sie uns noch lange schöne Stunden bereitet. Wir wünschen ihr weiterhin beste Gesundheit und Schaffenskraft.

Die Mitglieder der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Dessau

Magdeburg – Dienstag, 2. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Stickerchen. Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr: Erinnerungen an unsere Kindheit.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung der Januar-Runde der Ost- und Westpreußen mit vielen guten Wünschen für das Jahr 2016 erinnerte die Vorsitzende an den Januar 1945 in Ostpreußen. Nach der Offensive der Roten Armee am 13. Januar 1945 konnte die Front nicht mehr gehalten werden. Dazu las Katharina Makarowski einen Text von Marion Gräfin Dönhoff über ihre Flucht in den Westen. In ihren Gedanken nimmt sie Abschied von dem Land ihrer Vorfahren, während neben ihr die Fahrzeuge der Deutschen Wehrmacht lärmen, Flüchtlingswagen sich langsam auf den verschneiten und vereisten Straßen vorwärtsschieben und Verwundete zu Fuß, die nicht mehr in Zügen oder Fahrzeugen transportiert werden können, einen Weg suchen.

Die Vorsitzende hatte den Verlauf der Front nach dem deutschen und sowjetischen Wehrmachtsbericht erkundet. Die Front konnte von deutscher Seite nicht mehr gehalten werden. Der Kampf tobte weiter in westliche Richtung auf Berlin zu. Zwischen den Militärfahrzeugen waren unsere Flüchtlingstecks und auch Menschen zu Fuß mit Schlitten und Handwagen unterwegs. Die Teilnehmer berichteten anschließend über ihre eigenen Erlebnisse.

Ulrich Klemens sprach von dem Familientreffen, das immer am Todestag der Mutter Eva Klemens, am 1. November, stattfindet, und zwar war es diesmal im Kurbad Arendsee in der Altmark im Freizeitzentrum Großer See. Am Abend des ersten Tages zeigte Neffe Axel Tiemann einen Film über den elterlichen Bauernhof in Ansorge-Bendwethen mit einem Ausflug ins Elchrevier.

Am folgenden Tag, Sonntag, stand eine fachkundige Führung mit dem Oberförster durch das Waldgebiet von Arendsee auf dem Programm, das bis zur Elbe reicht. Für die Familienmitglieder war dieses Zusammensein und der Aufenthalt in der wunderschönen Landschaft wieder ein eindrucksvolles Erlebnis.

Gisela Brauer

Burg auf Fehmarn – Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig am 6. Februar um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg.

Zu ihrem monatlichen Treffen trifft sich die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig am Dienstag, dem 9. Februar, um 15 Uhr im Haus im Stadtpark.

Späße, humorvolle Geschichten, vorgetragen von Ina Naujok und Lieder, die Brigitte Asbahr musikalisch auf dem Akkordeon begleiten wird, sollen an diesem Nachmittag, der ganz im Zeichen des Karnevals steht, die Mitglieder und Gäste unterhalten. Gäste sind herzlich willkommen.

Neumünster – Sonnabend, 6. Februar, 12 Uhr: Die Gruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen mit einem bunten Programm in der Galerie Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldungen bitte unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 30. Januar, 15 Uhr, Café: Arbeitstagung in Kasseedorf.

Dittchenbühne



Gaumen- und Augenschmaus: Fleischplatte für die „Grauen Erbsen auf preußische Art“

Bild: Forum Baltikum – Dittchenbühne

„Graue Erbsen süßsauer?“ Auf diese Variante des traditionellen Elmshorner Fastnachtsschmauses schwört man am „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Wer das einmal probieren möchte, hat am 9. Februar dazu die Gelegenheit.

„Pois gris à la Prussienne“ heißt es am 9. Februar um 19 Uhr bei der Dittchenbühne: Graue Erbsen nach preußischer Art also. Serviert wird eine äußerst schmackhafte süßsaure Variante der Elmshorner Leib- und Magenspeise, die immer mehr Freunde gewinnt.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Natürlich gehören auch bei uns Kohlwurst, Kasseler und Schweinebacke zu dem Essen!“ Aber die süßsaure Zubereitung der Erbsen verleiht dem Gericht eine ganz spezielle Note. Und selbstverständlich wird nach dem Essen auch ein „Verteiler“ ausgeschenkt. Darüber hinaus bietet das Forum den Gästen an der Hermann-Sudermann-Allee 50 ein attraktives Unterhaltungsprogramm: Der beliebte Leierkastenmann Erwin Krüger aus Tornesch trägt Lieder und Döntjes aus dem alten Hamburg vor. Der Preis für das alles: 10 Euro pro Person.

Das Büro der Dittchenbühne: „Aufgrund der großen Nachfrage sollten Sie bei Interesse möglich rasch Plätze bei uns reservieren!“ Am besten unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmshorn www.dittchenbuehne.de – buero@dittchenbuehne.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Einladung zur 58. heimatpolitischen Tagung am 20. und 21. Februar 2016 in Rotenburg (Wümme):

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Heimatfreunde,

ein bewegtes Jahr liegt hinter uns. Dennoch wollen wir optimistisch in das Jahr 2016 starten und laden Sie und Ihre Freunde sehr herzlich zu unserer 58. heimatpolitischen Tagung am 20. und 21. Februar 2016 nach 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, ein. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Die Tagung soll dazu anregen, sich etwas mehr mit unserer Geschichte zu beschäftigen. Die Gestaltung der Zukunft ist ohne Kenntnis der Vergangenheit nicht denkbar.

Für die Vorträge konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden. Einzelheiten bitten wir dem untenstehenden Programm zu entnehmen. Für Fragen und persönliche Einschätzungen ist im Anschluss an die Vorträge ausreichend Zeit eingeplant. Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit interessanten Gästen bietet sich beim Abendessen (Elchbraten) und danach.

Freuen Sie sich auf neue Begegnungen, spannende Einblicke und bleibende Eindrücke. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen eine angenehme und sichere Anreise.

Mit freundlichen Grüßen Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter, Hermann Luttmann, Landrat

Programm der 58. heimatpolitischen Tagung in der Theodor-Heuss-Schule (neben dem Ratsgymnasium), Gerberstraße 16, 27356 Rotenburg (Wümme) :

Sonnabend, 20. Februar 2016, 15 Uhr

(ab 14 Uhr wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten)

1. Eröffnung durch die Kreisgemeinschaft
2. Begrüßung durch den Patenkreis
3. Grußworte der Gäste
4. Lesung/Vorträge:

a) Tatjana Gräfin Dönhoff, Lesung aus ihrem Buch „Die Gustloff"

b) Gerhard Mörchel, Pfarrer i. R., Lemgo, Vortrag: „Wie ich das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte"

Gemeinsames Abendessen gegen 19 Uhr: Elchbraten.

Sonntag, 21. Februar 2016, 9.30 Uhr

c) Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, Königswinter, Vortrag: „Wikinger – ihre Spuren in Ostpreußen"

5. Schlusswort

Gemeinsamer Gesang: Land der dunklen Wälder

Ende gegen 12 Uhr.

Für eine verbindliche Anmeldung sowie für das Elchbratenessen einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 13. Februar (Posteingang) an Frau Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, wären wir Ihnen dankbar. Sie erhalten keine Anmeldebestätigung. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

28. Sondertreffen Zinten

Auch im Jahr 2016 möchten wir unser liebgewonnenes Sondertreffen Zinten-Land wieder in Altenau/Harz in der gemütlichen Pension veranstalten.

Als Gruppe werden wir alleine in der kleinen gemütlichen Pension sein. Wir Ostpreußen pflegen unsere Verbundenheit weiterhin zu unserer alten Heimat. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen!

Termin:

Freitag bis Sonntag, 15. bis 17. April 2016, Abendessen und Frühstück.

Mit dieser Einladung möchte ich alle Landsleute mit ihren Ehebeziehungsweise Lebenspartnern aus unserem Kirchspiel Zinten-Land ansprechen. Auch die jüngeren Jahrgänge, die unsere geliebte Heimat selbst nicht mehr erlebt haben, sind herzlich bei uns willkommen. Sollten Sie Bedenken haben, niemanden zu kennen, so vergessen Sie bitte nicht, dass uns unsere ostpreußische Heimat verbindet. So können wir in gemütlicher Runde viel Gemeinsames austauschen. Es gibt wieder Neues über Ostpreußen zu berichten.

Im Jahr 2015 waren wieder etliche Teilnehmer in unserer Heimat. Sie alle, ob jung oder schon etwas älter, sind in unserer Runde sehr herzlich willkommen. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms „Geschichten, Gedichte, Spiele oder Filme usw." würde ich mich sehr freuen.

Information zu unserem Treffen: Treffpunkt Pension Quellenhof Altenau, An der Schwefelquelle 18, 37707 Altenau/Harz, Telefon (05328) 2029993, E-Mail info@quellenhof-altenau.de. Die Pension Quellenhof bittet um direkte Anmeldung bis zum 20. Januar unter „Gruppe Lenz". Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich auch über Ihre Anmeldung kurz informiert werde. Der Preis für diese zwei Tage mit Halbpension inklusive Kurtaxe beträgt 80 Euro pro Person. Reiserücktrittversicherung und Trinkgeld sind im Preis nicht enthalten.

Bei Anreise per Bahn ist Goslar der Zielbahnhof. Gerne werden Sie auch von der Pension gegen einen kleinen Betrag abgeholt.

Bis zu einem frohen Wiedersehen freue ich mich auf Eure/Ihre Zusagen und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Kirchspielvertreterin Ortsvertreterin Robitten und Maggen Irmgard Lenz, Karl-Fränkel-Ring 11, Telefon (07542) 4649, lengard36@t-online.de



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Veranstaltungen 2016

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster (seit 1954), Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Der Eintritt ist frei. Von März bis einschließlich November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag" statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 15.30 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – bereits um 15.30 Uhr. Der Besuch von Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler, Telefon (040) 6083003 möglich. Bei Frage, Hinweisen, Anliegen aller Art bitte Kontakt mit Kreisgemeinschaft Lötzen e. V., Geschäftsstelle (Ute Eichler), Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. E-Post: KGL.Archiv @gmx.de

März

Sonnabend, 19. März: Eröffnung der Kunstausstellung „Weite und Heimlichkeit – Masurische Bilder ostpreußischer Künstler" (bis 16. Juli 2016), in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr Begrüßung, dann Einführungsvortrag, musikalische Umrahmung.

April

Sonnabend, 16. April: Dr. Jörn Barfod, Lüneburg, spricht über „Des Kaisers Keramik" (mit Bildern). Cadiner Keramik (1902 bis 1945) gehört zu den namhaften Besonderheiten ostpreußischer Kulturgeschichte.

Mai

Sonnabend, 21. Mai: „60 Jahre Lötzener Heimatbrief aus der Patenstadt Neumünster". Ute Eichler, Betreuerin von Lötzener Kreisarchiv und Heimatsammlung, stellt Bedeutendes, Ergreifendes, Heiteres und Besinnliches aus sechs Jahrzehnten vor.

Juni

Sonnabend, 18. Juni: „Einem Mythos auf der Spur – Neue Ausgrabungen am frühmittelalterlichen Fundplatz Wiskiauten im ehemaligen Ostpreußen". Lichtbilder-Vortrag von Dr. Timo Ibsen, Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig. – Nach einer allgemeinen Einführung in die ostpreußische Archäologie wird im Vortrag über alte und neue Forschungen in Wiskiauten berichtet, werden die Ergebnisse der jüngsten Ausgrabungen vorgestellt.

Juli

Sonnabend, 16. Juli: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren" – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. – Letzter Tag der Ausstellung „Weite und Heimlichkeit – Masurische Bilder ostpreußischer Künstler"!

August

Sonnabend, 20. August: Ausstellung „Auf den Spuren des Deutschen Ordens in Deutschland und Europa" – Gemälde von Reinhard Bergmann, Weißenfels (bis 19. November). Um 15.30 Uhr Begrüßung, dann Einführungsvortrag.

Sonnabend, 27. August/Sonntag, 28. August: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster – Programm wird veröffentlicht im Lötzener Heimatbrief 119/Mai 2016.

September

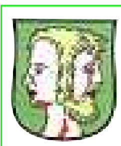
Sonnabend, 17. September: „Das Märchen von den deutschen Flüssen (nach Paul Keller) und andere Geschichten vom Wasser" – erzählt von Angelika Rischer, Hamburg.

Oktober

Sonnabend, 15. Oktober: „Johannes Thienemann und die Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung" – Vortrag (mit Bildern) von Dr. Christoph Hinkelmann, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg.

November

Sonnabend, 19. November: „Zwischen zwei Welten" – Über ihren (künstlerischen) Lebensweg von Kaliningrad nach Nordfriesland spricht die Künstlerin Elena Steinke, Breklum (mit Bildern). Letzter Tag der Sonderausstellung.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Das diesjährige Regionaltreffen Nord in Lübeck findet am Sonntag, dem 24. April statt im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck, Telefon (0451) 33517, www.burgfeldestaurant.de. Beginn ist um 11 Uhr. Die Leitung hat Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, Telefon (0421) 67329026.

Abschied von Peter Skrotzki

Die sterblichen Überreste von Peter Skrotzki wurden in würdiger, aber auch auf zünftige Weise auf dem Waldfriedhof in Langenfeld im Rheinland beigesetzt. Vor Beginn der Trauerfeier gab es, nicht zuletzt wegen der klirrenden Kälte, einen Bärenfang. Die Trauergäste bekamen so auch die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen. Es entstand eine familiäre Atmosphäre. Die Trauerfeier selbst begann mit dem Abspielen des Ostpreußenliedes und endete auf besonderen Wunsch des Verstorbenen mit dem Schlager: „Junge, komm bald wieder." Der Kreisälteste Gerd Bandilla war als Vertreter der Kreisgemeinschaft Lyck bei der Beisetzung zugegen und sprach einige Worte zu der Trauerversammlung.

Peter Skrotzki wurde 69 Jahre alt. Er war ein Sohn ostpreußischer Eltern. Sein Vater stammte aus Petersgrund, Kreis Lyck, und seine Mutter aus Goldap. Peter Skrotzki stieß verhältnismäßig spät zur Kreisgemeinschaft Lyck. 2010 wurde er in den Kreisausschuss gewählt. Erwähnenswert ist die Herausgabe des von ihm verfassten Buches „65 Jahre – Kreisgemeinschaft Lyck". 2013 war es ihm aus Krankheitsgründen nicht vergönnt, erneut für den Kreisausschuss zu kandidieren. Er verstarb am 23. Dezember 2015 in München.

Peter Skrotzki bleibt bei der Kreisgemeinschaft Lyck in guter Erinnerung.





TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimatbrief

Pünktlich zur Adventszeit 2015 wurde die Ausgabe 97 von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief" an alle in unserer Versandliste aufgeführten Adressen verschickt. Das im verschneiten Park Jakobsruh wiedererrichtete Königin-Luise-Denkmal ziert das Titelbild. Auf 180 Seiten wurden von Schriftleiter Heiner C. Coenen viele interessante Berichte und Geschichten zusammengestellt. Alle Tilsiter, die den Heimatbrief nicht bekommen haben, sei es durch nichtgemeldeten Wohnungswechsel oder durch langjährige Spendenabstinenz, haben die Möglichkeit, ein Exemplar anzufordern bei Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastr. 13, 01099 Dresden.

Schultreffen Realgymnasium Tilsit

Das nächste SRT-Schultreffen findet in der Zeit vom 22. bis 25. April in Gera statt – am Rande des Heimattreffens der drei Nachbarkreise. Das wurde in Bad Nenndorf beschlossen. Bitte nehmt all Eure Kräfte zusammen und kommt so zahlreich wie möglich. Wir übernachten im Penta-Hotel Gera, Gutenbergstr. 2a, 07548 Gera. Anmeldungen sollten möglichst bald, spätestens bis zum 2. April unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2016" erfolgen unter der Telefonnummer (0365) 29090 oder E-Mail reservations.gera@pentahotels.com. Wir treffen uns am Freitag, 22. April um 15.30 Uhr zum Kaffeetrinken. Am Sonnabend, 23. April nehmen wir am Heimattreffen teil. Für Sonntag, 24. April wird noch ein interessantes Programm erarbeitet. Die Rückreise erfolgt am 25.April. Auf ein Wiedersehen freuen wir uns schon sehr.

Klaus-Jürgen Rausch, Schulsprecher

Treffen Senteiner Schule

Es war eine stattliche Runde von 24 Personen, die Schulsprecher Dr. Eitel Hölzler zum viertägigen Schultreffen im Ostheim Bad Pyrmont begrüßen konnte. Bei der Auftaktveranstaltung am Donnerstag im Preußensaal zog man Bilanz der bisherigen 15 Treffen, bei denen zwölf Jahre lang das Ostheim beliebter Wiedersehensort war. Mit Bedauern wurde die Schließung des Ostheims zur Kenntnis genommen und die Suche nach einem neuen Austragungsort spielte eine wichtige Rolle. In vier Alben sind alle bisherigen Treffen in Bild und Schrift festgehalten, in denen die Vielseitigkeit der Treffen und die familiäre Atmosphäre anschaulich verdeutlicht werden. Einige Senteiner und Bendigsfelder waren gekommen, die schon beim ersten Treffen in Schwenda dabei waren und auch diesmal beim 15. Treffen nicht fehlten. Leider haben einige die Schulgemeinschaft für immer verlassen müssen, und man gedachte ihrer mit einer Schweigeminute. Das Treffen stand im Zeichen vieler interessanter Beiträge. Dazu gehörte die Einweihung des Königin-Luisen-Denkmals in Tilsit, wo Teilnehmer ihre Eindrücke schilderten und mit Bildern ergänzten. Auch die Vorführung einer DVD „Reise durch Ostpreußen" fand den Beifall der Anwesenden. Höhepunkt war der von allen Teilnehmern gestaltete heitere „Ostpreußen-Abend" mit vielen Geschichten von Agnes Miegel, Sketchen, humorigen Begebenheiten und viel Gesang, bei dem auch der Bärenfang und der Pillkaller eine Rolle spielten. Der Termin des nächsten Schultreffens wird der 19. bis 22. Mai sein, der Ort wird noch bekanntgegeben. Wir wollen in Bad Pyrmont bleiben. In der Diskussion waren die Hotel-Pension „Villa Königin Luise", mitten in Pyrmont gelegen und das Gästehaus „Maria-Friedensthal" am Rande der Stadt. Eine endgültige Einigung ist noch nicht erfolgt.

Dr. Hölzler

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Wanderausstellungen der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen 2016:

Die Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen Zentrum gegen Vertreibungen wird auch im Jahre 2016 ihre Ausstellungstrilogie „Heimatweh" an mindestens zwölf Stationen in der Bundesrepublik zeigen.

In einem großen Bogen umreißt diese Trilogie im Ausstellungsteil „Die Gerufenen" die weitgehend unbekannte Heimat der deutschen Volksgruppen außerhalb des Reiches mit ihrer Auswanderungs- und Siedlungsgeschichte und das deutsche Leben in Mittel- und Osteuropa.

Die Ausstellung „Erzwungene Wege" benennt Beweggründe und zeigt Schicksale von Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts in ihrem historischen Kontext, beginnend mit dem Völkermord an den Armeniern, über die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zu den Kriegen und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien.

Im dritten Ausstellungsteil „Angekommen" wird die Integration der deutschen Vertriebenen und Aussiedler seit 1945 von der Ankunft, über die ersten Jahre, durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart beleuchtet.

Die Text- und Bildausstellungen werden öffentlich in Rathäusern, Bibliotheken und Museen gezeigt und bieten breiten Bevölkerungsgruppen Zugang zu einem gesamtdeutschen Thema. An einigen Stationen werden zusätzlich Begleitveranstaltungen angeboten, die das Thema vertiefen oder durch Zeitzeugengespräche auf das individuelle Schicksal herunterbrechen, veranschaulichen und dem Thema auch ein Gesicht geben. Informationen zu den Inhalten, zu den Stationen und Terminen sind abrufbar unter http://www.z-g-v.de/zgv/stationen-unserer-wanderausstellungen/. Die Ausstellungen werden vom Bund der Vertriebenen mit Förderung des Bundesministeriums des Innern gezeigt und können von interessierten Stellen gebucht werden.

EB

Von Lauchhammer in alle Welt

Ostpreußische Bildhauer ließen im Eisenkunstgusswerk anfertigen – Zeugnisse in Königsberg, Osterode und Allenstein

Die Stadt Lauchhammer in Brandenburg gilt als Stadt des Kunstgusses. Der erste Eisenkunstguss stammt aus dem Jahr 1784. Weniger bekannt ist, dass die Künstler vieler ostpreußischer Denkmäler ihre Kunstwerke in Lauchhammer gießen ließen.

Umfangreiche Funde an Raseneisenerz führten 1725 zur Gründung des Lauchhammerwerkes durch Benedicta Margareta von Löwendal im damaligen Kurfürstentum Sachsen. Ihr Universalerbe, Detlef Carl von Einsiedel, widmete sich ab 1781 erfolgreich Eisenkunstgussarbeiten und gilt als der Begründer dieses Verfahrens.

1815 verlor Sachsen als Folge der Befreiungskriege gegen Napoleon und des Wiener Kongresses große Teile seines Territoriums an das Königreich Preußen, Lauchhammer wurde preußisch. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde im Lauchhammerwerk mit dem Bronzeguss erfolgreich experimentiert. 1841 erhielt Christian Daniel Rauch von in Preußen lebenden Polen den Auftrag, eine Doppelfigur der beiden polnischen Fürsten Mieczyslaw und Boleslaw für die Goldene Kapelle in der erzbischöflichen St.–Peter-und-Paul-Kathedrale in Posen zu schaffen, und er ließ sein Modell in Lauchhammer gießen.

Das ausgezeichnete Ergebnis dieses Bronzegusses überzeugte in den Folgejahren zahlreiche Künstler aus den Berliner und Dresdner Bildhauerschulen. Sie ließen ihre Modelle in Lauchhammer gießen. Ihre monumentalen Kunstwerke sind auch heute noch in weiten Teilen Europas, in China und auf dem amerikanischen Kontinent zu finden. Nach dem Ersten Weltkrieg fertigte Lauchhammer Salonbronzen an. Monumentale Denkmalsanlagen wurden erst wieder zu DDR-Zeiten in Lauchhammer gegossen. Seit der Teilwiedervereinigung von 1990 ist das Werk privatisiert.





Museum in ehemaliger Schule: Seit 1993 ist hier das Kunstgussmuseum beheimatet (oben)
Von Ernst Habs gestaltet: Kriegerdenkmal in Osterode (r.)
Bilder: Archiv

Neben der Kunstgießerei wurde 1993 das Kunstgussmuseum eröffnet. Es befindet sich seit 2008 im denkmalgeschützten Schulgebäude der Gießerei und widmet sich der Geschichte des Kunstgusses. Die Sammlung des Museums besteht aus Eisen- und Bronzegüssen und dem historischen Modellfundus aus dem Besitz der Gießerei.

Vergeblich sucht man nach einem kompletten Werksverzeichnis. Seit der Gründung des Kunstgussmuseums, das einen Fundus von etwa 2800 historischen Modellen birgt, wird an diesem Werk gearbeitet. Alle Informationen zu Künstlern, die in Lauchhammer arbeiten ließen, werden zusammengetragen. Sucht der an der Kunstgeschichte Ostpreußens Interessierte nach Kunstwerken für ostpreußische Gemeinden, findet er in der derzeitigen Datei lediglich einen Hinweis auf das Königsberger Reiterstandbild König Friedrich Wilhelms III. Dank eines Fotoalbums mit historischen Fotografien von Bronzegüssen aus der Kaiserzeit können drei weitere Denkmale, die in Lauchhammer für die östlichste Provinz Preußens gegossen wurden, beschrieben werden:

Am 3. August 1851 wurde in Königsberg das von August Kiß, einem Schüler Christian Daniel Rauchs, geschaffene Reiterdenkmal König Friedrich Wilhelms III. (1797–1840) eingeweiht. In Berlin modelliert, wurde es in der Gräflich-Einsiedelschen Gießerei Lauchhammer gegossen. Der Transport des 250 Zentner schweren Denkmals mit sechs Meter hohem Sockel und fünf Meter hoher Figur mittels achtspännigen Lastzugs nach Königsberg dauerte einen Monat und gestaltete sich schwierig. In Königsberg musste das Dach des neuen Brandenburger Tores abgenommen und der Boden des Grünen Tores abgegraben werden. Das Denkmal stellte den König im Purpurmantel und mit Lorbeerkranz auf dem Haupte dar. Den Sockel schmückten sechs allegorische Figuren – Glauben, Tapferkeit, Gerechtigkeit, Liebe, Friede und Weisheit sowie dazwischen fünf Reliefs. Auf der Vorderseite mit dem preußischen Adler befand sich die Widmungsinschrift: „Ihrem Könige Friedrich Wilhelm III. die dankbaren Preußen 1851.“ Eine Umschrift lautet: „Sein Beispiel, seine Gesetze machten uns stark zur Befreiung des Vaterlandes. Ihm danken wir des Friedens Segnungen.“ Das Denkmal stand auf dem Paradeplatz vor der Neuen Universität und ist annehmbar nach 1950 eingeschmolzen worden.

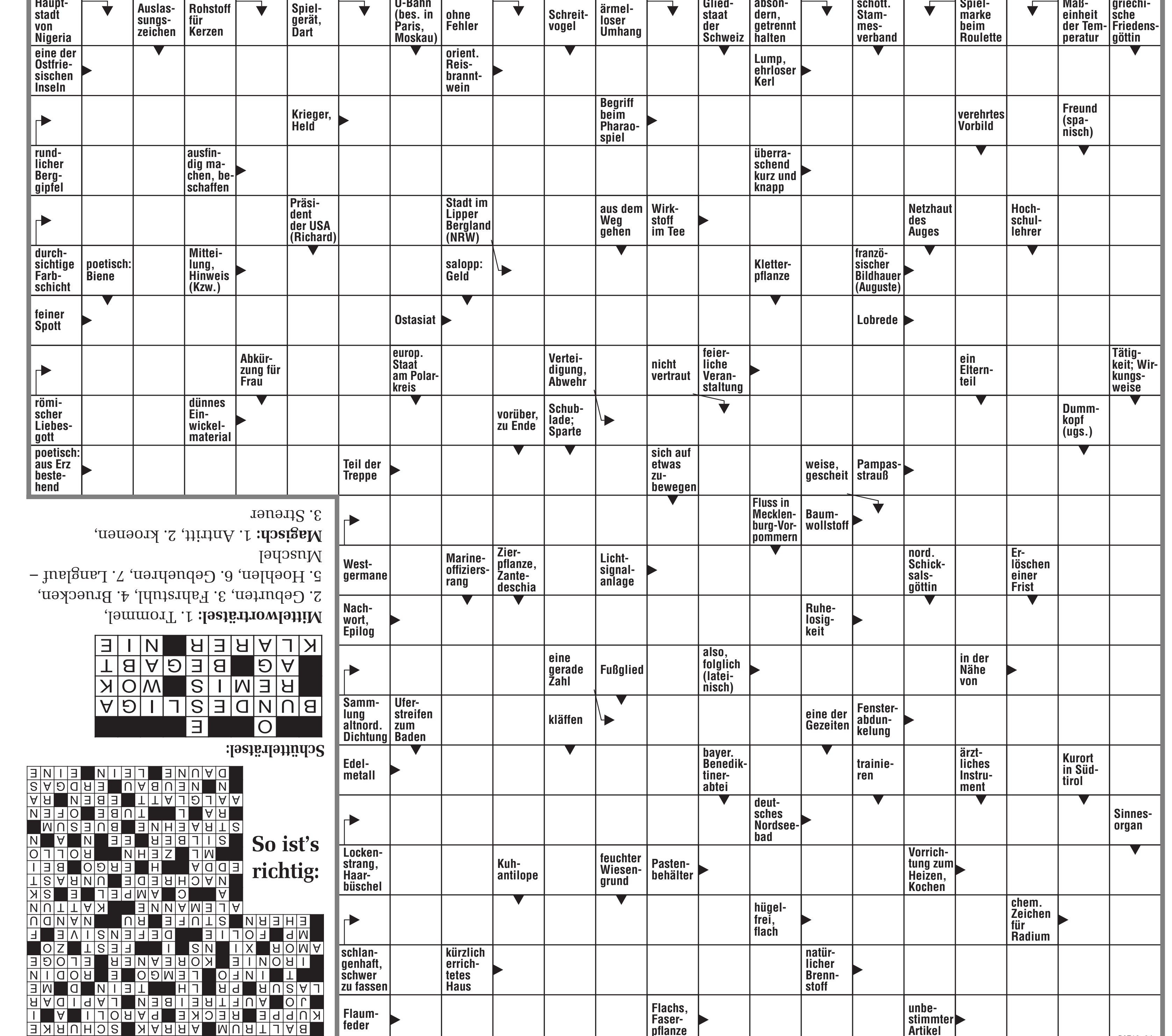
Am 23. August 1905 wurde in Elbing das von dem Berliner Bildhauer Wilhelm Haverkamp (1864–1929) geschaffene Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Gegenwart der Kaiserin Auguste Victoria und dreier Prinzen eingeweiht.

Im Stile der nach der Reichsgründung einsetzenden deutschnationalen Denkmalssucht geschaffen, steht Kaiser Wilhelm I. in Elbing schreitend auf einem hohen Granitsockel mit Mantel und Helm in der Mitte einer Grünanlage auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz.

In Lauchhammer wurde auch 1896 das vom Magdeburger Künstler Ernst Habs (1858–1898) geschaffene Kriegerdenkmal für Osterode gegossen.

Über ein geborstenes Kanonenrohr vorwärts schreitend trägt ein Soldat nach links blickend, erhobenen Armes in der linken Hand eine Fahne, rechts das Seitengewehr. Die Skulptur in den Grünanlagen der Uferzone des Drewenzsees gelegen, steht auf einem hohen Sockel und ist von einem Blumenbeet und einem Eisenzaun umgeben.

Professor Cuno von Uechtritz-Steinkirch schuf 1910 für das Schloss in Allenstein eine Statuette Friedrichs des Großen. Sie wurde ebenfalls in Lauchhammer gegossen. Von dieser Skulptur existiert zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich im Kunstgussmuseum ein uraltes Foto in einem aus heutiger Sicht schlechten Zustand. Es zeigt König Friedrich den Großen hoch zu Ross. Schicksal und Verbleib dieser Statuette sind unbekannt. *Wolfgang Reske*



Schüttelrätsel

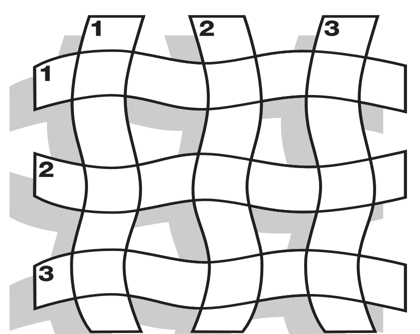
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABDEG ILNSU | ALRU | AEGNO | BEEI | EERSS | AINW | BGIO | AEKT | EIMRS | KOW | AEKL RR | ABBE GT | EIN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Weichtier mit Schale.

Nr.	links	rechts
1	BLECH	FELL
2	HAUS	RATE
3	LASTEN	TUER
4	HOLZ	BAUER
5	FELS	MENSCH
6	BANK	SATZ
7	SKI	LOIPE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Beginn eines Dienstes
2 als König einsetzen
3 Salz-, Pfeffergefäß

Dem Vergessenwerden entrissen

Österreichischer Autor widmet sich dem Thema »Flucht und Vertreibung« – In seinem neuen Buch erzählen Zeitzeugen

Es liegen noch viele zu Papier gebrachte Geschichten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in den Schubladen, darunter viele Fluchtgeschichten und Berichte über den Neuanfang in der Nachkriegszeit. Wenn sich niemand darum kümmert, landen sie eines Tages im Müll. Auch würden manche alte Menschen gern noch anderen von ihrem persönlichen Flüchtlingsschicksal erzählen – Jahrzehnte hat es gedauert, bis sie überhaupt in der Lage waren, darüber zu sprechen. Doch es findet sich selten jemand, der sich dafür interessiert.

Der österreichische Autor Friedrich Strassegger (geboren 1950 in Mixnitz/Obersteiermark) wurde mit dieser weit verbreiteten Kenntnis- und Interesselosigkeit konfrontiert. Irgendwann ließ ihm die gesamte Thematik keine Ruhe mehr. Er trug selbst Schriftzeugnisse über Flucht und Vertreibung zusammen und machte sich auf die Suche nach Zeitzeugen, die bereit waren, ihm mündlich ihre Erinnerungen an diese einschneidenden Ereignisse mitzuteilen, damit er sie aufschreibt und veröffentlicht. Das Ergebnis ist als Sammelband mit dem Titel „Flucht und Vertreibung" im Esch-Verlag erschienen. Darin enthalten sind neun Fluchtberichte von Frauen und Männern, die sich hinsichtlich des Umfangs und der Ausführlichkeit erheblich voneinander unterscheiden. Ihre Veröffentlichung soll nach den Worten des Herausgebers dazu beitragen, „die Zahl der Unwissenden und ‚prädestinierten Vergesser' zu dezimieren".

Strassegger lebt nach einer wechselvollen beruflichen Laufbahn zurückgezogen als freier Schriftsteller. In mehreren Romanen hat er sich bisher schon auf den Zweiten Weltkrieg und die jüngere deutschen Geschichte bezogen. In den 80er Jahren betätigte er sich als Fluchthelfer aus der DDR. Seinen ersten Roman, einen Politthriller mit autobiografischen Zügen, schrieb er nach eigenen Angaben „in einem kommunistischen Gefängnis".

Vier Beiträge aus dem vorliegenden Band sind bereits andernorts veröffentlicht worden. Drei davon beruhen auf Erzählungen



Zeugnis von Not und Entbehrung: Deutsche 1945 auf der Flucht Bilder : Archiv (o.), Buchcover (r.)

von Überlebenden des Untergangs der „Wilhelm Gustloff" am 30. Januar 1945: aus der Wochenzeitung „die Zeit", aus der „Ostsee-Zeitung" Wismar und aus den „Lübecker Nachrichten".

Nach wechselvoller beruflicher Laufbahn: Autor zog sich zurück und beschäftigte sich mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs

Ergänzend dazu hat Strasser einen eigenen Artikel über die Tragödie des Flüchtlingschiffs „Wilhelm Gustloff" beigefügt. Dem Buch „Der Kreis Heiligenbeil" von Emil Johannes Guttzeit wurde der Bericht „Die Hölle von Pörschken" entnommen. Bei diesem Beitrag braucht man zunächst einige Zeit, bis man im Ich-Erzähler den Herausgeber erkennt, der eine Einleitung zum Bericht der Lehrerin Lotte Fleischer aus Pörschken formuliert hat.

Die zuvor noch nicht publizierten fünf Fluchtgeschichten wurden vom Herausgeber teils nach mündlichen Mitteilungen des Erzählers beziehungsweise der Erzählerin verfasst, teils handelt es sich um schriftliche Aufzeichnungen, die Strassegger überarbeitet hat. Besonders hervorzuheben ist das anschauliche und daher umso ergreifendere Schriftzeugnis von Ursula Hirsch aus Noßwitz (seit 1935 Urstetten) nahe der niederschlesischen Kreisstadt Glogau. Die Verfasserin war 1945 15 Jahre alt, als ihre Familie im Februar 1945 den Hof „räumen" musste. Bei minus 35 Grad fuhren sie auf dem Trecker mit Anhänger, kamen aber nur bis zum nahe gelegenen Dorf Buchendamm, wo die Russen sie einholten und ihr Leidensweg begann.

Im Sinne der Leser wäre es zwecks einer besseren Orientierung von Vorteil gewesen, in einem Rahmentext auf die unterschiedliche Quellenlage und insbesondere auf die Entstehung der hier erstmals veröffentlichten Berichte hinzuweisen. Positiv ist zu vermerken, dass der Herausgeber in die Texte Begriffserklärungen in Kursivschrift eingeschaltet hat.

Andere Unzulänglichkeiten dieser Textausgabe seien hier ebenfalls erwähnt. Bei den vom Herausgeber verfassten beziehungsweise von ihm bearbeiteten Beiträgen vermisst man durchweg wissenswerte Begleitinformationen (Stichwort „Ross und Reiter"). Auch muss man sich den Namen des Berichterstatters oder der Berichterstatterin erst „erlesen", da deren Namen weder im Inhaltsverzeichnis genannt werden noch den Texten vorangestellt sind.

In der Geschichte „Die etwas andere Flucht" stellt sich der damals 16-jährige Ich-Erzähler namentlich nicht vor, und es wird auch nichts über seine Herkunft und sein soziales Umfeld bekannt gegeben. In der mit dem Titel „Vorwort" überschriebenen Fluchtgeschichte eines Graudenzers liefert Strassegger eine Erklärung für die Anonymisierung des Verfassers: Sein zum Zeitpunkt der Flucht 13-jähriger Bekannter habe ihn darum gebeten. Hier stößt man auf einen weiteren Mangel der Textausgabe: Aus den Überschriften ergeben sich mitunter keine oder nur unzureichende Hinweise auf den Kapitelinhalt.



Hinzu kommt, dass sich zwei Geschichten über mehrere Kapitel hinziehen, was weder im vorangestellten Inhaltsverzeichnis noch durch den Umbruch (Seitengestaltung) kenntlich gemacht wurde. All dies erschwert den Umgang mit dem im Übrigen dennoch lesenswerten Buch.

Im Klappentext steht vermerkt: „Das Honorar des Herausgebers und der Autoren wird zur Gänze dem Vertriebenen-Verband gespendet." Offen bleibt, welcher Verband hier gemeint ist. *Dagmar Jestrzemski*

Friedrich Strassegger: Flucht und Vertreibung. Erzählungen von Menschen, die im und nach dem Krieg ihre Heimat verlassen mussen, Ech Verlag, Potsdam 2015, Paperback, 138 Seiten, 10,80 Euro

Stadt mit hohem IQ

Zehn Nobelpreisträger wirkten in Breslau – Schlesiens Metropole feiert sich als europäische Kulturhauptstadt 2016

Gemeinsam mit dem spanischen Küstenort San Sebastian ist Breslau in diesem Jahr die europäische Kulturhauptstadt. Die schlesische Hauptstadt, die im Januar auch Austragungsort für die Spiele der deutschen Handball-Nationalmannschaft bei der EM in Polen war, gilt mit ihren 650000 Einwohnern als eine der schönsten Städte des Landes.

Nach dem Krieg wurde Breslau auf Trümmern aufgebaut, die deutsche Bevölkerung komplett gegen eine polnische ausgetauscht. Nichts sollte mehr an die deutsche Vergangenheit erinnern. Doch das ist längst vorbei. Die Einwohner der Odermetropole sind weltoffen, erinnern sich bewusst an die Geschichte. Heute ist Breslau eine Stadt der Begegnung, Kultur hat hier eine hohe Bedeutung. Moderne Theaterbühnen, Klassik- und Jazzfestivals von Weltrang, Museen und Galerien lassen keinen Zweifel daran. Nach ihrem Wiederaufbau präsentiert sich die Altstadt mit Dominsel und Sandinsel in alter Schönheit. Die meisten der außerhalb der Altstadt gelegenen Sehenswürdigkeiten sind von dort aus zu Fuß zu erreichen.

Breslau ist eine Stadt am Wasser mit mehr als 100 Brücken, gebaut auf zwölf Inseln. Die Dampfer der „Weißen Flotte" laden zu Ausflugsfahrten auf Oder, Alter Oder und den Kanälen ein. Als Universitätsstadt mit 40000 Studenten wirkt die 1100 Jahre alte Stadt jugendlich und hat ein quirliges Nachtleben. Viele charmante Bars und Cafés sowie der herrliche Marktplatz Großer Ring mit dem spätgotischen Rathaus als städtischer Mittelpunkt sind einzigartige Attraktionen.

Bis zu seinem Untergang bei Kriegsende 1945 war das alte Breslau, von seinen Bewohnern liebevoll Brassel genannt, die wichtigste Industriestadt im Osten des Deutschen Reichs. Wegen ihrer günstigen Lage an der Ost-West-Route durch Mitteleuropa war die Bischofstadt im Spätmittelalter zu einem der bedeutendsten Handelszentren Europas avanciert, profitierte vom Handel mit dem Osten, vom Bürgerfleiß und von der konfessionellen Versöhnlichkeit in den Jahrhunderten nach der Reformation. Deutscher Kultur, böhmische Lehnshoheit, ab 1526 die Habsburger Monarchie und die Zugehörigkeit zu Preußen seit 1742 bewirkten das oft erwähnte eigentümliche Fluidum, das von ihr ausging. In der Architektur der Altstadt spiegelt sich die wechselvolle Geschichte wider. Es dominieren Gotik (unter anderem Dom, Kreuzkirche und Rathaus), Renaissance (Bürgerhäuser) und Barock (Universitätsgebäude, Kurfürstenkapelle). Zehn Nobelpreisträger wirkten an der Breslauer Universität oder wurden hier geboren, darunter Theodor Mommsen (1902), Paul Ehrlich (1910) und Gerhart Hauptmann (1912). Vor 200 Jahren wurde hier auch der Maler Adolph Menzel geboren, der mit seinen Historienbildern Friedrichs des Großen berühmt wurde.



Bild: Tanja Winter

Nächtlicher Lichterglanz zur Eröffnung der Kulturhauptstadt

Um Breslau zu erkunden, empfiehlt sich ein Aufenthalt von drei bis vier Tagen. Es ist ratsam, bei Bedarf eine Stadtführung im Voraus zu buchen. Die erste Besichtigungstour sollte auf dem Großen Ring starten, dem nach Krakau zweitgrößten Marktplatz Polens. Er entstand 1241 als städtischer Mittelpunkt und bildet mit den beiden diagonal anschließenden Plätzen Salzmarkt und den Kirchenplatz mit der Elisabethkirche den Kern der Altstadt. Die farbenfroh aufpolierten Bürgerhäuser am Platz repräsentieren verschiedene Epochen und Baustile.

Am Rynek gibt es Gastronomie aller Art. Zu dem Gebäudekomplex im Zentrum gehört das prachtvolle spätgotische Alte Rathaus, eines der Wahrzeichen Breslaus und städtisches Museum. Es zählt zu den größten und schönsten profanen Backsteinbauten des Mittelalters. Seine endgültige Gestalt erhielt es in Breslaus Blütezeit um 1500, der 66 Meter hohe Uhrturm entstand Mitte des 16. Jahrhunderts. Im Prunksaal (Remter) des Obergeschosses feierte das reiche Bürgertum rauschende Feste. An der Südseite hält noch immer der Schweidnitzer Keller seine Tore offen. Der große Ratskeller wird seit 1273 fast ununterbrochen bewirtschaftet. In Breslau gab es das Sprichwort: Wer nicht im Schweidnitzer war, ist nicht in Breslau gewesen!

Vom Ring zweigen elf Straßen ab, davon die Schweidnitzer Straße in südliche Richtung. Sie geht auf die mittelalterliche Stadtgründung zurück und gehört zum orthogonalen Straßenraster der Altstadt. Einige Großbauten der Jahre um 1900 wie das ehemalige Warenhaus Martin Schneider, heute Podsole, sind Überbleibsel der zahlreichen eleganten Geschäfte an der „Schwo", die auch heute noch die wichtigste Verkehrsader im jetzt modernen Stadtzentrum ist.

Auf dem Promenadenweg im Parkgürtel entlang dem Festungsgraben kann man die Altstadt zu Fuß umrunden oder auch den Weg beim Universitätsgebäude der Leopoldina an der Oder verlassen. Ihren Namen erhielt die Universität nach ihrem Stifter Kaiser Leopold I. Die dem Fluss zugewandte Nordseite des Baus hat eine schlichte Fassade, während die stadteinwärts gerichtete Südseite mit barocker Pracht geschmückt ist. Die Aula Leopoldina ist einer der schönsten Barocksäle des Landes. Im Hof steht der bronzene Fechterbrunnen Hugo Lederers.

Als Kontrast empfiehlt sich ein Bummel auf der stillen, abends mit Gaslaternen beleuchteten Dominsel mit der Johanniskathedrale. Hier befindet sich die historische Keimzelle von Breslau. Nicht weit entfernt auf der rechten Oderseite liegt der großartige Botanische Garten. Nach der Zerstörung durch den Krieg wurde er sorgfältig rekonstruiert. Weiter östlich beim Zoo befindet sich die Jahrhunderthalle, ein Unesco-Weltkulturerbe. Errichtet wurde der weltgrößte Kuppelbau aus Stahlbeton als Ausstellungs- und Festhalle 1913 zur Hundertjahrfeier der Befreiung von der napoleonischen Herrschaft.



Bild: Scholtz-Knobloch

Kultur-Countdown vorm Alten Rathaus

Breslau, die einstige „Blume Europas", ist längst kein touristischer Geheimtipp mehr. Anders als in einigen wenigen überlaufenen Touristenhochburgen hat man hier noch die Gelegenheit, in den Kirchen, Klöstern, Bürgerhäusern, Palästen und Museen in Ruhe zu verweilen, ohne durch das Gedränge von Besuchermassen gestört zu werden. Allerdings ist ab dem Frühjahr wegen des riesigen Kulturangebots mit steil ansteigenden Besucherzahlen zu rechnen. *Dagmar Jestrzemski*

Tiroler Eskimo-Dorf

Kühles Erlebnis – In Kühtai kann man Nächte in Iglus verbringen

Diese „Hotels" gibt es nur im Winter. Sobald genug Schnee liegt, lässt Philipp Walschebauer im Tiroler Skiort Kühtai sein Iglu-Dorf errichten. Nur ein paar Schneeballwürfe von Innsbruck entfernt, begrüßt er dann seine Gäste auf über 2000 Metern Höhe in einem eisigen Empfangsraum, der unter Tonnen von Schnee liegt.

Sein „Iglu Village" – das sind bis zu zwölf Schneeswiten sowie ein großer Empfangs- und Partyraum. Die kühlen Herbergen bestehen aus rund 12000 Kubikmetern Schnee, vergleichbar der Menge, die mit einer mittelprächtigen Lawine zu Tal geht.

Der Aufbau dieses weißen Dorfes ist eine logistische Herausforderung. Bis das „Iglu Village" seine ersten Gäste beherbergen kann, muss alljährlich viel Schnee bewegt, gefräst und aufgeschichtet werden. Danach kann der Eiszauber unter meterdicken eisigen Wänden und Decken losgehen.

Doch bevor der Schnee ins Spiel kommt, werden zunächst mächtige Ballons an den Plätzen aufgeblasen und fixiert, an denen die 14 Iglus des „Iglu Village" entstehen sollen. Dann gilt es, die Ballons gezielt einschneien zu lassen, als Grundformen der Iglus.

Das weiße Baumaterial wird mit Pistenbullys und Fräsen, unterstützt von Schneekanonen, aufgeschüttet und auf die Ballons geblasen. Erforderlich sind allein für das Party-Iglu 1500 Kubikmeter Schnee.

Sind die Grundformen erstellt, muss sich der Schnee „setzen", um dicht und stabil zu werden. An der Iglu-Spitze, die zugleich die Decke der Innenräume bildet, muss die Schneedecke mindestens einen Meter dick sein. Die Wände dagegen sind in aller Regel bis zu vier Meter mächtig.



Schneehöhlen: Das weiße Iglu-Dorf

Bild: Iglu Village

Ist der Schnee vereist und damit fest genug, wird die weiße Pracht geöffnet. Mit Kettensägen und Fräsen arbeiten sich Walschebauers „Schneemänner" zu den Ventilen der Ballons vor. Die Ventile müssen geöffnet und die Ballons aus den Iglu-Kuppeln entfernt werden. Schließlich sollen die Gäste in einer Traumwelt aus Eis und Schnee und nicht in einer Gummiblase das Leben in der exklusiven Gastlichkeit genießen.

Sind die Ballons beseitigt, gehen die „Shaper" (Former, Gestalter) an die Arbeit. Auch mit Hilfe von Kettensägen richten sie die Iglus ein mit Eisskulpturen, dekorativen Mustern, Nischen und „Möbeln" wie Tischen, Stühlen, Bänken und Betten. So schaffen sie die kühle Wohnlichkeit, die das Iglu-Dorf in Kühtai zum kultigen Mittelpunkt für Ski-, Spaß- und Partyfreunde gemacht hat.

Parallel dazu werden Lichter installiert, die im Inneren fantastisch in den Schneekristallen funkeln. Jetzt kann es draußen schneien, so viel es will. Die Iglus halten die Schneelast locker aus. Und Türen halten die Winterstürme davon ab einzudringen. Wenn es wie jetzt etwa minus zehn Grad draußen hat, empfinden die Gäste die konstant bei null Grad liegenden Raumtemperaturen als angenehm warm. Frieren muss wirklich keiner. In den Suiten liegen ultramoderne Schlafsäcke aus, die viel niedrigere Temperaturen aushalten. Außerhalb der Iglus gibt es außerdem beheizte Sanitäranlagen. Bis zum 8. April kann man ab 119 Euro pro Nacht die Zeit noch wie ein Eskimo in Iglu verbringen. Danach schmilzt das Dorf einfach in sich zusammen. *tws*

Kontakt unter Telefon (0043) 6764773961, www.iglu-village.at

Der große, bunte Leichtsinn

Karneval in »The Big Easy« – New Orleans lädt zum Mardi Gras

Offiziell hat der Karneval in Louisiana schon am 6. Januar begonnen. Da verschwand die Weihnachtsdekoration zugunsten der Farben Grün, Gold und Lila, und die Weihnachtskekse wurden durch den „King Cake", den Dreikönigskuchen, ersetzt. Doch wer die spektakulären Paraden zum Mardi Gras, dem „fetten (Faschings-) Dienstag", erleben will, der sollte am verlängerten Wochenende vom 5. bis 9. Februar in New Orleans sein.

Mardi Gras ist Louisiana pur: Lebensfreude, farbenfroh und Rhythmus an jeder Ecke. Ein wichtiger Bestandteil des Mardi Gras in Louisianas Städten und besonders in New Orleans sind die Paraden mit den festlich geschmückten Wagen und den aufwändigen Motiven. Die Paraden werden von sogenannten Krewes organisiert, von denen es zahlreiche in Louisiana gibt. Die drei größten der Krewes, die unseren Karnevalsvereinen ähneln, werden auch als „Super Krewes" bezeichnet. Jedes Jahr aufs Neue überbieten sich die „Orpheus", „Bacchus" und „Endymion Krewes" an Farbenpracht und Ideenreichtum.

Ein besonderer Höhepunkt in jedem Jahr sind die berühmten Gäste, die als Mardi-Gras-König oder -Königin auf einem der „Floats" genannten Paradewagen mitfahren. Stars wie die Sängerin Britney Spears, Wrestler Hulk Hogan, „Batman"-Darsteller Michael Keaton oder Hollywood-Beau Kevin Costner hielten auf den Floats der Super-Krewes schon das Zepter des Mardi-Gras-Königs in der Hand. Besonders für Endymion, die dieses Jahr ihr 50. Jubiläum feiern, ist die Parade im Februar und die anschließende Mega-Party „Extravaganza", die im Mercedes-Benz Superdome stattfindet, ein ganz besonderes Ereignis.



Paradewagen in den Mardi-Gras-Farben

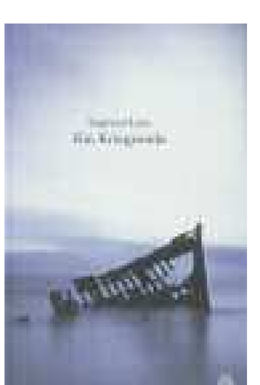
Bild: NOCVB

Endymion hat bereits die Star-Gäste bekannt gegeben: Steven Tyler von der Rock-Band Aerosmith und der US-Sänger Pitbull werden dabei sein und den Besuchern der „Extravaganza" nach der Parade so richtig einheizen.

Die Parade von Endymion, die am 6. Februar durch die Straßen von New Orleans rollt, zeigt dabei Motive aus den vergangenen 50 Jahren bis hin zu den Anfängen der Krewe. Dafür wurden die Wagen kräftig auf Vordermann gebracht mit neuer Beleuchtung, Technik und mehr. Endymion hat außerdem den weltweit größten Paradewagen mit neun Sektionen und Platz für insgesamt 260 Personen. Rund 2800 maskierte Narren werden bei der Endymion-Parade mitfahren und -laufen und den unzähligen Zuschauern am Straßenrand die typischen bunten Mardi-Gras-Perlen zuwerfen.

Karneval-Begeisterte, die am Mardi Gras leider nicht teilnehmen können, sollten einen Besuch in der Mardi-Gras-World im Zentrum von New Orleans einplanen. Neben Hintergrundinformationen zur eindrucksvollen Geschichte und den Traditionen dieser besonderen Feierlichkeiten haben Besucher hier auch die Möglichkeit, sich die prächtigen Wagen aus der Nähe anzuschauen. Auch bei der Fahrt mit dem roten Doppeldeckerbus während einer Stadttour ist ein Stopp bei der Mardi-Gras-World eingebunden. Und wem das doch nicht ausreicht: Der nächste Mardi Gras kommt bestimmt! *tws*

Reisetipps finden sich unter den deutschsprachigen Internetportalen www.louisianatravel.de und www.neworleans.de



Dilemma und Tragik

»Wahnsinn« vor Kriegsende

Die Ereignisse, welche in der Novelle „Ein Kriegsende“ von Siegfried Lenz erzählt werden, sind kaum anders als tragisch zu bezeichnen. Der Kommandant eines Minensuchbootes erhält in den letzten Kriegstagen Befehl, über die Ostsee nach Libau, Lettland, zu fahren, um Verwundete nach Kiel zu bringen. Der Steuermann äußert starke Bedenken. Es sei es angesichts der militärischen Lage kaum möglich, das Ziel zu erreichen, das Ganze somit einem „Himmelfahrtskommando“ gleichkomme. Als per Funkspruch dann auch noch die Kapitulation durch Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg bekannt wird und da die übrigen Besatzungsmitglieder ohnehin wenig gewillt sind, den Weg in Richtung Osten fortzusetzen, erklärt der Steuermann den Kapitän kurzerhand für abgesetzt und lässt umkehren, um die Mannschaft zu retten. Der Kapitän war einerseits gewillt, den Befehl auszuführen, ist sich aber andererseits offenbar der Chancenlosigkeit des Unternehmens bewusst und lässt es geschehen.

Die Meuterer werden nach der Rückkehr vor ein Kriegsgericht gestellt. Die deutsche Marinegerichtsbarkeit war auch nach Ende des Krieges hier zunächst weiter zuständig. Die Meuterei wiegt schwerer als jedwede andere Erwägung. Für den Kapitän, gegen den sich der Aufstand richtete, steht die Verbundenheit mit der Mannschaft selbst in dieser Situation nicht in Frage. Die Todesurteile gegen den Steuermann und einen weiteren Meuterer bezeichnet er fassungslos als „Wahnsinn“. Kurz vor Ende der Geschichte keimt noch einmal Hoffnung auf, gerade angesichts der veränderten politischen Situation sei mit einer Begnadigung zu rechnen – vergeblich.

Dem Urteil „Wahnsinn“ kann sich der Leser dieser eindrücklichen Geschichte vorbehaltlos anschließen. Der 1926 im ostpreußischen Lyck geborene und im Oktober 2014 verstorbene Träger des Goethepreises und des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, war selbst noch dem Notabitur noch zur Kriegsmarine einberufen worden. Er schrieb den wiederholt aufgelegten Text im Jahr 1983. Vergegenwärtigt wird am Beispiel dieser verfahrenen Angelegenheit, wie wenig leicht man es sich machen sollte, vorschnell über Verhalten und Entscheidungswege in Konstellationen zu urteilen, die heute den meisten, wenn überhaupt, so nur vom Erzählen bekannt sind. Die Sichtweise des Kapitäns, der nicht blind einem sinnlosen Befehl folgt, sondern auch die Notsituation derer, zu deren Bergung er befohlen ist, vor Augen hat, gewinnt für den Leser Gewicht. Die Meisterschaft Lenz’, besteht darin, die Zweifel klar zum Ausdruck zu bringen, ohne sie explizit oder gar lehrerhaft zu benennen und so die Wirkung zu schmälern.

Verlag vermarktet Autorennamen

Der Verlag präsentiert die Novelle in einer optisch ansprechend gestalteten, leinengebunden Reihe, in der mehrere Werke Lenz’ neu herausgebracht werden. Im Anhang finden sich biografische Daten und eine Liste der Auszeichnungen des Autors, als dessen bekanntestes Werk der Roman „Deutschstunde“ gilt. Eine uneingeschränkte Empfehlung für den käuflichen Erwerb könnte man aussprechen, wenn man nicht den Verdacht hätte, dass dieser Anhang zwingend erforderlich war, um eine äußerst gehaltvolle, aber doch nicht allzu umfangreiche Erzählung gerade so in ein Format zu bringen, welches die Bezeichnung „Buch“ verdient, und so aus einem bekannten Autorennamen Kapital zu schlagen. Der mehr als stolze Preis trägt nicht dazu bei, diese Vermutungen abzuschwächen. *Erik Lommatzsch*

***Siegfried Lenz: „Ein Kriegsende“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, gebunden, 76 Seiten, 14 Euro*



Leben der Pippi-Mama

Jens Andersen beschreibt Astrid Lindgrens Leben und Werk

Vor mehr als 70 Jahren begann Astrid Lindgrens Karriere als Autorin der beliebten Kinderbücher „Pippi Langstrumpf“, „Michel aus Lönneberga“ oder „Karlsson vom Dach“.

Aus diesem Anlass erschienen mehrere Biografien, darunter die des schwedischen Nordistikers Jens Andersen „Astrid Lindgren. Ihr Leben“. Der 60-jährige Autor studierte über Jahre hinweg öffentliche Quellen über Lindgren. So zeigt sich nicht nur das Bild einer erfolgsverwöhnten und allseits gefeierten Autorin, Jensen deckt auch die Schattenseiten im Leben des Literaturstars auf. Einsamkeit und Trauer prägten ebenso ihr Leben wie Fröhlichkeit und die Bewahrung kindlicher Fantasie.

Lindgren wurde als Autorin schon zu Lebzeiten zu einer Legende. 2002 verstarb sie 94-jährig. Deutschen Lesern dürfte weniger bekannt sein, dass Lindgren sich auch politisch engagierte. Zeit ihres Lebens kämpfte sie für Frieden, Gerechtigkeit und setzte sich für die Rechte von Kindern ein. Inspirationen sowohl für ihr literarisches Wirken als auch für ihre politische Haltung zog sie aus dem Leben. Ihre Kinderbücher tragen biografische Züge ihrer behüteten Kindheit im ländlichen Vimmerby, wo sie als Zweitälteste des Pfarrhofpächters Samuel August Ericsson und dessen Frau Hanna aufwuchs. Inspiration erhielt sie aber auch von A.S. Neills Freiheitspädagogik, die in den 30er Jahren in Schweden diskutiert wurde, sowie aus Märchen, Mythen und Legenden der Literaturgeschichte wie E.T.A. Hoffmann oder Lewis Carroll. Aber auch von Comicfiguren wie Superman, der Anfang der 40er Jahre nach Schweden kam.

Späte Abrechnung mit den Sozis

Die Schattenseiten des Lebens lernte sie kennen, als sie sich von ihrem verheirateten Chef Blomberg, in dessen Zeitungsredaktion sie Volontärin war, schwängern ließ. Da ein uneheliches Kind in den 20er Jahren als Schande galt, zog Astrid ihren Eltern zuliebe nach Stockholm um. Ihr Kind brachte sie heimlich zur Welt. Ihren Sohn Lars gab sie in Dänemark zur Pflege und besuchte die Familie, so oft es Zeit und Mittel zuließen. Erst als sie 1931 den Büroleiter des schwedischen Automobilclubs K.A.K„ Sture Lindgren, heiratete, konnte sie ihren Sohn zu sich holen. Alles wurde gut, doch was blieb, waren die Schuldgefühle. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch Astrids Leben und finden Niederschlag in ihren Werken.

So ist auch zu erklären, dass sie sich neben der Gleichberechtigung der Frau insbesondere für die von Kindern einsetzte. Ihre eigenen Kinder durften sich an einer Mutter erfreuen, die mit veralteten Regeln und Konventionen brach.

Gesellschaftlich stieß Lindgren damit auf Widerstand und löste heftige Diskussionen aus. Sie hat das 20. Jahrhundert miterlebt und mitgeprägt, sie wurde zu einer bewundernswerten Ikone des Jahrhunderts der Gleichberechtigung.

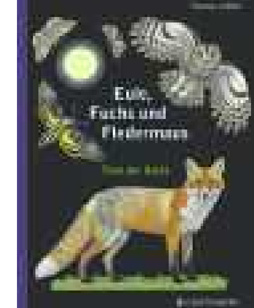
Aufschluss über ihr bewegtes Leben geben Notizen in ihren Haushaltsbüchern, denn Astrid Lindgren füllte 19 Tagebücher, die sie 20 Jahre lang schrieb. Es ist eine Sammlung von Zeitungsausschnitten, Kopien zensierter Briefe, Lebensmittelmarken und illegalen Flugblättern ergänzt mit handgeschriebenen Kommentaren, auf die Biografie-Autoren zurückgreifen können, um einen Einblick in Lindgrens Seelenleben zu bekommen. Auch Kommentare zum Zweiten Weltkrieg und den daran Beteiligten. Psychologische Machtanalysen, mit denen sie versuchte, hinter die eisernen Mas-ken von Hitler, Stalin und Mussolini zu blicken, sind erhalten.

Lindgren verstand es als eine der ersten schwedischen Autorinnen, wie wichtig der natürliche Umgang mit modernen Medien ist. Sie schrieb Radio- und Filmmanuskripte, die zu literarischen Bestsellern umgearbeitet wurden. Sie nahm am „Tag des Buches“ teil, las aus ihren Werken, mischte sich unter ihr junges Publikum, und auch bei der Verfilmung ihrer Bücher wirkte sie mit.

Nach dem Tod ihres Mannes kam es zu einem Wendepunkt im Leben der berühmten Autorin. In der Sammlung ihrer Stenoblöcke ließen sich immer mehr politische Texte finden. Art und Umfang der Texte dokumentieren, dass Lindgrens gesellschaftspolitisches Engagement in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ihr Leben bestimmte. War sie anfangs noch sozialdemokratisch, so rechnete sie wegen der Finanzpolitik der Regierung mit den „sozialdemokratischen Bonzen“ ab. Lindgren sah sich mehr als Demokratin denn als Anhängerin der Sozialdemokratie. „Sozialismus bis zum letzten Buchstaben durchdekliniert, setzt Diktatur voraus, und ich mache mir nichts aus Diktatur.“ In ihren späten Jahren engagierte Lindgren sich sowohl für den Umwelt- als auch für den Tierschutz.

Lange Zitat-Passagen im Buch stören zuweilen den Lesefluss. Dennoch sind die Zitate gut gewählt. Sie geben einen authentischen Einblick in Leben und Denken einer großen Autorin. Insgesamt ist es auch aufgrund der zahlreichen Fotos ein sehr lesenswertes Buch. *M. Rosenthal-Kappi*

***Jens Andersen: „Astrid Lindgren. Ihr Leben“.** Deutsche Verlags-Anstalt, 448 Seiten, gebunden, 26,99 Euro*



Nachts, wenn alles still ist

Illustriertes Buch beschreibt, was in der Tierwelt passiert, wenn wir schlafen

Gleich zu Beginn des neuen Jahres hat der Gerstenberg Verlag ein ganz besonders schönes Buch für Kinder ab dem Vorschulalter herausgebracht. Welche Tiere stehen eigentlich auf, wenn alle anderen sich zur Ruhe begeben? Thomas Müller, Illustrator aus Leipzig, der schon über 30 Kinderbücher mit wunderschönen Bildern versehen hat, zeigt es uns.

Das Buch „Eule, Fuchs und Fledermaus. Tiere der Nacht“ beginnt in der Abenddämmerung. Die Amseln zwitschern ihr letztes Lied, Insekten verstummen. Säugetiere, die die Sonne lieben, verkriechen sich in ihre Höhlen und Baue. Aber dann, wenn alles still ist, geistern seltsame Lebewesen durch die Nacht. Sie stehen auf und werden munter, wenn wir schon schlafen. Auf schwarzem Untergrund bringt Thomas Müller leuchtendes Nachtleben wirkungsvoll zur Geltung. Da schwirrt es und flattert, da jault es und grunzt. Wie viele Tiere des Nachts durch die Landschaft pilgern auf der Suche nach Nahrung, ist vielen unbekannt. Koboldartige Eulen, wieselnde Hermeline, der selten zu sehende Wachtelkönig stößt seine knarrenden Rufe in die Dunkelheit. Und wer kennt schon den Ziegenmelker? Ein ganz besonders gut getarnter Vogel, den man tagsüber nicht von einem Ast unterscheiden kann. Auch tummelt sich Meister Reineke am liebsten nachts in den Gärten und Wäldern. Sein Trittsiegel ist dem eines Wolfes ziemlich ähnlich. Der Illustrator hat zu vielen Tieren gleich den Pfoten-Abdruck dazugemalt. So kann man das nächste Mal in der Natur gleich auf Spurensuche gehen. Biber nagen liebend gerne bei Dunkelheit an Baumrinden, um die gefällten Stämme dann für ihren Bau zu verwenden. Wenn der Ruf der Eulen langsam verhallt, die Gesänge der Nachtigallen verstummen, wird es Morgen. Das Buch endet, wenn alle Nachttiere sich zur Ruhe begeben. Nun erfährt man noch, wann es günstig ist, die Nachttiere zu beobachten. Am Schluss gibt es Tipps über die Aktivitätsphasen von zehn Tieren während einer Sommernacht.

Ob es um die Echo-Ortung der Fledermäuse geht oder die Frage, warum Katzen in der Nacht so gut sehen können, um das lustige Treiben der Waschbären oder das Heulen der wieder angesiedelten Wölfe. Dieses Kinderbuch ist, gerade auch wegen der prächtigen Bilder eine Bereicherung für jeden Bücherschrank. Auch Erwachsene können noch daraus lernen und werden ihre Freude an der Gestaltung haben. *Silvia Friedrich*

***Thomas Müller: „Eule, Fuchs und Fledermaus. Tiere der Nacht“.** Gerstenberg Verlag, 64 Seiten, gebunden, farbig illustriert, 16,95 Euro*

Die »Linke« als »Rache aus gekränkter Eitelkeit«

Redakteur Albrecht von Lucke schreibt sich seinen Frust über die Entwicklung der deutschen Gegenwart von der Seele

Albrecht von Lucke, geboren 1967, Redakteur bei der Fachzeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (Berlin), hat sich seinen aufgestauten Groll über die deutsche Gegenwart von der Seele geschrieben: Keine politische Alternative zur „schwarzen“ Kanzlerin, die dank der „geschichtlich beispiellosen Schwäche der deutschen Linken“ wohl „ewig“ amtieren werde. „Linke“ nenne sich „durchaus anmaßend“ eine Partei, die unter diesem Etikettenschwindel „Fundamentalopposition“ betreibe und zur Unterscheidung vom restlichen „links der Mitte gelegenen parteipolitischen Spektrum“ besser „Linkspartei“ zu nennen sei. Die Grünen zählt der Autor zur „Adenauerschen Linken“, „spätestens mit dem Historikerstreit“, wie immer das zu verstehen sein mag. Generell sieht er düster: „Für die Zukunft unserer Demokratie ist dieser Niedergang der deutschen Linken verheerend“, wobei nicht klar wird, was und wo die „Linke“ ist, die so inflationär apostrophiert wird. Zu vergessen sei die SPD, „chancenlos“ wie weiland unter Ollenhauer, also in den 1950er Jahren, derzeit „festgefroren“ bei 25 Prozent und unschlüssig, ob sie als „Verliererpartei“ bei den Wahlen 2017 mit eigenem Kanzlerkandidaten auftreten solle.

Den Autor schmerzt die „fundamentale Entsolidarisierung“ von „SPD und Linkspartei“, die er stets denselben Verursachern anlastet.

Besondere Abneigung hegt er gegen die beiden Ex-Vorsitzenden der SPD Schröder und Lafontaine, die „die deutsche Linke ruinierten“. Schröder ist ihm der „doppelte Geburtshelfer“ von Linkspartei und Merkel, Betreiber der „Entsozialdemokratisierung“ der SPD und als „Putin-Lobbyist und -Gehaltsempfänger“ bemüht, Putin gefällig zu sein“. Er habe mit Hartz IV die sozial Schwachen, 20 Prozent der Bevölkerung, „der Linkspartei überlassen“, also zuerst Lafontaine und dessen Streben nach „Rache aus gekränkter Eitelkeit“. Mit dem habe das „Auslaufmodell“ PDS einen Neuanfang als „ostdeutsche Volkspartei mit Alleinvertretungsanspruch“ und dem „Willen zur bundesweit agierenden Linkspartei“ gestartet.

Schröder und Lafontaine befeuerten Niedergang der SPD

Seit 2014 ist Lafontaine in vierter Ehe mit Sahra Wagenknecht verheiratet, Chefin der „Kommunistischen Plattform“ in der „Linkspartei“, „Apologetin der Stalin-Ära“, DDR-Propagandistin wie Karl-Eduard v. Schnitzler. Mit diesem Duo nimmt Luckes Buch eine surreale Schlagseite an. Lafontaine und die SPD spiegelte den „Bruderkrieg der deutschen Linken“, die „alte Tragödie“, den „Konflikt zwischen SPD und KPD“ wider. Welche Tragödie, welcher Konflikt ist gemeint?

Die Kommunisten hätten auf Stalins Befehl die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ verteufelt, SPD-Lichtgestalt Kurt Schumacher habe die Kommunisten „rotlackierte Nazis“ genannt, die Nachfolger von der SED könnten keine Demokraten sein, denn „die SED löste sich nicht auf, sondern sie benannte sich bloß um“. Alles Formulierungen Luckes, der die Antwort schuldig bleibt, wie vor solchem Hintergrund eine „Wiedervereinigung der gespalteten Linken“ erfolgen soll, falls sie denn überhaupt möglich und wünschbar ist. Oder driftet die „Linke“ nach Rechtsaußen ab, „wenn Oskar Lafontaine in klassischer NS-Diktion die anderen Parteien als Systemparteien denunziert“? Und wie kann eine „eigenständige politische Identität Europas“ entstehen, wenn die „europäische Linke“ zwischen „europäischer Solidarität“ und „nationalem Egoismus“ uneins ist? Dass es diese „Solidarität“ nicht gibt, erfährt Deutschland derzeit zur Genüge. Und der böse „Egoismus“ ist nur eine „linke“ Verkennung von marktwirtschaftlicher Effizienz im Kontrast zu Bilanzfälschung und Etatbetrug, wie sie zum Beispiel die Athener Linke „Syriza“ gegenüber dem „entfesselten Kapitalismus“ der EU praktiziert. *Wolf Oschlies*

***Albrecht von Lucke: „Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken“**, Droemer Verlag, München 2015, Hardcover, 232 Seiten, 18 Euro*

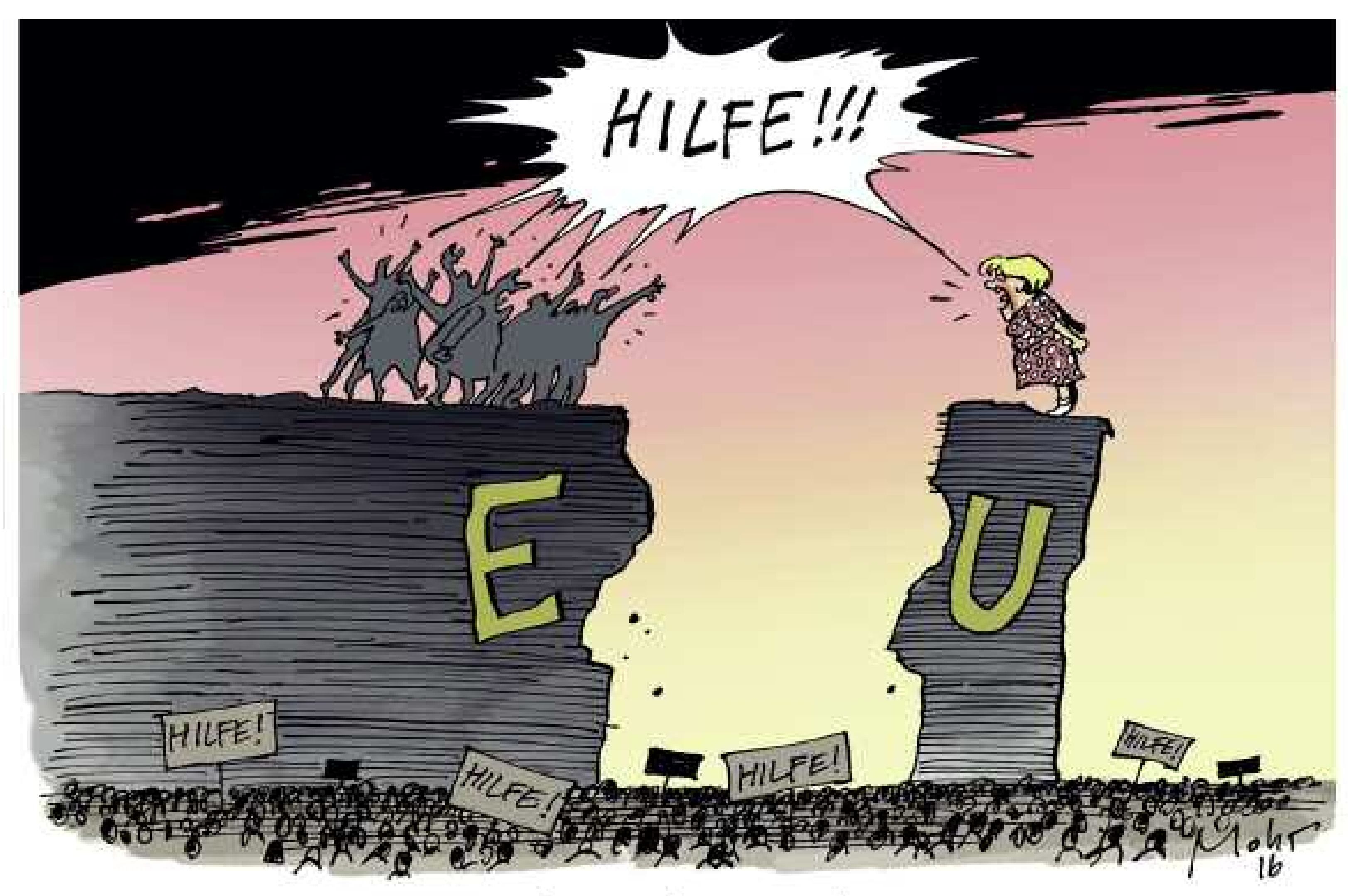
MELDUNGEN

Schweinefleisch obligatorisch

Kopenhagen – Die jütländische Gemeinde Randers schreibt auf Betreiben der Dänischen Volkspartei ihren Kitas künftig vor, auch Schweinefleisch auf den Speiseplan zu setzen. Schweinefleisch zu streichen sei missverstandene Rücksichtnahme auf Muslime, so ein Sprecher der Partei. Es könne nicht sein, dass Teile der dänischen Esskultur nicht willkommen seien. Laut „shz.de“ gilt die Initiative auch für Kindergärten und kommunale Schulen. *H.H.*

»Wie im wilden Westen«

Düsseldorf – Der eben aus dem Amt geschiedene Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn warnt, weitere massenhafte Zuwanderung werde Deutschland in eine „Wildwestgesellschaft“ verwandeln. In der „Wirtschaftswoche“ schreibt er, offene Grenzen bedeuteten, dass der Staat öffentliches wie bald auch privates Eigentum nicht mehr schütze. So wachse die Gefahr von Raubzügen. *H.H.*



Ruf doch mal an!

Die eigenen Früchte

Warum die Essener Sozis nicht demonstrieren dürfen, wer sich den eigenen Tod wünscht, und wie sich Linke manchmal winden müssen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das ist gerade noch mal gutgegangen. Drei Essener SPD-Ortsvereine wollten auf die Straße gehen, um gegen die Überlastung ihrer Stadtteile durch die Asyllawine zu demonstrieren. Unter dem Motto „Genug ist genug, Integration hat Grenzen, der Norden (von Essen) ist voll“ riefen die SPD-Gliederungen in drei einstigen Arbeitervierteln am Freitag vergangener Woche sogar zu Sitzblockaden auf.

Da brach Panik aus in der Parteispitze. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) schickte sogar den Generalsekretär der Landes-SPD, André Stinka, nach Essen, um den Genossen den Kopf zu waschen.

Das musste der aber gar nicht mehr. Schon am Sonnabend sagten die Essener Sozis ihre Aktion ab. Warum? Weil sie von allen (linken) Seiten unter Feuer genommen worden waren. Schlimmer noch sei es zudem gewesen, dass „Rechte“ auf das Thema gesprungen seien.

Komisch! Eigentlich sind die Leute doch in die etablierten Parteien eingetreten, um mehr als ein Normalbürger am politischen Leben teilnehmen zu können. Während der gewöhnliche, parteilose Wähler nur alle paar Jahre mal an die Urne gebeten wird, ist man als Parteimitglied ununterbrochen dabei bei der politischen Willensbildung, so lautet das Versprechen bei der Mitgliederwerbung von Union, SPD und Co. Da hätte man mehr Einfluss auf das Geschehen, finde Gehör, könne seine Anliegen sehr wirkungsvoll anbringen.

Nun sehen wir: alles kalter Kaffee, eher das Gegenteil scheint zuzutreffen. In Essen nämlich hat sich die Mitgliedschaft in einer etablierten Partei als ein Instrument entpuppt, mit dem die Mächtigen ihre politisch interessierten und engagierten Bürger bloß besser disziplinieren können.

So bleibt die Demo-Szene im gegenwärtigen Deutschland eine ganz eigentümliche Erscheinung. Da gibt es die, auch gewalttätigen, Linksextremen von der „Antifa“, die über etliche Kanäle mit Steuergeld gemästet werden und dafür die Anliegen der Staatsmacht auch gern mal mit Faust und Knüppel durchsetzen. Deren Opfer sind meist bürgerliche Demonstranten von der AfD, Abtreibungskritiker, Pegida-Anhänger oder Ähnliches. Dann gibt es Demos aus dem Hooligan-Milieu oder der „Türsteher-Szene“, die allerdings beim geringsten Anlass schnell von den Wasserwerfern der Polizei weggespült werden und daher nicht lange dauern.

Schließlich sind da noch die staatlich veranstalteten „Unsere Stadt bleibt bunt“-Kundgebungen. Deren Kern bilden abgeordnete Schulklassen, Partei- und Gewerkschaftsjugendtrupps sowie Bedienstete von Staat, Kirchen und Gewerkschaften, denen ihr Arbeitgeber „empfohlen“ hat, teilzunehmen.

> Mitglied einer etablierten Partei ist man, damit sie einen besser disziplinieren können

Das war's. Und wo sind all die anderen Bürger? Nun, die Anhänger der großen Parteien haben sich von der Straße verbannen lassen durch das ununterbrochen hämmernde „Kampf gegen Rechts“-Gedröhn der Mächtigen und ihrer Medien. Das dient nämlich nicht vorrangig dazu, die NPD zu bezwingen. Zweck ist vielmehr, die normalen Bürger auf Spur zu halten, wie in Essen meisterhaft vorgeführt.

Seit die faktische Nachrichtensperre löchrig geworden ist, verfolgen uns jede Woche neue Meldungen über Verbrechen in und um Asyllager sowie sexuelle Übergriffe vonseiten sogenannter Flüchtlinge. In München wurde eine 18-Jährige von einem „Hamet“ sexuell missbraucht, nachdem sie den Mann mutmaßlich türkischer oder irakischer Herkunft zuvor in einem Klub kennengelernt hatte.

Die „Antifa“ würde vielleicht sagen: Da hat das Mädel noch mal Glück gehabt. Auf „Facebook“ kursiert das Bild einer jungen Frau, die vor sich ein Pappschild mit der Losung „Will trade racists for rapists“ in die Kamera hält, auf Deutsch: „Möchte Rassisten gegen Vergewaltiger tauschen.“ Darunter das „Antifa“-Logo und der Namenszug „Rote Antifa-Front RAF“.

Das Bild ist hoffentlich eine geschmacklose Fälschung. Es scheint jedenfalls „bearbeitet“ worden zu sein. Wäre es echt, hieße dies: Die 18-jährige Münchenerin hätte es viel schlimmer erwischen können. Statt von „Hamet“ missbraucht zu werden, hätte ihr im Klub auch ein (scheinbar!) netter junger Mann ein Glas Sekt ausgeben können, der für Grenzkontrollen eintritt und sich damit nach „Antifa“-Diktion zweifelsfrei als „Rassist“ entlarvt!

Doch wie gesagt, irgendwie müffelt das „Facebook“-Ding nach Provokation. Andererseits: Es ist uns schon so viel Unglaubliches begegnet, dass wir mittlerweile alles für möglich halten. Deutsche, die „Bomber-Harris, do it again“ oder „Deutschland verrecke!“ brüllen, gehören zum Straßenbild. Damit fordern sie letztlich den eigenen Tod ein. Deutschland ist schließlich nur Deutschland, weil die Deutschen darin wohnen. Wer es zum „Verrecken“ bringen will, der meint damit nicht den Tod von Feldern und Wäldern, sondern den der deutschen Menschen, im Falle eines Deutschen inklusive des eigenen.

Wie weit sich diese Leute über den Rand simpelster Vernunft hinausbewegt haben, erhellt ein Blick auf die Natur. Vom niederen Schleimpilz bis zum hochentwickelten Säugetier ist jeder Organismus darauf gepolt, seine eigene Existenz zu sichern und die seiner Art oder Gruppe. Der Patriotismus stellt bloß eine aktuelle, den Menschen eigene Fortschreibung dieses natürlichen Impulses dar. Wobei wir mittlerweile gelernt haben, dass man diesen Impuls auch im Zaum halten muss, damit er nicht zum Völkerhass umkippt wie guter Wein zu saurem Essig.

Wer indes als Deutscher den Schlachtruf „Deutschland verrecke“ ausstößt, bei dem steht alles auf dem Kopf. Bei dem sind die grundlegendsten Regungen in ihr Gegenteil verkehrt. Da erscheint am Ende vielleicht sogar das Vergewaltigtwerden als begrüßenswerte Alternative zum bloßen Vorhandensein von „falsch gesinnten“ Landsleuten.

Kopfstehen können allerdings nicht bloß die Krakeeler von der „Antifa“. Sie haben es alle gehört: Bundesjustizminister Heiko Maas hat „nach Köln“ versprochen, hart durchzugreifen. Und was hat er vor? Er will als Reaktion auf die Silvester-Exzesse den „Kampf gegen Rechts“ massiv ausweiten. Neue Stellen sollen in der „Antifa“-Industrie geschaffen werden und etliche zusätzliche Millionen fließen.

Wobei – ach nein, wir tun ihm vermutlich Unrecht, wenn wir den Minister in eine Reihe stellen mit den verdrehten Schreihälsen. Denn im Grunde handelt Maas gut überlegt. „Köln“ hat der etablierten Politik das Gewand der Vertuschung entrissen. Nun müssen all diejenigen mit noch mehr Macht verscheucht werden, die sich anschicken, das Licht anzuknipsen. Damit niemand sehen kann, wie fürchterlich Maas und die Seinen versagt haben. Denn wie üblich ist der „Kampf gegen Rechts“, den Maas meint, wieder nicht vordringlich gegen echte Neonazis gerichtet, sondern gegen aufmüpfige Bürger aller erdenklichen Sorten, siehe Essen.

Blöderweise interessiert es die Wirklichkeit aber nicht, wenn Politiker sie mit machtvollen Verrenkungen einfach wegzudrücken versuchen. Sie kommt immer wieder durch.

Einige betont linke Musikklubs in Freiburg machen da gerade schmerzhafte Zeiten durch. Asylbewerber gingen dort offenbar massiert auf Frauen los, bis zum gewalttätigen Eindringen in Kabinen auf dem Frauen-WC. Einer der Klubs überlegte in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten E-Mail daraufhin, Asylsuchern ganz den Zutritt zu verweigern.

Die Mail landete dummerweise bei der Lörracher AfD, welche den Text gleich an die Presse weiterleitete. Jetzt herrscht große Beklemmung. Die Verfasser der Mail beteuern, es gehe ihnen nicht um Ausgrenzung, sondern um den „Dialog mit den Flüchtlingen“. Der (interne!) Schrieb sei ein „Hilferuf“ gewesen. An wen? Egal. Es ist schon hart, wenn die Verfechter von Multikulti und offenen Grenzen so unmittelbar auf die unverdorbenen Früchte ihrer eigenen Bemühungen stoßen.

ZUR PERSON

Schwerreicher Spätstarter

Er kann es sich leisten. Mal eben eine Milliarde Dollar für den US-Präsidentschaftswahlkampf aus dem Ärmel zu schütteln, ist für **Michael Bloomberg**, dessen Vermögen auf 27 Milliarden Dollar geschätzt wird, eine Petitesse. Weil er den in Umfragen führenden republikanischen Polit-Clown Donald Trump ebenso wenig ausstehen kann wie die demokratischen Top-Kontrahenten Hillary Clinton und Bernie Sanders, will New Yorks Ex-Bürgermeister kurz vor Torschluss selbst seinen Hut in den Ring werfen.

Anfang Februar will der Milliardär per Umfrage einen Stimmungstest durchführen lassen, ehe er im März entscheiden wird, ob er zur Kandidatur antritt. Es klingt nach herausgeschmissenem Geld, denn einige Gründe sprechen gegen ihn. Erstens: Der Spätstarter hat bislang an keiner Fernsehdebatte teilgenommen und ist außerhalb New Yorks wenig populär. Zweitens: Ein unabhängiger Kandidat wie er ist noch nie US-Präsident geworden. Drittens: sein Alter. Im Februar wird er 74 Jahre alt und ist damit fast 20 Jahre älter als der aus dem Amt scheidende Barack Obama.

Als moderater Bürgermeister von New York hat der durch eine Finanzagentur und seinen auch in Deutschland ausgestrahlten Bloomberg-TV-Sender zu Vermögen gekommene Machtmensch von 2002 bis 2013 eine wechselvolle Zeit durchgemacht. Anfangs bei den Demokraten, lief er dann zu den Republikanern über, trat aus der Partei aus, änderte das Wahlrecht und ließ sich als unabhängiger Kandidat in eine dritte Amtszeit wählen. Er machte zum einen eine grüne Umweltpolitik und ließ die gelben Taxis auf Hybrid umstellen. Zum anderen griff er strikt konservativ bei der Sicherheit ein. Legendär war seine Politik des „Stop-and-Frisk“ (Anhalten und Filzen), bei der die Polizei jeden Bürger routinemäßig durchsuchen durfte. *H. Tews*

MEINUNGEN

*Der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete **Lothar Hegemann** nennt im Interview mit „Sputnik News“ (20. Januar) einen überzeugenden Grund für das **schwindende Vertrauen der Bürger**:*

„Bei vielen Dingen gibt es einerseits die Forderung nach Verschärfung von Gesetzen, andererseits die Zurückweisung, man solle erst mal bestehende Gesetze anwenden. Aber weder das eine, noch das andere wird getan. Und das merken die Leute irgendwann.“

***Christian Ortner** wirft in der Wiener „Presse“ (22. Januar) einen Blick auf den plötzlichen **Umschwung in Deutschland** nach den Silvester-Exzessen:*

„Unvergesslich wird bleiben, wie Frauen in sommerlich knapper Kleidung an den Bahnhöfen jungen arabischen Männern aus einer frauenverachtenden Kultur „Welcome Kisses“ darboten, Symbol einer durch und durch infantilisierten westlichen Gesellschaft ohne Verstand und ohne Verständnis. Doch längst sind die willkommenskulturellen Wink-Elemente entsorgt. Stattdessen wird langsam sichtbar, welchen Schaden dieser irrsinnige Karneval der Grenzenlosigkeit angerichtet hat und noch anrichten wird – nicht zuletzt dank eines Versagens vieler Medien, die sich ohne Not zum Teil dieser kollektiven Psychose gemacht haben, anstatt sie zu diagnostizieren.“

***Heinrich Maetzke** prophezeit im „Bayernkurier“ (21. Januar) für dieses Jahr **eine noch viel größere Asylwelle** als 2015, wenn nicht in den kommenden Wochen gehandelt werde, denn:*

„Im Sommer 2015 war es für viele Migranten zwischen Westafrika und Südasien schlicht zu spät, um sich noch auf den Weg zu machen. Aber jetzt wissen sie genau, wie es geht und wohin sie müssen. Und machen sich auf den Weg ins gelobte Europa. Sie wären verrückt, wenn sie die vielleicht nur einmalige Chance nicht nutzten.“

*Der Psychoanalytiker **Hans-Joachim Maaz** diagnostiziert in der „Huffington Post“ (24 Januar) bei Angela **Merkel** ein aus **Unsicherheit geborenes, narzisstisch aufgeblasenes Selbstbild** – mit womöglich schlimmen Folgen für Deutschland:*

„Das Verhalten von Frau Merkel ist gefährlich, denn es trägt sehr dazu bei, dass sich die Gesellschaft spaltet, weil sie auf Positionen beharrt, die eine wachsende Zahl der Bürger nicht mehr akzeptiert ... Der Vergleich ist vielleicht hart, aber mich erinnert Merkel gerade an Erich Honecker, als er in das Flugzeug nach Chile stieg und zum Abschied die Rotfrontfaust erhebt. Zu sagen, man irrt sich, stellt das ganze bisherige Leben in Frage. Das können Narzissten nicht.“

*Der Historiker **Alexander Demandt** vergleicht die derzeitige Massenzuwanderung mit der **antiken Völkerwanderung** und ermahnt Kanzlerin Merkel in der „FAZ“ (22. Januar):*

„Frau Merkel darf nicht zum Wohle fremder Regierungen und auf Kosten des deutschen Volkes handeln. Ihr Amtseid sieht das Gegenteil vor. Man muss sich für das eigene Volk einsetzen – und nicht davonlaufen.“